

d'Lëtzebuerger **Land**

WORT

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#26 65. Jahrgang 29. Juni 2018



5 453000 174663



4,00€

„Bei uns haben alle Träume ihren Platz“

Gespräch mit Rektor Stéphane Pallage
über die Universität Luxemburg als Ort
der Debatte, ihr neues Führungsmodell
und die Prioritäten der nächsten Jahre

Aucune clôture ne sera jamais assez haute pour contenir les migrations

Un entretien avec le ministre des
Affaires étrangères, de l'Immigration et
de l'Asile Jean Asselborn (LSAP)

Supplément *Communication*

... über den Wahlkampf in den Medien,
das 5G-Handynetz, *Luxemburger
Wort*, Editpress, Informationszugang,
Facebook, Medienpolitik und Horoskope

Foto: Sven Becker

„Bei uns haben alle Träume ihren Platz“

Interview: Peter Feist

d'Land: *Professor Pallage, wem gehört die Universität? Nicht die in Luxemburg, sondern die im Allgemeinen, und im Sinne von: Wer sagt der Universität, was sie tun soll?*

Stéphane Pallage: Jede Universität gehört der Gesellschaft, aber in ihrem Innern gibt es wiederum eine Gesellschaft für sich, die intensiv arbeitet und die Entwicklung der Universität und die Strategie dafür formt. Eine Universität ist ein Ort der Debatte, wo viele Ideen und Vorschläge aufeinandertreffen. Zum gegebenen Moment werden Entscheidungen getroffen. Das übernehmen die Organe einer Uni, denen das obliegt. Ausgangspunkt ist aber immer eine Debatte. Und manchmal finden schon zu vergleichsweise geringfügigen Themen große Diskussionen statt.

Sind die Erwartungen von außen an die Universität Luxemburg besondere, weil sie die einzige öffentliche Uni des Landes ist?

Ich mag an dieser Uni, dass sie noch so jung ist und sozusagen in ihrer DNA etwas trägt, was etablierte Unis nicht haben. Sie ist mehrsprachig, soll interdisziplinär arbeiten, und sie steht im Dienste des Landes.

Stehen nicht alle Universitäten im Dienste ihres Landes?

Sicher, aber in Luxemburg ist das sogar im Gesetz verankert. Das ist eine Stärke: Von Anfang an stand fest, wer wir sind. Heute stellen überall auf der Welt die Universitäten sich Fragen und stellen sich in Frage: Ob sie zu losgelöst sind von der Gesellschaft, ob und inwiefern sie sich stärker in sie einbringen sollten, auch in die Wirtschaft. Bei uns stand das immer fest, und das ist gut so.

Während der Debatte in der Abgeordnetenkammer vor der Abstimmung zum neuen Universitätsgesetz äußerten sich die politischen Parteien zum Teil verschieden: Der parlamentarische Berichterstatter der DP sprach gleich im ersten Satz seiner Rede von der ökonomischen Diversifizierung und der Wissensgesellschaft. Zu beiden müsse die Uni einen Beitrag leisten und so den Wirtschaftsstandort stärken helfen. Die Abgeordneten der Sozialisten dagegen betonten, dass die Uni ein Ort für den Ideenaustausch sei, dabei ein Ort, der kritisches Denken fördert. Ist das Ausdruck einer Debatte, die vielleicht nicht so bald endet, oder von unterschiedlichen Erwartungen?

Erwartungen hat jeder, und die Erwartungen an uns sind hoch. Mein Ziel ist, gemeinsam mit der Hochschulgemeinschaft das Land stolz auf seine Universität zu machen. Eine Uni ist per Definition „alles“, sie ist universell. Ihr geht es um die Schaffung und die Weitergabe von Wissen. Wir sind hier, damit junge Menschen blühen. Als ich mit 18 mein Studium begann, sagten viele Professoren den neuen Studenten: In einem Jahr sind von dreien zwei nicht mehr hier. Das war nicht negativ gemeint, es sollte klar machen, dass ein Studium anspruchsvoll ist und ein Scheitern möglich. Unser Ansatz hier ist ein anderer. Ich sage jungen Studenten: Schauen Sie sich Ihre Nachbarn an. Der zu Ihrer Linken wird womöglich der nächste PDG von Amazon, die zu Ihrer Rechten wird vielleicht als Künstlerin weltberühmt, und Ihnen selber gelingt möglicherweise eine großartige Erfindung. Also, welches auch immer Ihr Ziel ist, an dieser Universität haben alle Träume ihren Platz.

Das klingt toll – und ziemlich amerikanisch.

Ich glaube daran! Wir sind hier, um Menschen zu helfen, ihre Träume zu verwirklichen und eine Gesellschaft der Träume mit zu formen. Wir wollen auf keinen Fall Türen schließen, sondern Türen öffnen. 18 Jahre alt zu sein, ist eine fabelhafte Zeit im Leben, da scheint alles möglich.



Vom Dekan an der Université du Québec in Montreal zum Rektor in Luxemburg: Stéphane Pallage

„Eine Universität ist per Definition ‚alles‘, sie ist universell. Ihr geht es um die Schaffung und die Weitergabe von Wissen. Wir sind hier, damit junge Menschen blühen“

Vor fünf Jahren sagte der damalige Rektor Rolf Tarrach, es gebe zu viele Studienabbrecher an der Universität Luxemburg. Ist das noch immer so?

Kaum eine Universität hat hierzu verlässliche Statistiken, aber wir arbeiten in Richtung Erfolg. Es geht darum, die Studenten dahin zu führen. Natürlich gelingt das nicht immer, denn die Anforderungen sind hoch, aber das heißt nicht, dass es in solchen Fällen nicht auch eine „Tür“ gibt. Sehr oft ist das eine Frage der richtigen Orientierung: Man glaubt, man will Rechnungsprüfer werden, denkt aber in Wirklichkeit an etwas anderes ...

Was ist Exzellenz?

Das ist eine komplizierte Frage. Wir müssen sehr gut sein in allem, was wir tun. Nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre. Und in unserer eigenen Administration: Ist sie exzellent, können alle anderen Bereiche der Uni es auch sein.

In der Forschung sind wir schon jetzt stark, unsere Wissenschaftler werben Forschungsmittel

des nationalen Forschungsfonds FNR und der EU ein. Luxemburg gehört zu den Ländern, deren Erfolgsquote bei der Bewerbung um EU-Mittel von Jahr zu Jahr zunimmt. Forscher der Uni publizieren in hochkarätigen Wissenschaftsjournalen, in jedem Gebiet veröffentlichten sie in den jeweils besten.

Jetzt müssen wir auch exzellent darin werden, wie wir die Wissenschaft an die Öffentlichkeit tragen. Wir müssen weiterhin in *Nature* und anderen großen Journalen publizieren, aber so ein Artikel wird vielleicht fünf Jahre nach seinem Erscheinen nur noch von drei Leuten dieses Fachs zur Kenntnis genommen. So nimmt die Wissenschaft nicht genug Einfluss auf die Gesellschaft. Ich denke, unsere Forscher leisten schon jetzt eine gute Arbeit, um an die Medien zu vermitteln, was die Essenz ihrer Forschungen ausmacht. Wir müssen aber noch mehr tun. Das ist wichtig in einer Zeit, in der „alternative facts“ präsentiert werden. Es ist die Rolle einer Uni, eine aufgeklärte öffentliche Debatte zu fördern und Fakten zu etablieren, auf deren Grundlage rationale Entscheidungen getroffen werden können – ob in Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik. Universitäten verfügen über ein hohes Maß an Unabhängigkeit und über unabhängige Experten. Das macht sie glaubwürdig, Fakten zu etablieren.

Wahrscheinlich will jede Universität exzellent sein. Wie setzt man sich von den anderen ab – sofern das sein muss?

Verglichen mit den anderen Universitäten in der Großregion sind wir schon speziell darin, wie wir geschaffen wurden. Die berühmte Interdisziplinarität ist kein Schlagwort, sie ist hier Realität. Daraus ergibt sich eine sehr originelle Wissenschaft. Die Unis um uns herum, die schon ein gewisses Alter erreicht haben, wurden auf klassische Weise gegründet: Man nahm Disziplinen und schuf disziplinäre Abteilungen, also Silos. So bringt man die Disziplinen weiter, keine Frage. Aber die wichtigen Entdeckungen sind heute disziplinübergreifende.

Ich habe meinen PhD an der Carnegie Mellon University in Pittsburgh gemacht. Aus ihr sind

mehrere Nobelpreisträger hervorgegangen. Ich bin Herbert A. Simon begegnet, der 1978 den Wirtschafts-Nobelpreis erhalten hatte. Dabei galt der Ökonomie aber gar nicht sein Hauptinteresse. Er war sehr stark in Mathematik und tauschte sich auch mit Psychologen und Computerwissenschaftlern aus. In den 60er Jahren gehörte Simon zu den ersten, die von künstlicher Intelligenz sprachen. Er war einer der Väter von dem, was wir heute „Machine learning“ nennen.

Für 2018 bis 2021 hat die Uni sich einen neuen Vierjahrplan gegeben. Darin stehen viele interdisziplinäre Ansätze. Doch die Uni lehrt nicht alle Disziplinen. Muss man nicht aber zunächst disziplinär ausbilden, ehe man interdisziplinär forschen kann? Und wenn man die Forscher nicht selber ausgebildet hat, bleibt nur die Rekrutierung im Ausland?

Gute Frage. Ich habe darauf, ehrlich gesagt, keine abschließende Antwort. Aber: Wir haben gewissermaßen schon alles hier. Wir unterhalten zurzeit 70 Forschungsprogramme, das ist nicht wenig! Nicht alle sind interdisziplinär angelegt, aber viele. Bei uns sind gegenwärtig fast 300 Professoren, ungefähr 500 Post-Doktoranden und 700 Doktoranden, die auch Forscher sind. Alle leisten einen Beitrag. Wir rekrutieren nicht unbedingt jemanden, der uns ähnelt, sondern eher Leute, die komplementär sind zu dem, was wir schon sind.

Das neue Universitätsgesetz führt unter anderem neue Regeln für interne Beförderungen an der Uni und einen tenure track für akademische Laufbahnen ein. Wird es dadurch leichter, Talente zu halten, während sie früher gezwungen waren, die Uni wieder zu verlassen? So dass sich künftig besser interdisziplinär arbeiten lässt?

Der *tenure track* wird es wesentlich einfacher machen, junge Forscher nach einer Evaluation unbefristet einzustellen. Wer gerade seinen PhD erworben hat, kann nicht unbedingt schon viele Publikationen vorweisen, ist aber vielleicht sehr innovativ und könnte die Uni bereichern. Ohne *tenure track* müssten wir bei Festanstellungen viel mehr Wert auf den Lebenslauf legen und ob der Betreffende schon etabliert ist.

Die Interdisziplinarität war aber vorher schon da. Will man heute in den besten Journalen publizieren, muss man originell sein und etwas Wesentliches zu sagen haben. Etwas Wesentliches aus einer Disziplin heraus mitzuteilen, ist möglich, aber es ist viel einfacher, einen innovativen Beitrag zur Wissenschaft zu leisten, wenn man Disziplinengrenzen überschreitet. Damit lassen sich sogar neue Disziplinen schaffen. Die System-Biomedizin ist dafür ein Beispiel: Im LCSB, unserem Luxembourg Centre for Systems Biomedicine, arbeiten Biologen mit Medizинern, Mathematikern, Physikern, Computerwissenschaftlern und so fort.

Inwieweit ist der neue Vierjahrplan Ihr Plan? Erarbeitet wurde er zwischen Mai und Juli 2017, da hatte die Suche nach dem neuen Rektor gerade begonnen.

Der Plan ist nicht meiner, sondern der der Uni. Ich war an seiner Ausarbeitung nicht beteiligt. Ich war zwar, nachdem ich nominiert war, ein paar Mal hier, aber hatte natürlich noch keine profunde Kenntnis von der Universität. Der Vierjahrplan ist das Ergebnis eines kollektiven Nachdenkens über eine bestimmte Zukunftsperiode, das halte ich für einen guten Ansatz. Ich habe zwischen meiner Nominierung und meinem Amtsantritt im Januar vor allem zum neuen *Contrat d'établissement* mit der Regierung beigetragen, der ebenfalls von 2018 bis 2021 gilt. An diesen Diskussionen und Finanzverhandlungen nahm ich teil. Ich wollte wissen, was in dem Vertrag vereinbart würde, damit ich es realisieren lassen kann.

Laut diesem Vertrag sollen die staatlichen Zuwendungen an die Uni um 30 Prozent zunehmen. Der Vierjahrplan nimmt eine gewisse Allokation der Mittel vor. Die ist vielleicht eher indikativ ...

... viel ist nicht indikativ. Wir bekommen einen Betrag und verteilen ihn nach den Prioritäten, die der Vierjahrplan festhält.

Der letzte Plan enthielt fünf Prioritäten, der neue acht. Zwei Prioritäten wurden durch andere ersetzt. Was wird aus einem Bereich, wenn er nicht mehr prioritär ist?

Die Prioritäten sind eine kollektive Entscheidung der Uni. Eine Rolle gespielt haben die letzten Evaluationen der Forschungsbereiche. Wenn man sich die Orientierungen im Vierjahrplan genau anschaut, findet man einige Bereiche, die darin nicht vorkommen. Das heißt aber nicht, dass wir sie sich nicht weiterentwickeln lassen. Die Gemeinschaft der Universität hat sie nur nicht für prioritär erklärt.

Auf einem Treffen mit der Professorenvereinigung der Universität Ende April haben Sie anscheinend gesagt, Forschung außerhalb der Prioritäten sei „nicht einfach“, es gebe aber Raum, es dennoch zu tun. Warum ist das nicht einfach?

Die Prioritäten sind nicht dazu da, die Arbeit auf anderen Gebieten zu verhindern. Aber die Uni Luxemburg ist klein, und wir haben nicht die Absicht, eine Universität mit 45 000 Studenten zu werden. Folglich muss man Schwerpunkte setzen – wie Luxemburg das auch in seiner Wirtschaftspolitik macht und in bestimmten Kompetenznischen Spitze sein will. Ist ein Bereich nicht auf der Prioritätenliste, aber es gibt aus dem Bereich eine Nachfrage, die sich gut begründen lässt, dann werden unsere Organe sicherlich entscheiden, dafür Mittel zur Verfügung zu stellen. Alles kann man in einem Vierjahrplan tatsächlich nicht festlegen.

Ich hatte mich schon gefragt, wer Ihnen eine Sache „nicht leicht“ machen könnte. Schließlich sind Sie der Chef der Uni, was das neue Gesetz noch unterstreicht.

Seit sechs Monaten ist Stéphane Pallage Rektor der Uni Luxemburg. **Land-Gespräch** über die Universität als Ort der Debatte, ihr neues Führungsmodell und die Prioritäten der nächsten Jahre

Aber ein Chef einer Gemeinschaft, wie der Dirigent eines Orchesters – darauf lege ich Wert. Das Rektorat wird zwar künftig nicht mehr kollektiv geführt, der Rektor ist tatsächlich der Chef. Aber dass ich alles ganz allein entscheiden würde, wäre verrückt. Man muss delegieren, Universität bedeutet Team-Arbeit.

Stört es Sie nicht, dass Sie ab Herbst nicht mehr Präsident des Universitätsrats sein werden?

Nein, das ist eine gute Entwicklung. Die Universitätsgemeinschaft nimmt sich nun stärker selber in die Hand. Der Universitätsrat ist das von der Gemeinschaft gewählte Organ. Dass der Rektor nicht mehr automatisch sein Präsident ist, dass er wie auch die Vizektoren, die Dekane und die Direktoren der interdisziplinären Forschungszentren dem Gremium zwar angehört, aber nur mit beratender Stimme, ist Ausdruck von mehr Demokratie. Auch im Aufsichtsrat ist die Universitätsgemeinschaft in Zukunft stärker repräsentiert: Der Präsident der Studentenvertretung und der der Personalvertretung erhalten je ein Mandat, ebenso zwei Delegierte des Universitätsrats. Und alle bekommen volles Stimmrecht im Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat erhält künftig Befugnisse, die bisher der Minister innehatte. Der Universitätsrat wird gestärkt, der Rektor nicht unbedingt geschwächt. Wie wird es sich in dieser Konstellation aus drei starken Akteuren arbeiten lassen?

Ich kenne mehrere Systeme. Ich kenne das belgische, das sehr demokratisch ist und sehr öffentlich. Ich kenne das der USA, wobei die Carnegie Mellon University speziell ist, denn sie ist eine hundertprozentige Privatuniversität. Und ich kenne das kanadische System, das hybrid ist und gewissermaßen zwischen den beiden anderen liegt. Jedes dieser Systeme funktioniert und ist gut. Ich kann mich in jedem wohl fühlen. Wichtig ist, mit den Menschen zu arbeiten. Der Universitätsrat ist künftig ein Gesprächspartner mehr für mich. Ich werde es mit einem Präsidenten zu tun haben, der gewählt ist. Ich sehe das als Vorteil: Die Beteiligung der Gemeinschaft an der Entscheidungsfindung wird besser.

Aber falls Sie das für nötig halten, werden Sie den Universitätsrat überstimmen können.

Der Universitätsrat gibt in erster Linie beratende Stellungnahmen ab. Die lassen sich aber nicht einfach ignorieren. Dass wir nicht immer einer Meinung sein werden, wird sicherlich vorkommen, und dass wir anders entscheiden werden, als es dem Universitätsrat vorschwebt, auch. Aber seine Stellungnahmen sind wichtig, sie werden von Rektor, Rektorat und Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Anders zu entscheiden, wird automatisch eine Entscheidung gegen die Universitätsgemeinschaft sein, und das wird uns nie leichtfallen.

„Eine Uni muss unabhängig sein. Das heißt aber nicht, dass sie keine Mission zur Valorisierung haben kann. Ich wünsche mir, dass Forscher auch überlegen, wie ihre Entdeckungen eines Tages die Gesellschaft verbessern können“



Studenten auf dem Campus Belval. Die neuen Gebäude erlauben auch, mehr Studenten aufzunehmen



Im Luxembourg Centre for Systems Biomedicine: Das Fach wird im neuen Vierjahrplan neben „Health“ zu einem von zwei großen Schwerpunkten

Hat der Hochschulminister seinen Entwurf für das neue Universitätsgesetz mit Ihnen diskutiert und Sie gefragt, ob Sie leben könnten mit seinen Vorstellungen von der Führung der Uni?

Ein erstes Mal habe ich den Minister getroffen, ehe ich ins Amt kam, anschließend noch ein paar Mal. Natürlich war dabei auch der Gesetzentwurf ein Thema und Marc Hansen wollte meine Meinung hören. Er legte Wert auf Transparenz.

Ehe Sie nach Luxemburg kamen, waren Sie Dekan an der Université du Québec in Montreal (UQAM). Das Organigramm der UQAM scheint dem der Uni Luxemburg nach dem neuen Gesetz nicht unähnlich: Es gibt in Montreal einen Verwaltungsrat. Dort sitzen auch Vertreter von Professoren und Studenten mit vollem Stimmrecht. Daneben gibt es ein Exekutivbüro, geleitet von der Rektorin ...

... ich war als Dekan Mitglied dieses Büros.

Aber einen Universitätsrat gibt es nicht an der UQAM?

Dafür eine Commission des études. Ihr gehören die Dekane an, aber ohne Stimmrecht. Da unser Universitätsrat in Zukunft die Studienprogramme beschließt und nicht nur zu ihnen Stellung nimmt, wird er dieser Kommission ähneln.

Dann waren Sie mit ihren Erfahrungen aus Montreal der perfekte Kandidat als Rektor für das neue Führungsmodell der Uni Luxemburg?

Das weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist es manchmal vorteilhaft, von weit her zu kommen. Mir erlaubt es, diese Uni mit ganz anderen Augen zu sehen.

Lassen Sie uns noch einmal auf die Forscher zu sprechen kommen und die Uni als Wissens-Institution: Der Vierjahrplan enthält auch ein Kapitel „Valorisation“. Dort steht, die „rückwärtsgewandte, traditionelle Art, Forschung zu betreiben, hat sich schon verschoben und es ist üblich geworden, Fragen zu stellen wie: ‚Worin könnte der Wert unserer Forschung für die Gesellschaft bestehen?‘, oder: ‚Gibt es für das, was im Labor getan wird, eine potenzielle praktische Anwendungsmöglichkeit, die über die Publikation der Resultate in einem akademischen Journal hinausgeht?‘ Auf diese Weise könnten Forscher „etwas zurückgeben an die Gesellschaft, die sie ernährt und Vertrauen in ihre Fähigkeiten und Forschungsvisionen setzt“.

Wir haben drei Missionen: Lehre, Forschung und Dienst am Land. Zu Letzterem gehört auch die Entwicklung von Unternehmertum. Wir haben zum Beispiel einen Inkubator gegründet. Wir wollen Studierende, Absolventen und Mitarbeiter mit Ideen begleiten, sie nicht allein damit lassen, wollen aufgreifen, was in den Köpfen schwebt.

Aber wenn von „Vertrauen“ die Rede ist: Kann man Wissenschaftlern nur vertrauen, wenn sie ihre Forschungsergebnisse auch in Innovationen überführen?



Eine Uni muss unabhängig sein, das ist sehr wichtig. Das heißt aber nicht, dass sie keine Mission zur Valorisierung haben kann. Dass ein Forscher, der sehr grundlagenorientiert arbeitet, in den besten Journalen publiziert, ist richtig – und exzellent. Aber ich wünsche mir auch, dass Forscher den Reflex entwickeln, zu überlegen, wie ihre Entdeckungen eines Tages die Gesellschaft verbessern können. Das kann ein sehr punktueller Beitrag sein, das kann vielleicht auch erst in 20 Jahren geschehen. Es geht uns nicht darum, dass sämtliche Forschung einen unmittelbaren ökonomischen Impact haben soll. Aber wir wollen visionär sein und darüber nachdenken, welchen Impact wir in 20 oder 25 Jahren haben. Wenn das so ist, dann sollte jeder Forscher, wenn er seinen Artikel publiziert, den Reflex haben, nachzudenken: Wie kann ich das Resultat allgemein bekannt machen? Und wenn ich es populär mache: Kann das andere zu neuen Ideen inspirieren? Und könnte das vielleicht zu einer Firmengründung führen? – Das ist eine Kultur, die wir ausbilden möchten. Ich finde, mit der Interdisziplinarität und mit dem Begriff „Service für die Gesellschaft“, der bereits im alten Gesetz stand, ist diese Kultur schon recht gut verankert.

Aber stört der Anspruch auf diesen Reflex nicht die wissenschaftliche Arbeit?

Wieso sollte er?

In welchem Moment denkt ein Wissenschaftler über eine potenzielle Valorisierung seiner Forschungsarbeit nach? Wenn er dabei ist, sich mit einer sehr fundamentalen Frage auseinanderzusetzen und gar nicht weiß, wohin ihn das führt, scheint es mir nicht selbstverständlich, gleichzeitig über eine Firmengründung nachzudenken.

Mit Valorisierung ist nicht unbedingt ein Patent oder eine Firmengründung gemeint. In den Humanwissenschaften zum Beispiel besteht sie auch darin, eine wichtige Frage in der Gesellschaft zu tragen. Ich denke dabei zum Beispiel an den Historiker Vincent Artuso: Er hat einerseits Artikel in wichtigen Wissenschaftsjournalen veröffentlicht, hat aber auch einen Beitrag

für eine Diskussion innerhalb der Gesellschaft geleistet.

Der Vierjahrplan enthält auch einen ersten Ansatz für eine Langfrist-Vision mit Blick auf das Jahr 2040. Demnach sollte die Uni sich an Debatten um „Megatrends“ beteiligen, um den Klimawandel, die künstliche Intelligenz, die Wasserknappheit, die Blockchain und so fort. Muss die Uni wachsen, um in solchen Diskussionen eine Rolle spielen zu können?

Wachstum ist möglich, es gibt aber verschiedene Wege zu wachsen, qualitativ und quantitativ. Wir verfügen nun über Gebäude, die es ohne Weiteres erlauben würden, mehr Studenten aufzunehmen. Das wollen wir auch, aber in maßvoller Weise. Wir haben auch Kapazitäten, breiter zu forschen, und sind gewillt dazu. Aber „langfristig“ ist für mich schon, was in zehn Jahren sein wird.

Der Vierjahrplan beschreibt zwei große interdisziplinäre Themen, die künftig verbindend sein sollen. Eines ist „Health and Systems Biomedicine“. Wird die Uni in zehn Jahren eine starke Ausrichtung auf Biologie und Medizin haben?

Ein Akzent ist schon heute gesetzt: An der Naturwissenschaftlichen Fakultät wird auf diesem Gebiet geforscht, und das LCSB ist international bereits eine Autorität, vor allem dank seiner Arbeit an neurodegenerativen Erkrankungen. Aber ich nehme an, Sie wollen auch nach der Mediziner-Ausbildung fragen. Dazu hat die Regierung einen vorsichtigen, einen schrittweisen Ansatz gewählt. Ich halte das für klug. Es gibt an der Naturwissenschaftlichen Fakultät ein Programm, wie die Mediziner Ausbildung weiterentwickelt werden kann. Was daraus wird, muss sich mit der Zeit ergeben. Die Bachelor-Ausbildung in Medizin wird nach ein paar Jahren evaluiert, dann wird entschieden, wie es weitergeht. Vielleicht sind wir in zehn Jahren tatsächlich wesentlich weiter, aber heute noch vorsichtig. Klar ist, die Investitionen zur Weiterentwicklung wären hoch.

Am Vierjahrplan fällt auch auf, dass er die Geisteswissenschaften nur sehr summarisch erwähnt ...

... da muss ich widersprechen: Das neu geschaffene interdisziplinäre Forschungszentrum für Zeitgeschichte und Digitale Geschichte ist eine der neuen Prioritäten. Die Erziehungswissenschaften waren und sind eine Priorität.

Aber wie verhält sich das mit Bereichen wie Germanistik, Anglistik, Luxemburgistik, Philosophie oder Mittelalterforschung? Zu ihnen sagt der Vierjahrplan nichts.

Der Plan legt große Tendenzen fest. Und er ist nicht in Stein gemeißelt. Die Humanwissenschaften haben ihren Platz bei uns, sie werden 2019 immerhin mit fast 37 Millionen Euro versehen, gegenüber 35,5 Millionen dieses Jahr. Wir brauchen die Künste, die Humanwissenschaften, ihr Beitrag ist enorm. Ohne sie wären wir eine École technique und keine Universität.

„Wir brauchen die Künste, die Humanwissenschaften. Ohne sie wären wir eine École technique und keine Universität“

VOIX DE JEUNES FEMMES



La commission jeune du Conseil National des Femmes du Luxembourg.



REJOIGNEZ-NOUS!

Tu es une jeune femme ou un jeune homme passionné(e) par le combat contre le sexisme et tu veux t'engager dans un groupe de jeunes motivés - alors rejoins-nous ! Nous avons hâte de connaître ton point de vue et de mener ce combat ensemble.

Facebook: Voix de Jeunes Femmes
E-mail: voixdejeunesfemmeslu@gmail.com

Conseil National des Femmes du Luxembourg
Mention "Voix de jeunes femmes"
CCPL: IBANLU92 1111 0469 3988 0000

Leitartikel

Elternurlaub GTI

Romain Hilgert

Der Liberalismus war hierzulande im 20. Jahrhundert eine Zweckheirat aus Schmelzherren und Geschäftsleuten, die sich wegen ihrer unterschiedlichen Interessen wiederholt schieden und dann wieder zusammenraufeten. Der Sozialpolitik galt deshalb nie sein besonderes Interesse, es sei denn als stets für übertrieben gehaltene Kostenfaktor für Industrie und Handel.

Deshalb konnte es etwas überraschen, dass die DP 2013 erstmals in ihrer Geschichte das Familienressort übernahm. Wo die Familienpolitik doch traditionell die Spezialität der CSV ist, die sich dort in der horizontalen Umverteilung übt, wenn die LSAP in der Sozialpolitik die vertikale Umverteilung versucht. Aber die DP hatte diesmal eine Vorstellung von liberaler Familienpolitik: Sie wollte nicht weiter die den Christlich-Sozialen teure Dreifaltigkeit von Kinder, Küche, Kirche stützen, sondern die jungen Mittelschichtenfamilien „in der Rushhour des Lebens“ fördern, die sie im Wahlkampf zu ihrer bevorzugten Wählergruppe erklärt hatte.

Im ersten ungestümen Elan, den sie damals mit Xavier Bettel und Maggy Nagel teilte, hatte Familienministerin Corinne Cahen forsch angekündigt, in der Familienpolitik

aufzuräumen. Und tatsächlich taufte die Regierung die Familienzulagenkasse in *Zukunftskeess* um und strich im Zuge ihres *Zukunftspak* verschiedene Familienzulagen zusammen, was CSV und ADR seither mit vereinten Kräften als Angriff weniger auf die Kaufkraft von Familien mit niedrigen Einkommen, als auf die Wahlfreiheit zugunsten paternalistischer Hausfrauenehen anprangern. Gleichzeitig bereitete sie eine Reform des in Revis umgetauften RMG, des Garantierten Mindesteinkommens, vor, die, ganz im liberalen Geist, die Armen für ihre Armut verantwortlich machen und sie für den Arbeitsmarkt „aktivieren“ soll.

Als dann der erste Elan den Meinungsumfragen, den Europawahlen und dem Referendum zum Opfer gefallen waren, wollte sich die liberale Regierung auch einen Erfolg gönnen und reformierte den Elternurlaub. Das Ziel war es, die Entschädigung zu erhöhen, damit der Elternurlaub auch für die jungen Mittelschichtenfamilien attraktiv wurde und nicht bloß für die Kaufhauskassiererinnen, die sowieso nur den Mindestlohn verdienten, wie es in der DP abschätzig hieß. Tatsächlich erntete die Familienministerin dann Applaus von allen Rängen für ihre Reform, was bei 40 Millionen Euro Mehrausgaben nicht weiter überraschen muss.

Was lag also näher, als diesen Erfolg wiederholen zu wollen? Deshalb verspricht das am Sonntag vom Nationalrat der Partei verabschiedete und in einer Woche vorgestellte Wahlprogramm neben weiteren Steuersenkungen einen „Elternurlaub plus“, das heißt eine Verlängerung des einjährigen Elternurlaubs um ein halbes Jahr. Der Name erinnert ein wenig an kostenpflichtige „Premiumangebote“ im Internet und meint das auch. Denn der sechsmonatige zusätzliche Elternurlaub beschränkt sich auf einen unbezahlten Urlaub mit Arbeitsplatzgarantie, wobei der Staat für die Sozialversicherung des einkommenslosen Elternteils und für den Unternehmeranteil an der Sozialversicherung einer während dieser Zeit beschäftigten Ersatzkraft aufkommen soll.

Doch einen Ausfall des halben Haushaltseinkommens oder eines ganzen bei Allein-erzieherinnen können sich nicht die den Mindestlohn verdienenden Kaufhauskassiererinnen leisten und nicht einmal jene jungen Mittelschichtenfamilien, die mit mittleren Einkommen gerade ihr Hypothekendarlehen abbezahlen müssen. Mit dem von den Liberalen versprochenen flotten Elternurlaub GTI kann nur die obere Mittelschicht durch die Rushhour des Lebens brausen.



Am Sonntag nimmt das neue, aus der Reform der Rettungsdienste hervorgegangene Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS) seinen Dienst auf. Zu diesem Zweck wurden die Rettungsfahrzeuge umlackiert: Feuerwehr- und Krankenwagen tragen nun das Bild eines riesigen, finster dreinblickenden Löwenkopfs mit einer Krone. Zuvor waren schon die Einsatzfahrzeuge der Polizei ausgiebig mit den Landesfarben bemalt worden. So können Nationalismus und *Nation Branding* künftig mit Blaulicht und Sirene durch die Straßen rennen. rh.

Frederic Schwarz/CGDIS

Personalien

Soziales

Politik

Politik

Gesellschaft

Gesellschaft

Pierre Gramegna,

Fimanzminister (DP), lies am Freitag vom Regierungskabinett den Gesetzentwurf zur Begleichung der Generalkonten für das vergangene Jahr verabschieden. Danach endete das Haushaltsjahr des Zentralstaats nicht mit einem Fehlbetrag von 881 Millionen Euro, wie im Budget vorgesehen, sondern von nur noch 220 Millionen Euro. Die Ursache für diese Verbesserung sei bei den Steuereinnahmen zu suchen, die – trotz der Anfang 2017 in Kraft getretenen Steuerreform – höher ausfielen als erwartet. Die DP verspricht in ihrem Wahlprogramm weitere Steuersenkungen. rh.

Fernand Etgen,

Landwirtschaftsminister (DP), greift nach der Verabschiedung des neuen Tierschutzgesetzes vor drei Wochen durch: Er verbietet die für September geplante Hundaussstellung in den Kirchberger Messehallen. Nachdem vergangenes Jahr Hunde artwidrig auf dem Parkplatz der Messe eingesperrt waren, forderte der Minister die Veranstalter auf, für nächstes Jahr erst einmal ein neues Konzept für die „Dog-expo“ vorzulegen, bevor er eine Erlaubnis erteilt (Foto: MAVPC). rh.



Aufwertung gegen Kollaps

Weil von den Krankenpflegern, die zwischen 2013 und 2017 in Luxemburg ihre Tätigkeit aufnahmen, nur jeder Zehnte am Lycée technique pour professions de santé (LTPS) ausgebildet wurde, fordert die Vereinigung der Lehrer für Gesundheitsberufe (Aleps), die Ausbildung vom BTS zum Bachelor aufzuwerten. Die Schülerzahlen am LTPS hätten zwar zugenommen: von 1 064 im Schuljahr 2011/12 auf 1 406 im laufenden Jahr. In erster Linie aber werde die Ausbildung gewählt, um nach dem Gesundheits-Abitur zu studieren. Neu ist das Problem nicht, und informelle Gespräche über eine Aufwertung gab es schon vor zwei Jahren. Unbestritten ist auch, dass die Anforderungen im Gesundheitswesen an Krankenpfleger und andere Paramediziner zunehmen. Das könnte eine Bachelor-Ausbildung rechtfertigen, zumal sie in Belgien und Frankreich schon gilt. Dass die Regierung noch nicht „Neel mat Käpp“ gemacht hat, wie die Aleps das nennt, liegt aber vermutlich daran, dass „Aufwertung“ zuletzt mit aufgewerteten Karrieren in Kollektivverträgen für Kliniken und Pflegeeinrichtungen in Verbindung gebracht wurde. Würde die Bachelor-Ausbildung Standard in Luxemburg, würden die Kollektivverträge zwangsläufig teurer. Dass die Aleps ihre Forderungen erhebt, nachdem Regierung, OGBL und Pflegedienstleisterverband sich vor zwei Wochen über die Bezahlung von Pflegeheim-Mitarbeitern mit Klinikstatut einigten, dürfte kein Zufall sein. pf

Wahlhilfe und Institutionen

In seinem ersten Rechenschaftsbericht zählt die Stiftung Zentrum für politische Bildung auf, wie sie mit fünf Lehrern, drei Angestellten, zwei Direktionsmitgliedern, einer Erzieherin und 425 000 Euro Broschüren, Plakate und Veranstaltungen zu den Gemeindewahlen, zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Besatzung und zu staatlichen Institutionen ausarbeitete sowie Fortbildungskurse für Lehrer veranstaltete. Für dieses Jahr sind unter anderem eine Webseite für die Kammerwahlen und ein Stadtrundgang am Sitz der staatlichen Institutionen vorbei geplant. Das Zentrum für politische Bildung war 2016 nach dem Vorbild der gleichnamigen Entnazifizierungszentrale im Deutschland gegründet worden. rh.

Zellteilung

Die Freie Ökologische Demokratische Partei, die eine halbe Kandidatenliste im Südbezirk zusammengestellt hatte, war schon vor dem Start explodiert, weil ihr Präsident, Ronald Mordiconi, und ihr Vizepräsident, Steve Melmer, sich nicht einig wurden, wie rechts ihre FÖDP sein draf. Nun haben beide eben ihre eigenen Parteien gegründet: Mordiconi die Sozialliberale Partei (SLP), die „Freiheit und Gleichberechtigung“ anstrebt, Melmer die Freie Soziale Alternative (FSA), die „wirtschaftspolitisch linksradikal und gesellschaftspolitisch rechtsmoderat“ sein will. rh.

Beitrag zum Gleichgewicht

Die nationale Pensionskasse (Cnap) hat an ihrem Kompensationsfonds vergangenes Jahr 653 Millionen Euro verdient. Das waren 200 Millionen weniger als 2016, entspricht aber dem „strategischen“ Erlös von 3,8 Prozent, den der Fonds jedes Jahr anstrebt. Die Rentenreserve wuchs bis Ende 2017 auf 18,88 Milliarden Euro. Das sind 1,07 Milliarden mehr als Ende 2016, aber weil gleichzeitig die Rentenausgaben zunehmen, entsprach die Rentenverhöhe 2017 wie 2016 viereinhalb Jahresausgaben. In seinem Vorwort zum Jahresbericht 2017 betont Cnap-Präsident Robert Kieffer, in zehn Jahren habe der Fonds vor allem dank seiner Sicav einen Jahres-Durchschnittserlös von 5,2 Prozent erzielt, während das Lohnniveau nur um 2,3 Prozent zunahm. Das habe „zum finanziellen Gleichgewicht beigetragen“. pf

Wenig korrupt

In Luxemburg herrsche sehr wenig Korruption unter Politikern, Institutionen und Beamten, das Risiko kleiner Bestechungen sei gering, meldet die Arbeitsgruppe Greco des Europarats in ihrem neuen Länderbericht. Allerdings sei Luxemburg nicht „proaktiv“ genug, um den Austausch von Gefälligkeiten und den Favoritismus zu verhindern. Der Polizei fehle außerdem ein Verhaltenskodex und es gebe noch immer kein Informationszugangsgesetz. Greco war 1999 gegründet worden, um die osteuropäischen Staaten westeuropäische Demokratie zu lehren. Es prangert die passive Korruption an und stellt sich für die aktive blind. rh.

Alkohol hui, Cannabis pfui

Während die Abgeordneten der DP-LSAP-Grüne-Mehrheit und der Lénk am Donnerstag ein Pilotprojekt zur Abgabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken verabschiedeten, regten sich deutsche Anleger in Cannabis-Aktien über Luxemburg mächtig auf: Die Deutsche Börse stellt den Handel mit Hanf-Aktien ab 24. September ein. Hintergrund ist eine Entscheidung der Luxemburger Börsenaufsicht CSSF, den Handel mit Cannabis-Papieren als illegal einzustufen und zu untersagen. In Luxemburg ist der Besitz und Konsum von Marihuana verboten. Ausländische Werte, die bei der deutschen Clearstream liegen, werden von der Luxemburger Clearstream verwahrt, so hat der Luxemburger Beschluss direkte Auswirkungen auf den Handel mit Cannabis-Aktien in Deutschland. Die Legalisierung von Cannabis in USA, Kanada und anderswo hat zu einem Boom beim Handel mit Hanf-Aktien geführt. Wollte sich die Koalition drogenpolitisch nach außen einen offeneren Anstrich geben, mit der Aktion der CSSF (die das *Land* mehrfach vergeblich um weitere Erklärungen ansuchte) kann das Vorhaben getrost als gescheitert angesehen werden. Eine Petition mit der Forderung, Cannabis zum Eigenkonsum in Coffeeshops zu erlauben, die Ende Mai hinterlegt wurde, fand übrigens binnen kürzester Zeit die nötigen 4 500 Unterschriften und muss nun im Parlament diskutiert werden. ik

Kundgebungen

Nach dem erfolgreichen Streik des OGBL in den Pflegeheimen und dem Erfolg der CGFP bei den Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst protestierte der LCGB am Montag vor dem Arbeits- und Sozialministerium gegen „Sparmaßnahmen auf Kosten der Lohnabhängigen und Pflegebedürftigen“. Für nächsten Donnerstag hat der OGBL zu einer Kundgebung der Bauarbeiter in der Hauptstadt aufgerufen, um Druck in den Tarifverhandlungen zu machen. rh.

Sprachkommissar

Einstimmig von ADR bis Linke über DP, LSAP, Grüne und CSV verabschiedete das Parlament am Mittwoch das Gesetz zur Förderung der Luxemburger Sprache, mit dem die Regierungskoalition im Wahlkampf ihre Heimatliebe unter Beweis stellen will. Das Gesetz sieht ein 20-Jahresprogramm vor, die Ernennung eines Sprachkommissars und die Gründung eines Zentrums für die Luxemburger Sprache. Am Vortag hatte Außenminister Jean Asselborn (LSAP) auf eine parlamentarische Anfrage hin erklärt, dass die Regierung das Generalsekretariat des Rats der Europäischen Union nur „informell“ über ihren Wunsch informiert habe, das Luxemburgische als offizielle EU-Sprache anerkennen zu lassen. „Formelle Verhandlungen“ wolle man erst führen, wenn die im Sprachförderungsgesetz vorgesehenen Strukturen geschaffen seien. rh.

Aucune clôture ne sera jamais assez haute pour contenir les migrations

Entretien : josée hansen

d’Lëtzebuurger Land : Le gouvernement allemand risque de se briser sur la question. Les dirigeants européens enchaînent mini-sommet européen dimanche dernier et sommet du Conseil européen hier et aujourd’hui sur le sujet et ne trouvent pas d’accord. Les pays du Sud, disposant de frontières extérieures à l’UE, se sentent trahis par les pays du Nord en ce qui concerne l’accueil et la gestion des migrants qui arrivent sur leurs côtes. Et les nouveaux gouvernements à participation de l’extrême-droite crient à la « forteresse Europe »... Est-ce que l’Europe va se briser sur la question des migrations ?

Jean Asselborn : Le pire, c’est que ce ne sont plus seulement les pays du groupe dit Visegrad (la Hongrie, la Pologne, la République tchèque et la Slovaquie, ndlr.), qui refusaient depuis 2015 toute solidarité européenne sur la question migratoire, mais aussi d’autres pays, qui, emmenés par la présidence autrichienne qui commence le 1^{er} juillet, entonnent désormais le refrain qu’il faut prioritairement sécuriser les frontières extérieures de l’Europe avant toute autre mesure. J’ai déjà lancé cette boutade ailleurs : même si nous avions à notre disposition l’armée nord-coréenne, il serait impossible de fermer hermétiquement les frontières pour ceux qui fuient la guerre ou la misère. Aucune clôture ne sera jamais assez haute, ils trouveront toujours une voie d’accès.

Puis je voudrais quand même insister sur le fait qu’il s’agit d’un sujet qui concerne l’humanisme le plus élémentaire. Or, cet humanisme était le premier objectif de la création de la Communauté européenne après la Deuxième Guerre mondiale : les dirigeants politiques voulaient créer une vraie communauté humaine basée sur deux valeurs fondamentales, la solidarité et la responsabilité. Si ces deux valeurs ne sont plus appliquées, nous ne sommes plus une communauté et nous trahissons l’idée même du projet de pacification du continent. La question de l’humanisme qui se pose actuellement est plus fondamentale que toutes les autres, c’est une épreuve beaucoup plus grande pour l’Europe que ne le furent la crise financière ou les débats autour du traité européen. Il s’agit ici d’une dimension qui met en péril tout l’idéal européen – surtout lorsque ceux qui attisent sans cesse les peurs de l’Autre, et en particulier de l’Autre qui est musulman et arabe, gagnent du terrain.

Durant des années, les politiques modérés prétendaient qu’il fallait gérer la question migratoire avec beaucoup de circonspection, ne pas en faire trop, de peur de renforcer les tendances politiques populistes voire d’extrême-droite en Europe. Or, maintenant ces partis xénophobes et eurosceptiques sont solidement établis au pouvoir, que ce soit en Hongrie, en Pologne, en Italie ou en Autriche. Donc ces précautions n’ont rien apporté ?

L’extrême-droite précède largement la crise migratoire de 2015, elle n’a en fait jamais quitté le continent européen : Jean-Marie Le Pen œuvrait en France dès les années 1950, le NPD est établi depuis longtemps en Allemagne, les Pays-Bas ont Geert Wilders... Je ne peux que citer encore une fois Mitterrand qui disait « le nationalisme, c’est la guerre » et il avait raison. La crise migratoire, avec le Brexit et l’élection de Donald Trump aux États-Unis et son slogan glorificateur du nationalisme « America First » ont juste encore amplifié cette ambiance de rejet. En Allemagne par exemple, la « Willkommenskultur » (culture de l’accueil, ndlr.) prônée en 2015 par Angela Merkel s’est vite transformée en son contraire, et ce dès l’arrivée de la Pegida et de l’AfD. Mais si Angela Merkel n’avait pas donné ce signal fort il y a trois ans, nous n’aurions plus d’Europe aujourd’hui, j’en suis persuadé.

Si certains pays d’Europe, comme notamment l’Italie, ont changé leur politique et refusent d’accueillir des bateaux de migrants en détresse, comme ce fut le cas de l’Aquarius il y a deux semaines ou du Lifeline cette semaine – le premier a finalement pu accoster en Espagne, le deuxième à Malte –, n’est-ce pas un échec cuisant de l’idée européenne ? Comment éviter de tels drames – qui sont, en fait aussi une prise d’otages politique pour forcer l’Europe à réagir ?

Il n’y a pas de solutions faciles. Une piste pourrait être la proposition de Filippo Grandi, le Haut-commissaire des Nations Unies pour les réfugiés (UNHCR), développée avec l’Office international pour les migrations (OIM). Il propose deux étapes : premièrement, l’Onu serait prête à installer et exploiter des centres de gestion des demandes de protection internationale en Libye, où seraient traitées ces demandes, et les personnes éligibles au statut de Genève seraient placées dans un programme de réinstallation vers l’Europe – qui devrait trouver un accord sur le nombre de réfugiés à accueillir par pays. Les autres migrants, ceux qui n’ont pas droit au statut de protection internationale, seraient renvoyés, sous la surveillance de l’OIM, vers leur pays d’origine. Cela se fait déjà à une plus petite échelle, j’ai visité de tels centres de départ lors de mon voyage en Libye et au Niger en début d’année.

Deuxièmement, et c’est important aussi, cette proposition implique également qu’il faut clarifier la



Jean Asselborn en visite à Agadez, au Niger, en février

question de l’accostage des bateaux de migrants légaux et illégaux qui partiraient alors de l’Afrique vers l’Europe. Jusqu’ici, 80 pour cent des bateaux arrivaient en Italie. Il y aura toujours des migrations illégales, il faut savoir en amont vers où les diriger, pour éviter que ces gens errent ainsi sur la mer. Et une fois les ports définis, il faut là aussi prévoir des structures d’accueil et de gestion, qui analysent les demandes de protection et, en cas de refus, prévoient un rapatriement dans la dignité. Pour ceux qui peuvent rester en Europe, il faudrait également trouver un accord sur une clé de répartition.

Ces centres d’accueil et de gestion des demandes seraient-ils des sortes de « hot spots », terme utilisé depuis 2015 ? Et quelle est la position du Luxembourg par rapport à l’idée d’installer des camps de réfugiés aux portes de l’Europe, notamment dans les Balkans ?

Vous pouvez appeler cela comme vous voulez. Ce qui est essentiel, c’est que nous sachions, en amont d’une possible arrivée massive, quel pays est prêt à accueillir combien de réfugiés. Mais cette proposition de Grandi est à mille lieues du crédo actuel de l’Autriche, qui ne veut pas entendre parler de tels « quotas », mais revendique uniquement une protection accrue des frontières européennes. L’idée de camps en-dehors de l’Europe est aberrante – comment un pays comme l’Albanie ou le Kosovo, qui sont déjà parmi les plus pauvres du continent européen, pourraient-ils gérer une telle chose ? D’ailleurs, ils ont immédiatement refusé cette idée, donc je crois qu’elle n’est plus d’actualité. J’espère qu’au sommet européen actuel, tous les pays s’accorderont au moins sur le principe d’une répartition équitable de la tâche parmi les pays européens, qui est à mon avis un préalable à tout autre débat.

Ne peut-on pas comprendre des pays comme l’Italie ou la Grèce, qui ont accueilli la très grande majorité des migrants arrivant par la mer et se sentent abandonnés par les pays du Nord, qui ont finalement été très lents à accueillir des bénéficiaires ou demandeurs de protection internationale dans les programmes de relocalisation et de resettlement... Et sont maintenant très prompts à leur renvoyer ceux qui ont fait le voyage mais qui, selon l’accord de Dublin, doivent suivre toute la procédure de demande dans le premier pays d’arrivée... Il est de plus en plus évident qu’il faut réformer cette procédure de Dublin, non ?

La Commission européenne a fait une proposition de réforme il y a deux ans déjà, selon laquelle, si un pays doit soudain accueillir un très grand nombre de nouveaux arrivants, ils seraient dispatchés vers d’autres pays européens. Mais là encore, on n’avance pas à cause de la clé de répartition ou des « quotas ». Mais vous savez, le principe du traité de Schengen était la libre-circulation non seulement des personnes, mais aussi et surtout des biens et des services. Ce n’était pas



Un camp de migrants dans un désert

« Ce qui est dramatique, c’est que le débat prenne une telle ampleur en ce moment, alors même que les chiffres des nouvelles arrivées a radicalement chuté »

seulement un projet philanthropique, mais également un moyen pour faciliter le commerce, notamment du plus gros exportateur d’Europe, l’Allemagne. Si maintenant des gens comme Horst Seehofer veulent fermer les frontières, ils mettent aussi en péril Schengen et la liberté du commerce.

En 2015, lorsque des centaines de milliers de migrants sont venus par la mer ou la terre en Europe, c’étaient surtout des réfugiés fuyant la guerre en Syrie, mais aussi les crises en Afghanistan ou en Irak, et les citoyens européens, qui avaient vu les reportages de guerre à la télévision, avaient beaucoup de compréhension et d’empathie pour ces réfugiés. Aujourd’hui, les migrants proviennent surtout des pays d’Afrique noire et subsaharienne et ne fuient pas la guerre mais la misère. La tolérance à leur encontre semble moins grande...

Le paradoxe est que ce sont les pays avec le moins de non-nationaux dans leurs populations – cinq à six pour cent en France et en Allemagne, beaucoup moins encore en Pologne –, qui sont les plus réticents à travailler à une solution européenne. En 2015, nous avons quand même relocalisé plus de 35 000 personnes, et 20 000 à 30 000 ont été dans les programmes de resettlement. Mais ces relocalisations ont souvent été perçues comme un dictat de Bruxelles, c’est une des raisons du refus de beaucoup de pays. Ceci dit, la Cour européenne de justice a confirmé le principe et la clé de répartition, qui avaient été votés en conseil des ministres, et les juges sont en train de fixer les sanctions pour forcer les pays récalcitrants à appliquer ces quotas.

Ce qui est dramatique, c’est que le débat prenne une telle ampleur en ce moment, alors même que les chiffres des nouvelles arrivées a radicalement



Un groupe de migrants attendant

chuté (selon l’OIM, 214 691 migrants sont arrivés en Grèce, Chypre, Italie et Espagne par la mer entre janvier et juin 2016, alors que cette année, ils étaient 42 854, soit la moitié sur la même période en 2017, 85 751, ndlr.). Ce serait vraiment le moment idéal pour attaquer les réformes nécessaires. Car il y a aussi un problème supplémentaire qui se pose actuellement, c’est celui des retours des demandeurs déboutés – une question extrêmement délicate, mais un corolaire nécessaire à une politique d’asile juste et équitable. Parce qu’il y a une différence entre asile et migration.

Si beaucoup de politiques européens disent regretter qu’ils subissent les migrations au lieu de pouvoir les gérer convenablement, ne serait-il pas temps de parler de l’alternative, donc d’une migration voulue, légale, qui ne soit pas soumise au trafic des êtres humains et aux plus grands dangers ?

Oui, nous devons absolument parler d’une politique d’immigration légale en Europe. Selon les dernières projections de l’Onu, l’Europe perdrait 49 millions d’habitants âgés entre vingt et 64 ans, donc en âge de travailler, d’ici 2050. Rien que pour l’Allemagne, ce solde négatif serait de onze millions de personnes. C’est aussi pour cela que je crois que nous devons prendre les devants et développer une politique accueillante. Tous les domaines ayant trait aux migrations vont coûter des milliards d’euros à l’Europe, il faudrait qu’au moins une partie de cet argent aille dans des mesures humanistes. Mais malheureusement, on ne gagne pas d’élections en Europe en ce moment en étant ouvert sur le monde, seulement en promettant de fermer les frontières et en se repliant sur soi.

Pourtant, vous prônez une approche humaine à l’encontre des migrants et vous êtes le roi incontesté des sondages d’opinion, 85 pour cent des personnes interrogées vous plébiscitent au dernier Politmonitor de RTL/Luxemburger Wort. Les médias allemands s’arrachent des interviews avec vous, peut-être parce que vous dites tout haut ce que d’autres pensent tout bas. Alors même que le Luxembourg n’a pas de frontières extérieures à l’UE, vous défendez les migrants et prônez l’élargissement de l’Europe vers les Balkans. Pourquoi prendre autant de risques politiques sur des sujets que vous qualifiez vous-même de difficiles ?

Je suis persuadé qu’on ne doit pas décevoir l’espoir des pays comme ceux des Balkans, mais aussi de personnes comme les migrants de pouvoir vivre un jour dans un État de droit. L’Europe est un grand projet de civilisation et j’estime que la défense de ces idéaux fait sens. Il se peut que je choque parfois avec ma manière de m’exprimer, mais je crois qu’il faut parler clairement pour que les gens comprennent des sujets complexes. Celui qui ne prône que la construction d’une « forteresse Europe » n’a rien compris à ces idéaux.



Parler de politique d’asile, c’est aussi parler de retours. Le UNHCR a commencé dès 2017 à accompagner des Syriens dans leur retour. Ici : Ahmad Al Shawa a rouvert son restaurant dans les ruines du centre d’Alep Est

Bateaux errants, dissonances politiques et valeurs européennes. Un entretien avec le ministre des Affaires étrangères, de l’Immigration et de l’Asile Jean Asselborn (LSAP)

Später Endspurt

Ines Kurschat

„In Abwesenheit greifbarer Entwicklungen kann Greco die Empfehlung nicht einmal als ansatzweise umgesetzt erachten“, schrieb die Anti-Korruptionsgruppe des Europarats streng in ihrem zweiten zwischenzeitlichen Compliance-Bericht zur Justiz in Luxemburg im Oktober vergangenen Jahres. Darin hatten die Anti-Korruptionswächter den hiesigen Gesetzgeber erneut aufgefordert, den nationalen Justizrat zügig umzusetzen. Es sieht danach aus, als könnte im nächsten Greco-Länderbericht Luxemburgs derselbe Tadel stehen.

Dabei hat Justizminister Félix Braz vorvergangene Woche seinen Entwurf für einen „Conseil suprême de la justice“ vorgestellt, den er selbst sein „wichtigstes Projekt“ nennt. Mit einiger Verspätung. Grundzüge der neuen Institution hatte Braz bereits Mitte März vergangenen Jahres Journalisten erläutert und einen Vorentwurf für Ostern noch im selben Jahr versprochen. Jetzt, einen Monat vor Ende der Legislaturperiode, liegt sein Entwurf vor.

Neun statt sieben Mitglieder

Wichtigste Änderung: Mit neun Mitglieder wird der Rat um zwei Sitze größer ausgefallen als geplant. Neben der automatisch ins Gremium bestimmten Generalstaatsanwältin sowie den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und des Verwaltungsgesichtshofs wären darin drei gewählte Richter vertreten. Auf Seiten der Zivilgesellschaft wäre ein Vertreter von der Anwaltskammer zu bestimmen und zwei vom Parlament, davon eine/r aus der akademischen Welt und eine/r ohne vorgegebenes Profil.

Mit der Sitzverteilung verschiebt sich das Stimmenverhältnis – zuungunsten der Zivilgesellschaft: Statt vier Justizvertretern saßen künftig sechs den

Der mit einem Jahr Verspätung vorgelegte Entwurf des grünen Justizministers gibt keine Rechtsgarantie, dass die Justiz auch wirklich unabhängig ist

drei Vertretern der Zivilgesellschaft gegenüber. So umkämpft war das Projekt in den Kulissen bis zuletzt. Und so stark ist offensichtlich der Einfluss der Richter auf den Beratungsprozess. Die Zusammensetzung des Justizrats war von Anfang an ein Politikum. Der damalige Justizminister François Biltgen (CSV) hatte in seinem Entwurf von 2013 noch 15 Vertreter vorgesehen. Es war der ehemalige CSV-Justizminister und Richter am Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, Marc Fischbach, der in einem Gutachten 2006 in seiner Funktion als Ombudsmann in Anlehnung an Empfehlungen des Europarats die Schaffung eines solchen Rats für

Luxemburg als erster vorgeschlagen hatte. Als der scheidende Generalstaatsanwalt Robert Biever im Auftrag des Justizministers 2016 mögliche Pisten für eine Justizreform skizzierte, nannte auch er den Rat „unverzichtbar“ und erwähnte gar die Möglichkeit, ihn paritätisch zu besetzen. Das war freilich eine Gedankenspielerlei: Wer die selbstbewusste Richterriege kennt, weiß, dass eine gleiche Vertretung von Justiz und Zivilgesellschaft nie eine ernsthafte Option war. Auch nicht für einen grünen Justizminister.

Widerstand aus der Richterschaft

Dafür war der Widerstand zu vehement. Jahrelang hatten viele Richter für ein solches Gremium nur Skepsis und Misstrauen übrig. Sie fürchteten Kontrolle von außen und, so argumentierten sie, um ihre Unabhängigkeit. Für die Hardliner unter ihnen stehen vor allem die zivilen Vertreter im Widerspruch zur beanspruchten Unabhängigkeit der Justiz. Um der Kritik vorzubeugen, hatte Biltgens Entwurf eine Evaluationskommission aus Richtern dem Rat vorgeschaltet, die über Fragen der Ernennung, Beförderung und Disziplin beraten sollte, im Brazschen Entwurf soll der gesamte Rat hingegen über alle Belange entscheiden können.

Dabei ist mangelnde Unabhängigkeit und Transparenz genau das Problem im aktuellen System: Laut Gesetz ist der Justizminister für die Einstellung und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten zuständig. Das aber läuft dem Prinzip der Gewaltentrennung zuwider, wonach Richter und Staatsanwälte von der Exekutive unabhängig sein sollen. In der Praxis, so hatte der Justizminister wiederholt beteuert, sei dem auch so, er halte sich aus den Belangen der Justiz heraus. Doch das ist offenbar nicht immer so, siehe die *Bommeleer*-Ermittlung-

gen. Nicht nur die Anti-Korruptionswächter aus Straßburg, auch führende Luxemburger Richter und Staatsanwälte fordern, die Unabhängigkeit der Justiz zu regeln und in die Verfassung zu schreiben.

Doch leider gibt der vorliegende Entwurf nicht einmal dafür Sicherheit. Ginge es nach Braz, bekäme der Rat ein Vorschlagsrecht: Er würde die von ihm ausgewählten Kandidaturen dem Großherzog unterbreiten, der eine/n Kandidat/in zu ernennen im schlimmsten Fall sogar ablehnen könnte, sofern er dies begründet. So gesehen, wäre die Justiz weiterhin vom guten Willen und der vornehmen Zurückhaltung des Staatsoberhauptes abhängig. „Und wenn man da nun ganz kritisch sein will, könnte man bald sagen, dass wir nicht viel weiter sind, als wir es vorher waren“, wurde der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Jean-Claude Wiwinius, ungewöhnlich deutlich in einem Interview mit *Radio 100,7* vergangene Woche. Viel Lärm um eine rechtsstaatlich bedenkliche Konstruktion – was wohl auch den Experten der Anti-Korruptionsgruppe des Europarats kaum entgehen dürfte.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es auch darüber, ob der Text zum Justizrat getrennt von der Verfassung verabschiedet werden kann, wie es Félix Braz behauptet, oder nicht, wie es der Verfassungsrechtler Luc Heuschling sieht. Weil die blau-rot-grünen Pläne, den neuen Verfassungstext vor der Sommerpause zu stimmen, von der CSV ausgebremst wurden, hatte der Regierungsrat im März 2017 entschieden, die Reform des Justizwesens auszugliedern und vorzuziehen. Nach „traditioneller Interpretation“ der aktuellen Verfassung unterstehe die Justiz dem Justizminister, eine Schaffung eines unabhängigen Justizrats sei daher verfassungswidrig, so Heuschling im *Tageblatt*. Einer umfassenden

Justizreform, die neben dem Rat ein neues Höchstes Gericht geschaffen hätte, hatte Braz schon früh mit dem Argument eine Absage erteilt, der Mehrwert rechtfertige den Aufwand nicht. Ähnlich hatte Ex-Generalstaatsanwalt Robert Biever in seinem 50-seitigen Reflexionspapier argumentiert.

Nun also ein um zwei Personen erweiterter Justizrat, der das Kräfteverhältnis klar zugunsten der Justiz entscheidet. Hintergrund der Aufnahme zwei weiterer Richter war auch die Kritik der Anti-Korruptionswächter, im siebenköpfigen Szenario hätte nur ein gewählter Richter im Rat gesessen, im aktuellen Entwurf sind es drei gewählte Vertreter. Für den Groupement des magistrats, der den neuen Entwurf begrüßt, ein wichtiger Punkt.

Der sozialistische Koalitionspartner hat, obwohl er den Entwurf mitträgt, dennoch Zweifel. Kann das Brazsche Modell überhaupt jene Wirkungskraft entfalten, die sich unter anderem die Anti-Korruptionswächter des Europarats von dem Gremium versprechen – oder wird das Übergewicht der Justiz in dem Rat dazu führen, dass bestimmte Probleme im Luxemburger Justizwesen nicht oder nur zögerlich angegangen werden? Weil eine Krähe der anderen eben doch kein Auge aushackt. Das sei eine Gefahr, gab der rechtspolitische Sprecher der LSAP, Alex Bodry, gegenüber dem *Land* zu. Er plädiert für eine Bewährungszeit von fünf Jahren: „Es ist Aufgabe des Parlaments, über die richtige Umsetzung zu wachen.“

Wie viel Wirkung für den Rat?

In der Vergangenheit hatten die Anti-Korruptionswächter beanstandet, dass es wenige, um nicht zu sagen, fast keine disziplinarischen Verfahren gegen hiesige Richter gibt. Dahinter stehen nicht unbedingt überdurchschnittlich gute Arbeit oder tadellose Leistungen. Der Greco-Evaluationsbericht von 2013 nennt eine „Arbeitskultur“, die auf einer „bis ins Extreme“ übersteigerten Unabhängigkeit basiere sowie der „Weigerung unter Kollegen, sich gegenseitig zu kritisieren“.

Im Compliance-Bericht 2017 schnellte der Anteil der Disziplinarverfahren zwar um hundert Prozent in die Höhe: Das liegt daran, dass sich 2016 ein Vormundschaftsrichter wegen Verdacht auf Amtsmissbrauch und Fehlverhalten gegen eine Schutzbedürftige vor Gericht verantworten musste (siehe *d'Land* vom 8.6.2018). Doch als Beweis für ein verbessertes internes Management ließen die Anti-Korruptionswächter den Einzelfall nicht gelten. Wie schwer sich die Richterschaft mit Kritik von außen und innen tut, zeigt sich auch daran, wie lange es dauerte, bis die Justiz eine professionelle Pressestelle einrichtete und wie schnell Zugänge für Medienschaffende wieder zur Disposition stehen können. Ein Disziplinarverfahren mit drei Instanzen, eine für die Einleitung des Verfahrens, eine für die Beweisaufnahme und eine für die Entscheidung, sowie mit einer Mandatsdauer von einem Jahr, soll die Unabhängigkeit und Unbefangenheit gewährleisten. Das Recht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, steht allein dem Justizrat zu, dessen Mitglieder verpflichtet sind, Verdachtsfälle von Korruption oder Fehlverhalten zu melden.

Darüber hinaus, und das ist eine weitere wichtige Neuerung, sollen aber auch Bürgerinnen und Bürger Beschwerden beim Justizrat einreichen können: Wer sich durch einen Richter, eine Richterin, einen Staatsanwalt, eine Staatsanwältin schlecht behandelt fühlt, soll sich beim Rat beschweren können, der die Vorwürfe dann prüft und entscheidet, ob er ein Verfahren einleitet oder nicht. Hier sieht Alex Bodry ein weiteres Problem: Da im Gesetzentwurf außer einem Sekretariat keine Verwaltung vorgesehen ist, die den Rat bei seinen Aufgaben unterstützt, sei unklar, „ob die Mitglieder das überhaupt leisten können“. So dass sich fragt, wie groß die Öffnung der Justiz nach außen und für mehr Transparenz wirklich wird.



Sven Becker

Der Conseil suprême de la justice soll Unabhängigkeit und mehr Transparenz bringen für Richter und Staatsanwälte, aber auch eine Anlaufstelle sein für Bürgerbeschwerden

Kurz vor Ende der Amtszeit präsentiert Justizminister Félix Braz sein wichtigstes Projekt: den Obersten Justizrat

Türkische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Auf zur Weltherrschaft!



Graue Wölfinnen mit dem faschistischen Gruß

Cem Sey, Berlin

Jeder hat es schon erlebt: Man sagt, „schlimmer kann es nicht mehr werden“, und es kommt doch noch viel schlimmer. Die Türkei ist zurzeit ein Musterbeispiel dieses Phänomens. Seit 24. Juni ist der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt.

Dieser Fakt allein müsste alle Demokraten dieser Welt die Hände über den Kopf zusammenschlagen lassen. Doch das Ergebnis der Präsidentschaftswahl am Sonntag in der Türkei ist schlimmer, als viele es sich vorstellen können. Denn mittlerweile ist Erdoğan vollkommen von der Gnade der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) abhängig – und verglichen mit den Mitgliedern und Funktionären dieser Partei ist Erdoğan ein lupenreiner Demokrat.

Erdoğan gewann die Präsidentschaftswahl beim ersten Wahlgang mit einer knappen aber deutlichen Mehrheit, mit 52,4 Prozent der Stimmen. Doch die Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), der er vorsteht, verlor bei der parallelen Parlamentswahl haushoch. Hatte sie 2015 jede zweite Stimme erhalten, fiel ihre Unterstützung am Sonntag auf 42 Prozent; die AKP büßte damit ihre absolute Mehrheit ein. Die verlorenen acht Prozentpunkte wanderten nicht, wie erwartet, zur liberal-bürgerlichen Opposition, sondern zur MHP, deren Anhänger bei der Präsidentschaftswahl ihren Kreuz bei Erdoğan machten. Damit wird die MHP, im deutschsprachigen Raum als „Graue Wölfe“ bekannt, die Schlüsselpartei im türkischen Parlament.

Erdoğan ist nun also Staatspräsident, kann aber kein einziges Gesetz durchs Parlament bringen, ohne die Zustimmung der MHP und dessen „Führer“ Devlet Bahçeli. Doch Erdoğan benötigt viele neue Gesetze, möchte er das Präsidialsystem verankern, das auf seine Alleinherrschaft zugeschnitten ist. Er wird also Kompromisse mit der MHP eingehen müssen.

Die MHP, die die Türkei damit für die nächsten Jahren als Geisel nehmen dürfte, ist eine klassische

Was macht die Opposition? Eben noch diszipliniert, ist sie nach der Wahniederlage schon wieder in sich zusammengefallen

faschistische Partei mit dazugehörigem Führerkult, Rassismus und gewalttätigen Para-Militärs. Ideologisch steht sie für die sogenannte „türkisch-islamische Synthese“, die davon ausgeht, dass der Islam Teil der türkischen Identität sei. Aber auch der Führungsanspruch in der islamischen Welt ist Teil dieser Denke.

Um zu verstehen, wie die Faschisten drauf sind, reicht es, die parteinahen Webseiten zu durchforsten. Da wird schnell deutlich, dass nicht wenige ihrer Anhänger ernsthaft von einer Weltherrschaft der Türken träumen. Einer schreibt zum Beispiel folgende Sätze, nachdem er allgemein über Weltherrschaftstheorien palavert: „Ohne emotional zu werden, muss offen gesagt werden, dass unter denjenigen, die bisher die Weltherrschaft anstreben, nur eine Nation diese Ehre verdient: die türkische Nation. Denn das humanste Weltherrschaftsideal ist das türkische.“ Die virtuelle Welt auf Türkisch ist voll mit solchem surrealen Unsinn.

Erdoğan kann mit dem Partner gut leben. Die Grauen Wölfe sind spätestens seit 2015 begeistert von ihm. Um seine Macht zu verteidigen, hat Erdoğan bewusst diese Allianz angestrebt und dafür mehrere kurdische Städte von der Armee mit schweren Waf-

fen beschießen lassen, Teile Nordsyriens besetzt und begegnet nun der politischen Opposition mit willkürlicher Staatsgewalt.

Dass er mit entschlossener Unterstützung der MHP rechnen kann, so lange er politisch Kurs hält, sicherte ihm Bahçeli noch am Wahlabend zu: „Wir werden unsere Aufgaben umgehend erledigen, um das neue System zu etablieren“, sagte er in einer Rede vor seinen Anhängern. Er freute sich ebenso über die zukünftige „Schlüsselrolle“ seiner Partei und meinte im selben Atemzug, der Wähler habe seiner Partei den Auftrag gegeben, „auszubalancieren und zu kontrollieren“. Nun ringen Erdoğan und Bahçeli um die Aufteilung der Macht. Vor dem Start der Verhandlungen pff! Bahçeli Untertanen, die zu laut wurden, zurück. Sie hatten sich öffentlich darüber gefreut, dass die AKP ohne sie nichts mehr ausrichten kann.

Was ist aus der Opposition geworden, mag man fragen. Sie hatte sich vor der Wahl erstaunlich diszipliniert gezeigt. Doch sobald die Wahl verloren war, ist sie wieder in sich zusammengefallen. In der größten Oppositionspartei, der laizistischen, kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP), bricht einmal mehr ein Machtkampf aus. Die Funktionäre der Guten Partei (İYİP), die sich von der MHP spalteten, weil sie nicht bereit waren, mit Erdoğan zusammenzugehen, enttäuschten mit knapp zehn Prozent der Stimmen jeden Wähler, der in ihnen mal eine Alternative zu Erdoğan gesehen hatte.

Nur die radikal-linke und prokurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) hat etwas zu feiern. Die HDP ist lange schon Zielscheibe von allen möglichen Repressalien des Regimes gewesen. Ihre Vorsitzenden wurden eingesperrt, tausende Funktionäre ebenso, und ihre Versuche, eine Wahlkampagne zu führen, scheiterten allzu oft an brutalen Angriffen der Grauen Wölfe. Ihr charismatischer Präsidentschaftskandidat Selahattin Demirtaş führte seine unterhaltsame Wahlkampagne aus dem Gefängnis heraus.

Am Ende erhielt Demirtaş mehr Stimmen, als er vor einigen Jahren als Präsidentschaftskandidat be-

kam und wurde dritter – noch vor Meral Akşener von der İYİP. Noch erfolgreicher war seine Partei bei der Parlamentswahl. Obwohl das Regime alles tat, um sie an der absurd hohe Zehn-Prozent-Hürde scheitern zu lassen und auch die bürgerliche Opposition sich darüber heimlich freute, errang die HDP 11,6 Prozent der Stimmen und zog als drittstärkste Kraft ins Parlament ein – mit 20 Abgeordneten mehr, als der MHP zustehen.

Dieser Erfolg ist jedoch ein kleiner Trost. Denn die HDP wird ab jetzt mit vermehrten willkürlichen Übergriffen rechnen und weiterhin ums Überleben kämpfen müssen. Die ersten Anzeichen dafür gibt es schon: Zwei Tage nach der Wahl rief Innenminister Süleyman Soylu die HDP-Ko-Vorsitzende Pervin Buldan an und drohte ihr mit den Worten: „Ihr habt euer Recht auf Leben verwirkt. Haut ab, wohin ihr wollt!“

Deutschland steckt fest

Rechnung ohne Wirt

Martin Theobald, Berlin

Die Strategie des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) scheint nicht zu verfangen. Bis zur Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober wollte er Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor sich her treiben, um seinen Ruf als starker Mann, als einziger Mann am rechten Rand des politischen Spektrums zu festigen. Sein Plan war es, so der rechtspopulistischen AfD möglichst viele Wählerinnen und Wähler abspenstig zu machen. Er wollte den Traditionsbewussten eine konservativ-nationalistische Heimat bieten, die weniger mit Tabubrüchen und Nähe zum Rechts-Extremismus verfängt als die AfD.

Doch die Demoskopien offenbaren nun, dass diese Taktik nicht aufgeht. Die Wähler in Bayern wenden sich ab von Ministerpräsident Söder und CSU-Parteichef Horst Seehofer. Wäre bereits am kommenden Sonntag Wahl in Bayern, würde die CSU ihre absolute Mehrheit im Landtag verlieren. Minus sieben Prozent – sagte am vergangenen Wochenende Forsa voraus. Das gleiche Minus bei den Sozialdemokraten. Zulegen konnten hingegen die Grünen und – eben – die AfD. Als Grund für ihre hypothetische Wahlentscheidung gaben viele der Befragten an, dass sie insbesondere das Auftreten der beiden christsozialen Spitzenpolitiker als nervend und überzogen empfänden. Noch dazu erachteten sie den Streit zwischen den beiden christlichen Schwesterparteien als lähmend.

Ein Burgfriede, so lange Merkel in Brüssel um eine europäische Lösung ringt

Kaum war die Prognose veröffentlicht, wurde es still um Seehofers Masterplan zur Lösung der Flüchtlingskrise. Es herrschte ein Burgfriede, so lange Angela Merkel in Brüssel mit einigen ausgewählten Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten um eine europäische Lösung rang.

Da der Wähler des Themas überdrüssig ist, wird es vertagt, nicht gelöst. Doch scheint es so manchen politischen Beobachter, dass die Tage der Großen Koalition in Berlin gezählt sind und Neuwahlen schneller anstehen könnten, denn geplant. Dabei gibt es noch zwei weitere mögliche Wege, um aus der politischen Stagnation um die Flüchtlingskrise zu finden. Erstens könnten Merkel und ihr Innenminister Seehofer einen Befreiungsschlag wagen, der auf tragbaren, belastbaren Kompromissen aufbaut, den beide Gesichtswahrend als einen Sieg ihrer Politik verkaufen könnten. Wichtig wäre dabei, die aufgeheizte Situation in der Politik zu deeskalieren und nach einer nationalen Lösung zu suchen, wenn sich die Krise im europäischen Kontext nicht lösen lässt.

Wahrscheinlicher aber ist es, dass sich CDU und CSU irgendwie einigen. Die CSU könnte Merkel mehr Zeit einräumen, nach einer europäischen Lösung zu suchen und sich mit den Partnern in der EU zu verständigen. Hans-Peter Friedrich (CSU), einst Bundesinnenminister, erläuterte, wie das aussehen könnte: zunächst Rückendeckung für die Pläne von Seehofer. „Und dann muss man sehen, wie man das umsetzt.“ Es sieht so aus, als würde Seehofer noch den EU-Gipfel vom Wochenende abwarten, um Kanzlerin Merkel genau die zwei Wochen Zeit zu geben, die sie sich ausbedungen hat.

Doch auch Seehofer wird unter Druck gesetzt. Er muss in München liefern, möchte er weiterhin Parteivorsitzender der CSU bleiben. Bringt der Gipfel kein Ergebnis, könnte er dann in der neuen Woche die Zurückweisung der Flüchtlinge an der deutschen Grenze anordnen. Damit wären der Bruch der Fraktion von CDU/CSU und damit auch das vorzeitige Ende der Großen Koalition besiegelt. Denn Merkel müsste ihren Innenminister entlassen, im Gegenzug würde die CSU ihre Minister aus der Regierung abziehen und dem Rumpfkabinett die Gefolgschaft verweigern. Die so heraufbeschworene Regierungskrise könnte dadurch gelöst werden, dass CDU und SPD in einer Minderheitsregierung weitermachen oder gar die Grünen die CSU ersetzen.

Doch die Folgen wären in der politischen Landschaft Deutschlands weitreichend, denn beide konservative Parteien würden getrennte Wege gehen – die CSU würde in ganz Deutschland zu Wahlen antreten und die CDU künftig auch in Bayern. Es käne zu einer Katharsis in beiden Parteien, nach der sich die CDU noch deutlicher in der Mitte und die CSU als klare Konkurrenz zur AfD positionieren würden.

Oder aber es gibt doch Neuwahlen. Obwohl die Koalitionsparteien in Berlin das nicht wollen. „Wenn die Regierung über einen Streit in der Flüchtlingspolitik stürzt, wäre das ein Konjunkturprogramm für die AfD“, so SPD-Vize Ralf Stegner. Merkel und Seehofer werden etwas unternehmen, dass es dazu nicht kommt. Die SPD sitzt machtlos auf den Zuschauerrängen und von den europäischen Partnern ist wenig Unterstützung für nationale Regierungsoptionen zu erwarten. Es scheint vielmehr, als sei die Politik der ruhigen Hand von Angela Merkel gerade in diesen bewegten Zeiten am Ende ihrer Wirkungskraft angelangt.



Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1



ticker



Verzögerung



Die Übernahme des italienischen Ilva Konzerns durch Arclor-Mittal verzögert sich um zweieinhalb Monate, wie internationale Medien diese Woche berichteten, weil die neue italienische Regierung die Bedingungen ein wenig anpassen möchte. Der italienische Industrieminister Luigi Di Maio teilte in einer Stellungnahme mit, er prüfe die umwelttechnischen, sozialen wirtschaftlichen Aspekte der Übernahme, sowie die Folgen für die Beschäftigung. Laut Kaufvereinbarung zahlt Arcelor-Mittal 1,8 Milliarden Euro für das Stahlwerk und investiert weitere 2,3 Milliarden, um das Werk umwelt- und produktionsstechnisch auf den neuesten Stand zu bringen. Der Konzern plant, von den 14 000 Stellen 5 000 zu streichen. Die EU-Kommission hatte die Übernahme unter der Auflage genehmigt, dass Arcelor-Mittal andere europäische Produktionsstandorte verkauft, darunter auch das Verzinkungswerk in Düdelingen (Foto: sb) ms

Maximum exposure

Der Immobilienmakler JLL übernimmt die Verwaltung des Belval Plaza Shopping Center, wie JLL diese Woche mitteilte. Damit startet ein neuer Versuch, dem Geschäftszentrum Leben einzuhauchen, eine Aufgabe, an der sich andere Firmen bisher die Zähne ausgebissen haben. Das Unternehmen Belval Plaza stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Während der Bauarbeiten war eine Zwischendecke eingestürzt, die Eröffnung der Univer-

sität verspätete sich, die Promotoren stritten mit der Baufirma, weil ihr Finanzierungspartner, eine niederländische Bank, während der Finanzkrise ins Trudeln kam, der Kinobetreiber hatte Probleme, und so blieben viele Geschäftsflächen leer. Den bereits vorhandenen Mietern musste Mietnachlass gewährt werden. 2012 kündigte der Shopping-Center-Verwalter Devimmo an, neue Geschäfte für die Flächen zu finden, während die Projektinitiatoren weiter mit ihren Finanzierungspartnern stritten. Den Bilanzen für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 von Belval Plaza Holding, der die Gebäude in Belval Plaza gehören, ist zu entnehmen, dass 2015 noch die Aktionäre PRPZ Financiering Participaties B.V. and Propertize B.V für die Schulden der Firma bürgten. Im folgenden Jahr ist die Gesellschaft „directly held by LSREF5 Swan Finance Sarl“. Hinter dem Akronym verbirgt sich über Zwischengesellschaften die Beteiligungsfirma Lone Star mit Sitz in Bartringen, deren Mitarbeiter die Geschäftsführung übernommen haben. Belval Plaza Holding verbuchte 2016 einen Gewinn von 2,9 Millionen Euro, schob aber kumulierte Verluste von 16 Millionen Euro vor sich her und hatte rund sechs Millionen Euro Schulden in den Büchern. Offensichtlich sind die Steitereien mit den Projektentwicklern, der Baufirma, den Banken und Mietern noch nicht abgeschlossen. Auch in der Bilanz von 2016 heißt es : „The company is a defendant in various lawsuits, jointly with parent an/or sister companies, from various tenants and suppliers who took part of the construction and development of the Belval project.“ Die „maximum expore“ der die Holding durch die Prozesse ausgesetzt sei, belaufe sich auf 13,8 Millionen Euro. Rückstellungen, um dieses Risiko zu decken, gab es keine. ms

Kleinkrämerkartell

Der nationale Wettbewerbsrat teilte diese Woche mit, eine Preisabsprache im Lebensmittelhandel aufgedeckt zu haben. Der Wettbewerbsrat hatte auf eigene Initiative eine Untersuchung eingeleitet, nachdem das Pall Center, das Shopping Center Massen, Alima und Food2go zusammen unter dem Label Epiceries du Luxembourg Werbefaltblätter mit Angeboten für eine Reihe von Produkten verteilten

ließen. Eineinhalb Jahre lang untersuchte der Wettbewerbsrat daraufhin, ob eine illegale Preisabsprache vorliege. Er kam zur Schlussfolgerung, Alima sei in einem Radius von 30 Kilometern um die Standorte großer Konkurrenz, beispielsweise durch die Cactus-Gruppe, ausgesetzt. Doch für Pall Center und Shopping Center Massen stellten die Wettbewerbshüter fest: „en admettant qu’une zone de chandlandise d’un hypermarché est définie par une distance de 30 minutes en voiture, l’intersection entre ces deux zones n’est pas nulle. Il existe une certaine clientèle habitant à équidistance entre les deux points de vente pour lesquels ces deux points de vente se trouvent en concurrence (...)“. Doch weil „le chiffre d’affaires correspondant à la vente des produits sous promotion est insignifiant à la fois par rapport au chiffre total réalisé par les parties et à fortiori par rapport au chiffre d’affaire réalisé sur l’ensemble du marché des produits en cause“, sah der Wettbewerbs davon ab, Bußgelder zu verhängen. Dass der Wettbewerbsrat es notwendig findet, sich mit diesem Kleinkrämerkartell zu beschäftigen, kann umso mehr erstaunen, als er zwei Wochen vorher eine illegale Preisabsprache im Taxiwesen feststellte, wo Webtaxi über seine IT-Plattform die Preise für Drittfirmen festlegt, die darüber Buchungen annehmen. Dann aber entschied der Rat, diesem Kartell eine Ausnahme genehmigung zu erteilen. In der Mitteilung dazu erklärte der Wettbewerbsrat : „Après avoir constaté sur la base des des observations amenées par les parties, les gains d’efficacité de l’accord (réduction des courses à vide, du temps d’attente) et le bénéfice qu’en retirent les consommateurs (dont la réduction des prix du fait de l’application de l’algorithme), le Conseil confirme le caractère indispensable de la fixation des prix pour atteindre les gains d’efficacité amenés par l’accord, faute d’alternative viable dotée des mêmes effets pr0 concurrentiels.“ Angesichts dieser Argumentation – welche Firma würde sich an einer Absprache beteiligen, aus der sie keinen Nutzen zieht? – muss man sich fragen, ob der Wettbewerbsrat dabei die Möglichkeit, dass andere Taxi-Unternehmen eigene Apps schreiben lassen könnten, beziehungsweise den Kunden ohne Webtaxi-App einen billigeren Preis anbieten könnten, außer Acht lässt, weil

die Regierung bei der Vorstellung der App durch Infrastrukturminister François Bausch (déi Gréng) persönlich vertreten war. Der hatte vor ein paar Wochen einräumen müssen, seine Taxi-Reform habe nicht zu den gewünschten Preissenkungen geführt. ms



CSSF – un autre départ

Après Nadia Manzari (Madame Blockchain qui a rejoint le cabinet Schiltz & Schiltz), Jean-Marc Goy (Monsieur Affaires Internationales, destination inconnue) et Simone Delcourt (Madame Ucits qui est parti à la retraite alors que son mandat courait jusqu’en 2020), un autre haut gradé quitte la CSSF. Cette fois-ci, c’est Claude Simon, le directeur de la supervision bancaire, qui fait valoir ses droits à la retraite au 31 décembre 2018. (Son mandat courait jusqu’à la fin avril 2019.) Il sera intéressant de voir si, pour ce poste hautement stratégique, la CSSF recrutera dans le public ou dans le privé. Dans l’appel à candidatures, la CSSF exige des intéressés (qui doivent avoir la nationalité luxembourgeoise) « une déclaration indiquant les conflits d’intérêts personnels éventuels que le candidat devrait résoudre en cas de nomination ». bt



« L’année commence bien »

... titre le Statec cette semaine dans son Conjoncture Flash. Elle décèle « un signal positif qui conforte la possibilité d’atteindre une croissance effective

Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP), Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) und Infrastrukturminister François Bausch (Déi Gréng) stellten am Montag ein Armaturen Brett vor, dem zufolge sechs der neun Prioritäten, die nach der Veröffentlichung des Rifkin-Berichts festgehalten wurden, bereits zu 80 Prozent umgesetzt seien. Dass diese allzu simple und willkürliche grafische Darstellung der Sache nicht ganz gerecht würde, musste sogar Schneider einräumen, indem er zugab, es sei schwierig, die Fortschritte bei der Umsetzung der Rifkin-Strategie zu messen. Dem Armaturen Brett zufolge ist beispielsweise der Aufbau einer HPC-Infrastruktur bereits zu 80 Prozent erledigt, während der EU-Ministerrat erst am Montag beschloss, Geld für die Einrichtung des Supercomputers in Luxemburg locker zu machen. Schmit berichte, beim Projekt *Digital Skills Bridge* seien die Kandidaturen von 16 Firmen zurückbehalten worden, die sich bei der Umschulung ihrer Mitarbeiter von der Adem helfen lassen. Bausch freute sich über gute Fortschritte bei der Umsetzung des Konzeptes „Mobilität als Dienstleistung“, da beispielsweise die Überlandbusse mit der notwendigen Technik ausgerüstet seien, um ihr Vorankommen in Echtzeit zu messen. Da aber den Anzeigetafeln in der Hauptstadt noch vergangene Woche keine Infos über die vorbeifahrenden Überlandbusse zu entnehmen waren, ist zumindest diskutabel, ob diese Rifkin-Priorität nun tatsächlich schon zu 80, oder doch eher erst zu 79 Prozent umgesetzt ist. ms

proche de quatre pour cent en 2018 ». Au premier trimestre 2018, le PIB en volume a progressé de 5,1 pour cent sur un an, tiré principalement par les services d’information et de communication ainsi que par le commerce. Sur la même période, l’emploi salarié a connu une croissance de 3,8 pour cent : les taux les plus forts étant enregistrés parmi les résidents non-communautaires (+11,5) et les frontaliers français (+5,5). bt

Le Dôme

Construit par Vinci en 2006, acheté par BDO (le cinquième Big Four) qui le vendra au fonds Pramerica, qui le vendra au fonds Blackstone, le Dôme, ce building de bureaux de 22 000 mètres carrés situé dans le quartier de la Gare, est de nouveau à vendre. C’est ce qu’écrivit le *Luxembourg Times*, qui estime le prix de vente à 200 millions d’euros. (Un chiffre que des professionnels du secteur contactés par le *Land* estiment comme réaliste.) Le prix de vente sera le résultat de plusieurs variables : le marché immobilier, l’état de l’immeuble (récemment rénové), le taux d’occupation et la qualité des locataires. bt

Space crash

Le ministre des Communications et des Médias, Xavier Bettel (DP), vient de déposer un projet de loi sur les activités spatiales et sur l’impôt sur les assurances. Après l’enthousiasme initial soulevé par le *space mining*, cette dernière frontière de l’offshore, le gouvernement tente désormais d’assurer ses arrières. « L’activité spatiale ne doit pas être de nature [...] à compromettre les intérêts stratégiques, économiques et financiers de l’État luxembourgeois », lit-on à l’article 6 du projet de loi. Où on précise avec une bonne dose de pragmatisme (ou d’opportunisme) que l’activité spatiale ne devra pas exposer l’État à « un risque disproportionné de responsabilité internationale par rapport aux intérêts [dans le commentaire des articles, on parle de « bénéfices »] que l’activité spatiale peut représenter pour l’État et ses citoyens ».

Pour mesurer ces risques (« juridiques, techniques, environnementaux, sanitaires et économiques »), le ministère peut désigner des experts

auxquels les opérateurs devront montrer leurs installations et leur matériel. En contrepartie, ces experts sont soumis à l’article 458 du Code Pénal (le fameux Hebammenparagraphe qui avait servi d’assise au secret bancaire). Si le Luxembourg soumet les space cowboys à un cadre strict, c’est que les conventions internationales l’exposent fortement : « L’État de lancement a la responsabilité absolue de verser réparation pour le dommage causé par son objet spatial à la surface de la Terre ou aux aéronefs en vol », stipule « Convention sur la responsabilité internationale pour les dommages causés par des objets spatiaux » de 1968 (ratifié par le Grand-Duché en 1983). Dans le commentaire des articles, on précise qu’« il s’agit d’une situation particulière par laquelle le régime des activités spatiales se distingue d’autres activités réglementées qui ne comportent pas une telle responsabilité internationale pour l’État, comme par exemple les activités du secteur financier ». Heureusement pour le Grand-Duché... bt



Reisegeschwindigkeit

Michèle Sinner

Anfang 2012 stellten Wirtschaftsminister Jean-not Krecké (LSAP) und Finanzminister Luc Frieden (CSV) zusammen den Luxembourg Future Fund (LFF) vor. Es war eine der letzten großen Gesten Kreckés als Minister, bevor er sein Amt an Etienne Schneider abgab (LSAP) und sie sollte Symbolcharakter haben. Mitten in der Krise sollte in die Zukunft investiert werden, 150 Millionen Euro, davon 120 Millionen Euro von der öffentlichen Förderbank SNCI und 30 Millionen Euro vom European Investment Fund (EIF). Eines der Hauptanliegen dabei war, direkt in innovative junge Unternehmen zu investieren. Dann aber zog sich der Aufbau des Fonds so lange hin, dass sogar nicht unbedingt für ihre regierungskritische Haltung bekannte Medien begannen, sich darüber lustig zu machen. Das groß angekündigte Projekt riskierte vollends zum PR-Debakel zu werden, als der Wunschkandidat der Regierung, der Skype-Unternehmer Gerard Lopez, der Start-Ups zur Direktbeteiligung hatte auswählen sollen, durch die Due-Diligence-Prüfung der Partner vom EIF fiel.

Zum jetzigen Zeitpunkt, sechseinhalb Jahre später, ist nicht wirklich klar, wie viel Geld wohin geflossen ist, in welche Unternehmen im Endeffekt investiert wurde und was genau diese Unternehmen machen. Vielleicht ist dies ein rein administratives Problem, aber dennoch ist es eines. Denn der Dachfonds Paladin European Cyber Fund SCSP-SIF, dem im Februar 2016 vom LFF 20 Millionen Euro versprochen wurden, das größte bisher öffentlich gemachte Engagement des LFF, um im Bereich der Cyber-Sicherheit zu investieren, ist durch seine besondere Gesellschaftsform nicht verpflichtet, beim Handelsregister jährliche Bilanzen abzugeben, in denen zu prüfen wäre, welche Fonds und Firmen er finanziert.

Das ist deswegen besonders pikant, weil im Management der Paladin Group, der US-Firma, der der Paladin European Cyber Fund SCSP-SIF über mehrere Zwischenfirmen in Luxemburg und den Cayman Inseln gehört, ein gewisser Lt. Gen. (Ret) Kenneth A. Minihaan sitzt, in dessen Lebenslauf steht: „He retired from the U.S. Air Force on June 1, 1999, after more than 33 years of active commissioned service to the nation. On his final tour of duty he served as the 14th Director of the National Security Agency/Central Security Service, a combat support agency of the Department of Defense with military and civilian personnel stationed worldwide.“ Minihaan ist also ein ehemaliger Direktor des größten US-Auslandsgeheimdienstes NSA, der, wie 2014 bekannt wurde, sehr wahrscheinlich sogar das Telefon der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel abhörte. Spätestens seit dem Skandal um die illegitime Verwertung von Facebook-Nutzerdaten durch die Firma Cambridge Analytica wäre es gut zu wissen, welches Geschäftsmodell die Cyber-Sicherheits-Start-Ups verfolgen, die über den Paladin European Cyber Fund SCSP-SIF öffentliche Fördergelder von der SNCI erhalten.

Dass es eine solche Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gibt, sieht auch der Verwaltungsratspräsident der SNCI und des LFF, Patrick Nickels, so. Doch Nickels ist, genauso wie die Mitarbeiter des EIF, die beim LFF die Investitionsberatung übernehmen, an Vertraulichkeitsklauseln gebunden, die es ihnen unmöglich machen, etwas über die Beteiligungen, die der Paladin European Cyber Fund genommen hat, Aufschluss zu geben. Das könnten nur die Vertreter des Fonds selbst, beziehungsweise die Cyber-Sicherheitsfirmen, in die der Fonds investiert hat – wenn Fonds und Start-Ups dazu bereit wären. Der EIF, Teil der Europäischen Investitionsbank, der Milliardeninvestitionen in europäische KMU abwickelt, organisiert regelmäßig Foren, in denen sich Risikokapitalfonds sowie

Inzwischen seien ein gutes Drittel der insgesamt 150 Millionen Euro, die dem LFF zur Verfügung stehen, zugeteilt

Start-Ups, die von ihnen Geld erhalten, vorstellen. Ein solches Forum mit den Firmen zu organisieren, die direkt oder indirekt Geld vom LFF erhalten, wäre vielleicht eine Möglichkeit, für etwas mehr Transparenz zu sorgen, wenn auch keine wirklich zufriedenstellende.

Ziel und Zweck des LFF ist an erster Stelle, sogenannte *Spillover effects* zu erreichen. Wenn Luxemburger Geld investiert wird, soll sich das positiv auf die heimische Wirtschaft auswirken, indem sich neue Firmen aus dem Ausland hier niederlassen, Personal einstellen, dazu beitragen, die vorhandenen Kompetenzen in bestimmten Bereichen – Fintech, Cyber-Sicherheit und Weltraumtechnologien – auszubauen und dadurch die Attraktivität des Standorts fördern, damit sich andere Firmen ebenfalls hier niederlassen. Diese Auflagen, versichert Patrick Nickels, sind vertraglich festgehalten – sie sind wahrscheinlich eine der Ursachen dafür, dass es so lange gedauert hat, überhaupt Anlagemöglichkeiten für den LFF zu finden.

„As part of this investment, Paladin, with its worldwide national security and specialized competence experts, will work with the Luxembourg government in developing a world class cyber center to attract the best and the brightest investors, educators, innovators and entrepreneurs to Luxembourg“, sagte Micheal Steed von Paladin beim Closing im April 2017, als der Fonds die Phase abschloss, in der er Geld einsammelte. Der Paladin European Cyber Fund ist in Luxemburg angesiedelt und wird von der CSSF kontrolliert. Die Management Gesellschaft des Fonds, die eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, ebenfalls. Sie hat, wie alle anderen Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Paladin-Gruppe in Luxemburg, ebenfalls keine Bilanzen beim Firmenregister hinterlegt, seit sie 2015 gegründet wurden, was sich als Investitionspartner der nationalen Förderbank nicht besonders gut macht. Eine Adresse mit Briefkasten existiert in Kirchberg, doch auf der Webseite der Paladin Capital Group ist keine Luxemburger Niederlassung aufgeführt. Eine Bitte um Rückruf beim Londoner Büro, um Aufschluss über das Investitionsportfolio der Paladin European Cyber Fund zu erhalten, blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Mit der Struktur des LFF begab sich die SNCI auf völliges Neuland in der Art, wie sie in die nationale Wirtschaft investiert. Der FLL ist ein Fonds mit drei Kompartimenten: Das erste ist

Investitionen in Risiko-Kapital-Dachfonds wie die Paladin European Cyber Fund vorbehalten, und mit einem Umschlag von 50 Millionen Euro bestückt, das zweite hält 90 Millionen Euro für direkte Co-Investitionen mit Risikokapitalfonds an Start-Ups bereit und das dritte sieht zehn Millionen Euro für gemeinsame Investitionen mit sogenannten Business Angels vor – insgesamt also 150 Millionen Euro.

Abgesehen von den 20 Millionen Euro, die Paladin versprochen wurden und nach und nach gezogen werden, je mehr der Fonds investiert, wurden bisher zwei Investitionen bekannt gegeben und auch dabei gab es Pleiten, Pech und Pannen. „Luxembourg Future Fund: Spire raises additional \$70M and opens a European HQ in Luxembourg“, lautete der Titel als die Beteiligung des LFF am Weltraumtechnologie-Unternehmen Spire vergangenen November bekannt gegeben wurde. Das verleitete dazu anzunehmen, Spire erhalte 70 Millionen Dollar vom LFF, eine Falschnachricht, die nie korrigiert und noch vor drei Wochen im *Paperjam* wiederholt wurde. Dass es völliger Irrsinn wäre, einen derart großen Teil der verfügbaren Mittel des LFF in eine einzige Firma zu investieren, fiel anscheinend niemandem auf. Dabei, bestätigen Vertreter des EIF gegenüber dem *Land*, sehen die internen Regeln des LFF vor, dass von den 90 Millionen im zweiten Kompartiment, aus dem die Spire-Beteiligung finanziert wird, maximal 20 Prozent an eine einzelne Firma gehen dürfen, sprich 18 Millionen Euro. Spire hat sich in Luxemburg niedergelassen und 70 Millionen Dollar Kapital bei verschiedenen Investoren eingesammelt, wovon einer der LFF ist. Der CEO, Peter Platzcek, sei vor Ort, berichtet Patrick Nickels, und er suche nach qualifiziertem Personal, das er, getreu den LFF-Auflagen, einstellen kann.

Zusammen mit dem Risiko-Kapitalfonds Lakestar hält der LFF außerdem eine Beteiligung an der Firma Crosslend und, so der Stand zum Ende des Geschäftsjahres am 31. März 2017, für 3,5 Millionen Euro eine Beteiligung von 13,48 Prozent an der deutschen Firma gekauft. Die Luxemburger Filiale von Crosslend machte erst diese Woche Schlagzeilen. „Crosslend and BCEE announce collaboration“, lautete die Meldung an die Luxemburger Medien. Die Firma hat bei der CSSF eine Zulassung als Verbriefungsgesellschaft erhalten und stellt ihre IT-Plattform in den Dienst der Banque et Caisse d’Épargne de l’État. Darüber sollen Kredite an Luxemburger KMU verbrieft, also in Wertpapiere umverpackt werden, die dann an Investoren weiterverkauft werden können. Als die Finanzkrise 2008 ausbrach, die ihren Ursprung darin hatte, dass amerikanische Hypothekenkredite zahlungsunfähiger Kreditnehmer verbrieft und weiterverkauft wurden, versicherten Luxemburger Banken jederzeit und zu allen Seiten, in Luxemburg würde „so etwas“ nicht gemacht. Heute nennt sich das „Fintech“, die staatliche Förderbank investiert darin und die Staatsbank BCEE glaubt über diesen Weg, Luxemburger KMU neue Zugangsmöglichkeiten zu Finanzierungsquellen zu eröffnen.

Die Konten für das am 31. März 2018 abgeschlossenen Geschäftsjahr sind noch nicht definitiv, daher muss LFF-Präsident Patrick Nickels Vorsicht bei allen Aussagen walten lassen. Doch inzwischen seien ein gutes Drittel der insgesamt 150 Millionen Euro zugeteilt, die dem LFF zur Verfügung stehen. Damit habe der LFF im vergangenen Geschäftsjahr den notwendigen Rhythmus für Investitionsentscheidungen erreicht, um wie vorgesehen bis 2020 seine Mittel zu platzieren. Wenn Nickels nun noch eine Möglichkeit fände, um konsequent Aufschluss darüber zu geben, wohin, wäre der LFF nach langer Zeit endlich auf Reisegeschwindigkeit.



Eine Adresse und einen Briefkasten hat Paladin in Kirchberg, doch auf der Webseite der Gruppe ist kein Standort in Luxemburg angegeben. Eine Bitte um Rückruf aus London blieb unbeantwortet. Der Luxembourg Future Fund selbst hat seine Niederlassung bei Alter Domus in Gesellschaft vieler Briefkastenfirmen (oben)

Der Start des Luxembourg Future Fund war von Pleiten, Pech und Pannen begleitet. Sechseinhalb Jahre nach seiner Vorstellung sind noch nicht alle Probleme gelöst

Portrait de Jean-Paul Olinger, le nouveau directeur de l'UEL

Lobbyyste Téflon

Bernard Thomas

« **Een dekke Pelz** » Intelligent, courtois, diligent, naïf ; « e feine Kärel », c'est ainsi qu'on me décrit le nouveau directeur de l'Union des entreprises luxembourgeoises (UEL), Jean-Paul Olinger. Pour remplir le poste, il fallait un Luxembourgeois, connaissant le terrain économique, trentenaire ou quadragénaire, travaillant dans le privé et y occupant une position « senior ». À « cinq plutôt que quinze » estime l'ancien dirigeant de l'UEL, Jean-Jacques Rommes, le nombre de candidats à sa succession qui avaient fini sur la *shortlist*. À entendre les lobbyistes patronaux se plaindre du peu de reconnaissance sociale qui leur serait témoignée, on a l'impression qu'Olinger vient de se mettre dans des sales draps. « Beaucoup de candidats n'avaient pas envie de se retrouver dans la vitrine, d'être marqués *ad vitam aeternam* comme lobbyiste patronal », raconte ainsi le directeur de la Confédération luxembourgeoise du commerce (CLC), Nicolas Henckes. « Vu la manière dont les journalistes vous traitent, il vaut mieux avoir la peau dure, dit Jean-Jacques Rommes. Quant à la politique, elle vous utilise comme tête à claques. Le fait qu'à l'avenir plus personne ne voudra m'entendre, je le ressens comme une véritable libération... » À 61 ans, le quasi-retraité restera actif, quoique dans des cadres plus tamisés et feutrés, comme le Conseil économique et social ou l'Institut grand-ducal – Section des sciences morales et politiques.

CV Le père de Jean-Paul Olinger, dont il a hérité le nom et le prénom, était ingénieur à l'Arbed et avait participé, comme escrimeur, aux Jeux olympiques de 1960 à Rome. Né en 1978, Olinger a grandi à Bettembourg, fréquenté le *Stater Kolléisch* (section D), puis HEC Lausanne. Ses études auraient été pratiques plutôt que théoriques, plus orientées vers la gestion d'entreprise que vers la macroéconomie. Après plusieurs stages et une année sabbatique durant laquelle il aura travaillé chez Guardian Industries au fin fond du Midwest américain, appris l'espagnol à Buenos Aires et fait des plongées sur les côtes australiennes, il entre, en juillet 2005, au département fiscal de KPMG.

Dans *Au cœur des cabinets d'audit et de conseil* (PUF, 2017), Sébastien Stenger compare la vie interne d'un Big Four à une « société de cour », où chacun tente de se trouver un mentor dans le sillage duquel il pourra tracer son chemin « à travers les arcanes byzantines des relations de pouvoir et de cooptation ». Pour Olinger, ce sera le fiscaliste Georges Bock ; c'est lui qui l'aura « convaincu » d'entrer chez KPMG et sous lequel il débutera sa carrière. La direction de KPMG sefforçait de maintenir une masse critique de Luxembourgeois, surtout dans son département « tax », où Olinger se spécialisera dans la fiscalité des banques et des fonds. (Et non des multinationales, précise-t-il.) En 2016, le médiatique *managing partner* Bock est détroné par ses pairs, ne réussissant pas à se faire réélire. (Il vient d'annoncer qu'il quittera le Big Four d'ici la fin de l'année.)

Lorsqu'on demande à Jean-Paul Olinger s'il a fréquenté le bureau d'imposition Sociétés 6 du désormais célèbre fonctionnaire systémique Marius Kohl, il répond d'abord par un long exposé sur les lacunes de la fiscalité internationale et sur les *rulings* « pratiqués dans 23 pays de l'Union ». Puis, relancé sur la question, de brièvement admettre que oui. Lors de l'affaire « Luxleaks », dira-t-il plus tard dans l'interview, les journalistes luxembourgeois auraient eu tendance « à céder un peu vite sous la pression venant de l'étranger sans en sonder les arrière-fonds » : « Dans notre économie et dans notre gouvernement il y a beaucoup d'expertise. Je me demande si on n'aurait pas pu leur accorder un peu plus de crédit *an hinnen d'Partie halen* [se mettre de leur côté]. »

Les Big Four fonctionnent selon le système du « up or out » : les employés sont en permanence notés et classés et, une fois par an, un comité d'évaluation décide du passage de grades. En octobre 2016, Jean-Paul Olinger venait d'être coopté dans l'oligarchie des associés. Pourquoi sortir de KPMG au moment même où ses rémunérations auraient commencé à fortement augmenter ? « À moyen et à long terme, j'aurais certainement gagné plus chez



« E feine Kärel » – Jean-Paul Olinger ce mardi dans les bureaux de l'Union des entreprises luxembourgeoises

KPMG », concède-t-il. Mais, ses activités en tant que président de la Fédération des jeunes dirigeants d'entreprises, un espace de réseautage pour jeunes héritiers et managers (on y est considéré « jeune » jusqu'à l'âge de 45 ans), lui auraient ouvert de nouveaux horizons sur l'économie luxembourgeoise.

Lobbying, mode d'emploi Olinger n'aura eu que six mois pour apprendre le métier de lobbyiste aux côtés du vieux renard Rommes. Celui-ci cultive son propre style de communication. Il apprécie la dispute intellectuelle, et balance volontiers piques politiques et paradoxes provocants. Si Rommes faisait par moments diversion – par exemple en élevant le secret bancaire en dernier rempart contre le totalitarisme –, il avait le mérite d'être souvent divertissant. Ainsi, lors d'un débat organisé en novembre dernier par la Conférence Saint-Yves, une association de juristes catholiques, il s'exclama : « Si j'interdis au ministre des Finances d'avoir travaillé dans la finance, n'est-ce pas comme si j'interdisais au ministre de la Famille d'avoir une famille ? » (Un raisonnement aussitôt qualifié de « sophisme » par Michel-Edouard Ruben, animateur d'Idea, le *think tank* créé et financé par la Chambre de commerce.)

Mais, si besoin en est, l'UEL sait aussi étouffer les débats publics, n'hésitant pas à appeler au court-circuitage du pouvoir législatif. Ainsi, redoutant l'introduction d'une loi qui encadrerait les *stock-options*, elle avait envoyé, fin septembre 2017, une lettre au ministre des Finances signée par son président Michel Wurth. Sous la formule d'appel familière « Cher Pierre », on pouvait y lire : « Nous estimons que les aménagements ne doivent pas nécessairement faire l'objet d'un projet de loi. Un débat législatif exige du temps et provoque maintes remises en question, alors que les acteurs demandent à être rassurés ». Le but de la missive fut atteint. Deux mois plus tard, le régime sera précisé via circulaire administrative, quitte à ce que le problème de la légalité et constitutionnalité d'une telle pratique, en-dehors de tout cadre législatif, reste entier.

Téflon Jean-Paul Olinger est un fonctionnaire patronal téflon. Il glisse d'un *speaking point* au prochain, glosant sur « le nouveau monde des *start-ups* » (« le patron travaille ensemble avec tout le monde en *open space* »), la croissance (« qualitative ») et le dialogue social (« partir de ce qui unit, et non de ce qui nous divise »). Il y a dix jours,

cette couche antiadhésive fut une première fois égratignée dans la matinale de *Radio 100,7*. Animée par la journaliste Mick Entringer, l'émission fait figure de « Hard Talk » dans le paysage médiatique luxembourgeois. Le nouveau directeur de l'UEL semblait pourtant pris au dépourvu et coula dès la première question – pourtant prévisible – sur les rapports entre l'UEL et le gouvernement. Il dut être relancé à trois reprises, avant de déclarer que l'UEL entretenait « un bon et constructif contact » avec le gouvernement, « exactement comme d'autres organisations, comme les ONG ». « Ce n'était certainement pas ma meilleure interview », concède-t-il après coup. C'est que, jusque-là, il aurait surtout eu à faire « à des médias ou à des sujets moins critiques ».

Olinger estime « ne pas faire de la politique ». Puisque les entreprises « créent la prospérité » et « financent tout », il défendrait « l'intérêt général ». La politique aurait été pour lui « comme une *black box* ». Ce qu'il a appris ces six derniers mois sur les réalités sociales et politiques luxembourgeoises ? « Il est intéressant d'entendre les positions du gouvernement et des syndicats sans le filtre des médias, répond-il. Je ne m'imaginais pas à quel point la situation des politiciens était difficile. Il n'est pas simple pour les ministres de trouver une position qui fasse consensus. Avec trois partis au gouvernement, il leur faut élaborer quelque chose à plusieurs, avec et contre tous les autres. »

Dans ses nouvelles fonctions, Olinger devra tôt ou tard entrer dans la mêlée politique. L'UEL intervient de manière plus militante sur les sujets transversaux, donc ceux qui fâchent : retraites, salaire minimum, index, fiscalité des entreprises. Cette division du travail entre la petite UEL (une demi-douzaine de permanents) et les lourdes fédérations (ABBL, ACA, CLC, FDA, Fedil, Horesca) et chambres patronales (celles du Commerce et celle des Métiers) qui la composent est censée éviter à ces dernières des confrontations politiques pénibles, notamment avec les ministères de l'Économie, du Travail et des Finances. Obtenir un jour satisfaction sur des demandes sectorielles et techniques pour le lendemain critiquer la politique gouvernementale dans son ensemble, c'est le genre de situation à éviter. « Nous cherchons une relation avec le pouvoir... moins conflictuelle, disons », expliquait ainsi Nicolas Buck, peu après son ascension à la présidence

de la Fédération des industriels (Fedil). Et de désertier la guerre contre l'index, dont son prédécesseur, Robert Dennewald, avait fait une obsession.

Apparatchiks « Quand le sage désigne la lune, l'idiot regarde le doigt », dit un adage chinois. Et si l'idiot avait raison ? La sociologie des organisations patronales est parlante. Leurs CEO, qui composent le comité exécutif de l'UEL, apparaissent comme un groupe étonnamment uniforme ; ce sont exclusivement des hommes luxembourgeois qui ont pour la plupart été embauchés au début des années 1990. Le directeur de la Chambre de commerce, Carlo Thelen, fut recruté dès la sortie de l'université, sans faire escale dans une entreprise du privé. Celui de la Chambre des métiers, le juriste Tom Wirion, avait trente ans lorsqu'il fut embauché. Le directeur de la Fédération des artisans, Romain Schmit, a passé toute sa carrière chez le même employeur, où il était entré à l'âge de 28 ans en 1991. La même année, René Winkin fut engagé comme attaché économique à la Fedil qu'il dirige aujourd'hui.

Cette réalité sociale d'une « fonctionnarisation » semble se situer en contradiction flagrante avec les discours sur la mobilité et la flexibilité servis par ces mêmes fonctionnaires patronaux par ailleurs. « Nicolas Schmit m'a reproché une fois publiquement que je n'avais jamais été chef d'entreprise, se souvient Jean-Jacques Rommes. Alors qu'à l'ABBL j'étais en charge d'une équipe de quarante personnes... donc d'une entreprise ». Quant à Jean-Paul Olinger, il voit dans la longévité des fonctionnaires patronaux une « valeur ajoutée », puisqu'elle garantirait une connaissance intime des dossiers et surtout de leur historique. Reste que pour recruter un nouveau secrétaire général (destiné à devenir directeur), l'UEL a cherché quelqu'un « qui avait vu une entreprise de l'intérieure », comme l'exprimait Rommes récemment sur la *Radio 100,7*.

Entre-soi Les présidents des organisations patronales constituent, eux-aussi, un groupe social homogène. Tous sont Luxembourgeois, tous sont des hommes et quasi tous sont des « héritiers », c'est-à-dire issus de familles d'entrepreneurs. Michel Wurth (Chambre de commerce), Tom Oberweis (Chambre des Métiers), Nicolas Buck (Fedil), Fernand Ernster (CLC), Alain Rix (Horesca), Michel Reckinger (Fédération des artisans) forment comme un portrait de famille du capitalisme au-

« Je ne m'imaginais pas à quel point la situation des politiciens était difficile. Il n'est pas simple pour les ministres de trouver une position qui fasse consensus. »
Jean-Paul Olinger

tochtone. Le fait qu'on continue de parler luxembourgeois au sein du conseil de l'UEL exprime ce déphasage par rapport aux réalités économiques du terrain. Il exprime également la difficulté à trouver des candidats prêts à endosser cette tâche bénévole, chronophage et par moments ingrate.

Car on ne se bouscule pas pour devenir président d'une organisation patronale. Les patrons locaux craignent qu'une exposition politique leur fera perdre des marchés publics, tandis que les CEO des boîtes internationales sont dissuadés par leur maison-mère, un rappel que les véritables « décideurs » sont souvent ailleurs. La question qui taraude les organisations patronales est donc si Michel Wurth, qui préside la Chambre de commerce et l'UEL depuis quatorze ans, se représentera une nouvelle fois aux élections sociales de mars 2019. Dans un mail au *Land*, l'intéressé écrit qu'il est « prématuré de spéculer, à l'heure actuelle, sur qui sera candidat », mais qu'il espère que les élections pour la Chambre de commerce seront l'occasion de contribuer à un « renouvellement » et à un « rajeunissement ».

Streamlining Chaque deuxième mercredi, les apparatchiks des huit organisations patronales se réunissent pour s'échanger et accorder leurs positions. C'est le principal mérite de Rommes et de Wurth que d'avoir réussi le *streamlining* de la communication patronale. Sur les grands enjeux économiques, les représentants des bistrotsiers comme des banquiers, des coiffeurs comme des industriels partagent désormais le même cadre de référence libéral, scellé par le mot d'ordre de la compétitivité.

Il y a trente ans encore, il aurait été difficile d'imaginer une telle convergence sur les questions macro-économiques. Entre des artisans protectionnistes, dont la fédération fonctionnait comme une galaxie de micro-cartels où chaque corps de métier fixait ses prix, et une Fedil libre-échangiste, tournée vers l'international, les clivages étaient béants. Depuis, le discours patronal s'est aligné sur celui des grands, c'est-à-dire de la Fedil, de l'ACA et de l'ABBL. Vers l'extérieur, aucune fissure n'apparaît. Ainsi, l'Association des patrons menuisiers ne s'offusque-t-elle pas du *tax ruling* accordé à Ikea. Pas plus que le libraire et président de la CLC, Fernand Ernster, ne critique publiquement le monopoliste Amazon, domicilié à Clausen.

Études sur l’impact économique des migrations

Demandeurs d’asile et emploi



Portraits de la série « Stranger place » documentant l’accueil de demandeurs syriens de protection internationale, ici à Berlin et à Malmö

Georges Canto

Coïncidence ou pas, au moment même où plusieurs navires de migrants tentaient d’atteindre les ports du sud de l’Europe, paraissaient deux études sur l’impact économique de l’afflux de réfugiés, qui suscite, entre autres, des craintes pour l’emploi dans les pays d’accueil, donnant ainsi du grain à moudre aux mouvements dits « populistes ».

La première étude est due à trois économistes français du Centre national de la recherche scientifique (CNRS), de l’université de Clermont-Auvergne et de celle de Paris-Nanterre. Publiée dans le numéro de juin de la revue américaine *Science advances*, elle a porté sur les flux migratoires en général, prenant en compte aussi bien les entrées nettes permanentes pour des raisons économiques que les demandes d’asile à caractère politique.

Les chercheurs (Hippolyte d’Albis, Ekramane Boubtane et Dramane Coulibaly) se sont intéressés à quinze pays d’Europe de l’ouest sur une période de trente ans (1985-2015). Ils concluent à un « effet positif très visible » des flux de migrants permanents, avec, à partir d’une date d’entrée donnée, une hausse du PIB par habitant pendant quatre ans et une baisse du taux de chômage. L’amélioration de la situation économique se répercute sur les finances publiques, car même si l’on observe dans un premier temps une hausse des dépenses publiques, les recettes – en impôts et cotisations – augmentent elles aussi par la suite.

Qu’en est-il des demandeurs d’asile ? On a observé une augmentation importante de leurs flux à la suite des guerres dans les Balkans entre 1991 et 1999, puis à partir de 2011 à l’issue des Printemps arabes. En moyenne sur la période 1985-2015, les pays qui en ont accueilli le plus sont l’Allemagne, la France, le Royaume-Uni, la Suède et les Pays-Bas. Mais lorsqu’on rapporte les flux à la population, les cinq principaux pays d’accueil sont la Suède, l’Autriche, la Norvège, la Belgique et l’Allemagne. À cette époque, les pays situés aux frontières extérieures de l’espace Schengen (Italie, Espagne ou Grèce) ont enregistré relativement peu de demandes d’asile.

Sur la période observée, les chercheurs n’ont « pas trouvé de preuves statistiques qui indique-

Les chercheurs du CNRS n’ont « pas trouvé de preuves statistiques qui indiqueraient, en liaison avec l’arrivée de réfugiés, une dégradation des conditions économiques des pays d’Europe de l’Ouest »

raient, en liaison avec l’arrivée de réfugiés, une dégradation des conditions économiques des pays d’Europe de l’Ouest, que ce soit sur le plan du niveau de vie, du chômage ou du solde des finances publiques ». Le même effet que pour les migrants permanents est donc constaté pour les demandeurs d’asile, mais de façon plus atténuée ; car pendant la période d’instruction de leur demande, ils n’ont généralement pas l’autorisation de travailler. Au bout de quelques années, à mesure qu’ils ont la possibilité de le faire, l’impact peut s’améliorer. Les chercheurs estiment de ce fait que le débat actuel autour des migrants se concentre trop sur leur « supposé coût économique » alors que leur présence n’aurait pas d’impact négatif. Ils souhaitent le recentrer sur sa dimension politique ou diplomatique.

L’étude a été vivement critiquée en raison de sa méthodologie inhabituelle, d’interprétations abusives (simplifications, confusion entre causalité et corrélation) et d’un « biais idéologique » attribué à ses auteurs, ce qui est assez courant en France comme l’ont montré les travaux de Thomas Piketty.

Sur ce thème délicat, l’édition 2018 des « Perspectives des migrations internationales » publiée par l’OCDE le 20 juin constitue une source moins contestable. Au total, les pays de l’OCDE accueillent aujourd’hui environ 6,4 millions de bénéficiaires de la protection internationale, dont plus de la moitié pour la seule Turquie. En 2017, les demandes d’asile ont diminué, tombant à 1,23 million de personnes contre 1,6 million en 2016, mais représentaient toujours le quart des flux migratoires. Elles provenaient en majorité d’Afghanistan, de Syrie et d’Irak. Les principaux pays d’accueil, hors États-Unis (lire encadré) ont été l’Allemagne, l’Italie, la France et la Turquie, avec quelque 550 000 arrivants à eux quatre, soit près de la moitié du total mondial en nombre. Mais en proportion, la hiérarchie est assez différente : Les réfugiés représentent de 0,20 à 0,25 pour cent de la population totale en Allemagne, en Italie, en Autriche, en Suède et en Suisse. Le pourcentage monte à 0,4 pour cent au Luxembourg, à 0,5 en Finlande et même à 0,53 pour cent en Grèce.

En réponse aux inquiétudes exprimées par les opinions publiques de nombreux pays (pas forcément les plus touchés par le phénomène), le rapport analyse pour la première fois l’impact de l’arrivée récente des réfugiés sur les marchés du travail dans les pays d’accueil. L’enjeu, selon Stefano Scarpetta directeur de l’emploi et des affaires sociales de l’OCDE, est « de gérer l’intégration (des réfugiés qui resteront) sans perturber le marché du travail ».

Pour s’en tenir aux pays européens, l’afflux de réfugiés aurait finalement des conséquences limitées sur la population en âge de travailler, qui connaîtrait un accroissement ne dépassant pas 0,4 pour cent d’ici décembre 2020. L’impact sur la population active serait encore plus limité, autour de 0,24 pour cent. Cela dit, il s’agit d’une moyenne et certains pays seront plus affectés. En Allemagne, la hausse sera de 0,8 pour cent, tandis qu’en Autriche et en Suède elle atteindra 0,5 pour cent. À l’opposé, la France connaîtra une augmentation de la population active liée à l’immigration inférieure à un pour cent, soit dix fois moins que l’Allemagne.

Chronique Internet

Facebook et médias s’écharpent sur la pub politique

Jean Lasar

Les révélations sur le rôle de Facebook et de Cambridge Analytica dans la manipulation de scrutins importants ont eu le mérite d’ouvrir les yeux des démocraties sur leur vulnérabilité dans un monde régi par des réseaux sociaux marchands. Mais ce sursaut a été insuffisant pour que des correctifs significatifs soient adoptés. Dernière illustration en date : les nouvelles règles de Facebook sur les publicités politiques ou à caractère politique, applicables dans un premier temps aux États-Unis, annoncées fin mai, ont été accueillies avec beaucoup de scepticisme par les médias. À bon entendeur salut : elles seront par la suite déployées dans le reste du monde.

Facebook introduit un étiquetage des pubs politiques comprenant la mention « payé par » placée au-dessus de l’insert. Ce lien permet d’identifier le groupe ayant financé la pub et de voir « par exemple », selon le blog de Facebook, le budget de la campagne ou le public qui l’aura vue. Les archives contenant ces informations seront librement accessibles, assure le groupe de Mark Zuckerberg. Ceux qui souhaitent diffuser des pubs à caractère politique aux États-Unis devront dument s’identifier.

Las, le texte de ce blog est très vague et suggère que Facebook veut surtout faire croire qu’il entreprend des efforts pour vaincre l’hydre des fake news. Dans sa conclusion, il s’annonce battu par avance : « Nous avons affaire à des adversaires intelligents, créatifs et bien financés qui changent de tactique dès que nous décelons des abus. Mais nous croyons que [les nouvelles règles] aideront à éviter de futures interférences électorales sur Facebook ». Facebook veut nous faire croire qu’une transparence accrue suffira à discipliner le marigot de la chasse aux voix où règnent finances occultes, bots russes, savants et inextricables mélanges d’informations vraies et fausses, algorithmes sophistiqués exploitant données démographiques et sondages, ou encore intelligence artificielle dernier cri, sans parler des autres coups tordus restant à inventer – et dont nous ne découvrirons l’existence qu’a posteriori.

Les définitions utilisées par Facebook pour identifier les « pubs politiques » et les « pubs ayant un contenu politique » sont larges et imprécises, exposant pratiquement tout éditeur à découvrir que ses contenus se retrouvent soumis à cette nouvelle moulinette de Facebook. A la mi-juin, sept associations représentant des médias dans 120 pays, dont le *New York Times* et la *BBC*, ont publié une lettre ouverte à Mark Zuckerberg lui demandant de revenir sur ces nouvelles règles, décrites comme « un pas de plus pour promouvoir un discours faux et dangereux qui efface les lignes entre les vrais reportages des médias professionnels et la propagande ».

La lettre précise aussi que « la commercialisation de nos produits, ou des abonnements à nos produits, ne peut pas être séparée de notre journalisme ou de la liberté de la presse ». Les éditeurs réclament que les médias professionnels soient placés sur une liste blanche les exemptant des règles introduites par Facebook. Une demande rejetée dans un premier temps par Facebook, mais finalement retenue.

Avec cette inflexion, on aura sans doute au moins évité de jeter dans un même pot le rédactionnel et le publicitaire à caractère politique. Reste à espérer, à l’approche des *mid-terms*, que ces règles parviendront un tant soit peu à en finir avec le carrousel des fausses nouvelles. Les politiques ne prenant pas ce sujet crucial à bras-le-corps, nous en sommes réduits à espérer que le réseau social qui a facilité de graves interférences électorales, notamment aux États-Unis et au Royaume-Uni, prendra lui-même l’initiative d’y mettre le holà, et qu’en plus il choisira les méthodes idoines pour y parvenir. Que le fonctionnement de nos démocraties dépende désormais d’obscurités complexes techniques en constante évolution n’est pas rassurant.

Par ailleurs, il faut tenir compte que la grande majorité des migrants (contrairement aux espoirs de certains pays d’accueil) ne parlent pas d’autre langue que la leur et ne possèdent aucune qualification. De ce fait, des secteurs d’activité comme le bâtiment ou l’agriculture, qui emploient beaucoup d’hommes jeunes et peu qualifiés, verront, en Allemagne et en Autriche par exemple, l’offre de travail bondir jusqu’à quinze pour cent d’ici à 2020, ce qui se traduira dans un premier temps par une augmentation du chômage dans les pays les plus

concernés, et par une pression grandissante sur les salaires.

L’OCDE craint les répercussions sur les travailleurs locaux les plus vulnérables et la montée en puissance de mouvements politiques hostiles à l’immigration. C’est pourquoi, si le rapport préconise de renforcer les mesures d’intégration des nouveaux arrivants, notamment dans le domaine linguistique, il insiste aussi fortement sur la nécessité d’accroître les dispositifs de formation et de développement des compétences des salariés des pays d’accueil.

Des États-Unis à l’Afrique

En 2017, les États-Unis sont redevenus le premier pays de l’OCDE pour les demandes d’asile, avec 330 000 demandeurs, une hausse de 26 pour cent en un an, principalement en provenance du Guatemala, du Salvador et du Venezuela. Ils constituent 28 pour cent des entrées permanentes dans le pays, un chiffre plus élevé qu’en Allemagne (vingt pour cent) ou au Royaume-Uni (dix pour cent) mais inférieur à celui de la France (35 pour cent) et surtout de l’Italie (soixante pour cent). En pourcentage de la population américaine totale les réfugiés ne représentent que 0,10 pour cent, un taux très inférieur à ceux de la plupart des pays d’Europe de l’ouest et du nord, de l’Australie et du Canada.

En Afrique il est difficile de distinguer les réfugiés politiques des autres migrants. On sait cependant que si vingt pour cent des migrants africains se dirigent vers l’Europe, 74 pour cent des mouvements se font à l’intérieur même du continent. La seule République démocratique du Congo compte cinq millions de ressortissants, sur près de 80 millions, déplacés dans d’autres pays pour fuir les zones de guerre. Ils se dirigent notamment vers l’Ouganda, qui, recevant également des réfugiés du Soudan du sud, accueille plus d’un million de personnes (2,5 pour cent de sa population). Le Sénégal, le Maroc et l’Algérie voient arriver des familles entières venues des pays voisins du Sahel fuyant la guerre, le terrorisme et le risque climatique. [gc](#)

Die kleine Zeitzeugin

Damals überm Mond

Michèle Thoma

Venedig ist schon lang her, wer will noch in Gruftie-Gondeln über faulige Wasser gleiten, ausgerechnet an einem der offiziell schönsten Tag des Lebens? Es gibt so viele Alternativen, so viel Welt überall, es ist wie beim Totsein, auch da gibt es so viele Angebote, schade, dass es nur einmal ist. Beim Heiraten ist das ja Gott sei Dank anders, Lebenslänglich wird in unseren Breiten kaum noch vollstreckt, Abwechslung muss also her. Mit einer Kutsche vor einer Sado-Maso-Kathedrale vorfahren, ein Klassiker, immer noch beliebt. Für die, die es gern behäbig angehen, bieten sich malerische Eilande an, mit als malerische Einheimische verkleideten Einheimischen. Gern gebucht werden Liebeschwüre in Haifischbecken oder vor Kamelen oder Hängebauchschweinen. Oder Gletscherküsse und Tänze auf Vulkanen. Ein Hit sind Voodoo-Hochzeiten mit Brautkränzen im Hühnerknochen-Design.

Aber das soll schon alles sein? Eine französische Heiratsantrag-angeboteagentur lässt dieser Tage die Herzen höher schlagen. Sich durch das wundersame Repertoire der Agentur zu klicken, ist schon mal Herz erwärmend. Auch für das kleine Budget die große Oper! Wie schön französisch, es geht um *culture*, um lyrische Dinner – ernsthaft, es gibt Männer, die noch an die Macht der Poesie glauben und dafür sogar die Brietasche zücken. Wie entzückend, diese Agentur kennt sich noch aus mit dem *savoir vivre*, sie richtet sich nur an Männer und ihre Knete, an Kavaliere der alten Schule, die wissen, was sich gehört. Damen können sich genüsslich zurücklehnen und sich zuprosten, zumindest solange um ihre Hand angehalten wird. Sie werden umworben mit Tauben und Troubadouren, dann wird die Dosis gesteigert. Dann kommt schon ihr auf dem Eiffelturm oder auf dem Stade de France eingeblendeter Name. Und dann kommt der Mond.

Ja, der Mond. Den gibt es zwar nur zum astronomischen Preis von 125 Millionen Euro für eine einwöchige Reise, aber dafür posten dann nicht dauernd FB-Freunde, sie hätten dem Mann im Mond auch schon Hallo gesagt und dass er sehr authentisch sei. Und es gibt ihn erst ab 2022, also ein bisschen Geduld, ein bisschen Vorfreude noch, wie oft schlafen bis 2022?

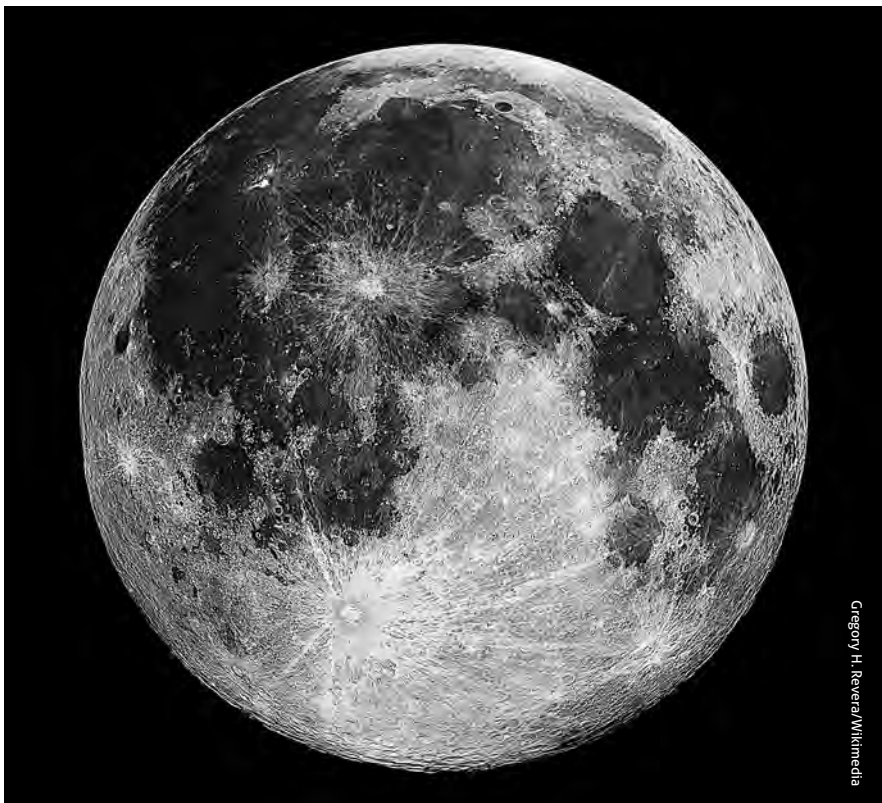
Für eine Heiratsantragüberraschung sind die Vorbereitungen, die sich über ein halbes Jahr hinziehen, allerdings etwas aufwändig. Alle Körperbestandteile der Brautleute werden akribisch auf Defekte untersucht, anschließend kommt die technische Ausbildung. Bräutigam und Braut, andere Konstellationen werden von der Agentur nicht angesprochen, müssen den All-Führerschein absolvieren. Dann werden sie ins All geschickt, ganz allein, so lernt man sich noch besser kennen. Extrem mutig, es ist ja schon eine Leistung, zu zweit eine Autofahrt zu überstehen, wie Eheüberlebende zu berichten wissen. Während das baldige Ehepaar von der Erde abhebt, ertönt „Also sprach Zarathustra“ von Richard Strauss, und dann schon Sphärenmusik. Der Bräutigam trägt den Verlobungsring versteckt in einer Anzugjacke, hoffentlich hat die Braut das nicht in der Broschüre gelesen, wo wäre sonst die Überraschung?

Wie auch immer, sie treiben drei Tage über der Mondoberfläche, die als rau und grau geschildert wird. Dann kommt die dunkle Seite des Mondes. Während der Umnachtung gibt es nicht mal Kontakt zu Mutter Erde, beide sind jetzt wirklich mutterseelenallein, nicht mal die Kameras schauen zu. Posten lässt sich nun auch nichts mehr. Jetzt muss der Bräutigam aber auf Zack sein und in die Anzugtasche greifen, hoffentlich hat er einen Anzug an und nicht eine Jogginghose; manche Männer lassen sich ja sehr gehen, wenn die Beute nicht mehr aus der Höhle kann.

Vielleicht aber, wer weiß, zieht das Hinterteil des Mondes beide auch total runter und sie haben Halluzinationen von Sofas mit Pizza-Schachteln. Aber das geht jetzt nicht, dafür hat der Bräutigam nicht so tief in die Tasche gegriffen, er muss jetzt in die Anzugtasche greifen. Jetzt singt auch noch dieser Sinatra, dass er zum Mond wolle, hoffentlich sagt sie jetzt nicht nein! Aber das geht nicht, es gibt ja eine Garantie, das Ja ist im Preis inbegriffen.

Dann geht hinter Mondkratern die Erde auf, und aus dem Siebenten Himmel geht es flugs zurück nach Hause.

Hoffentlich schießt sie ihn jetzt nicht auf den Mond!



Drei Tage treiben sie über der Mondoberfläche, die als rau und grau geschildert wird

Fußball-Weltmeisterschaft 2018

Ein globales Event

Charles Wey

Die entscheidende Szene im Spiel zwischen Serbien und der Schweiz ereignet sich erst kurz vor Abpfiff: Mario Gavranovic schickt Xherdan Shaqiri mit einem Pass in die Tiefe. Der schnelle Mittelfeldspieler schüttelt seinen Gegenspieler ab und schiebt den Ball am Torhüter vorbei ins Netz. Die Schweiz gewinnt das Spiel 2:1.

Beim *Public Viewing* in einem beliebten Zürcher Ausgehviertel folgt einer dieser situativ ausgelösten, unkontrollierten Ausbrüche kollektiver Emotionen, die ich in dieser Form nur vom Fußball kenne. Während Bierbecher durch die Luft fliegen, zelebriert Shaqiri – wie zuvor sein Mitspieler Granit Khaka nach dessen Treffer zum Ausgleich – sein Tor, indem er die Hände zum Symbol des Doppeladlers, des albanischen Wappentiers, formt. Beide Spieler haben kosovarische Eltern. Während die provokative Geste von Khaka vom Publikum noch weitgehend amüsiert zur Kenntnis genommen wird, geht die von Shaqiri im Siegesjubiläum unter. Zu groß ist die kollektive Freude über den errungenen Sieg, der mit hoher Wahrscheinlichkeit der Qualifikation der „Nati“ für das Achtelfinale gleichkommt.

Auch ist der Anteil serbischer Anhänger bei diesem *Public Viewing* nur gering. Woran sich wiederum zeigt, wie jeweils eine spezifische Klientel zu einem bestimmten *Public Viewing* zusammenfindet: Fans des serbischen Teams, die anders auf die Gesten reagieren als die Schweizer Anhänger, sind nämlich durchaus an weiteren öffentlichen Übertragungen im Viertel anzutreffen. Unweit des Ortes, an dem ich das Spiel verfolge, wird am späteren Abend eine kosovarische Flagge verbrannt. Meine persönliche Erfahrung an diesem Abend ermöglicht mir nur bedingt allgemeine Schlüsse zum Phänomen *Public Viewing* zu ziehen.

Was man allerdings an jeder öffentlichen Fußballübertragung, die mittlerweile zum festen Bestandteil der großen Turniere gehört, beobachten kann, ist die Inszenierung von Fußballspielen als Event. Jedes *Public Viewing* stellt einen Moment der Vergemeinschaftung dar, in dem durch die Performanz der Masse gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem spezifischen Kontext hergestellt wird. Jenseits ihrer gesellschaftlichen Funktion ist diese Form der Vergemeinschaftung in hohem Maße kommerzialisiert. Große Unternehmen verteilen zu Werbezwecken Fanutensilien gratis an den für die Freizeitindustrie neuralgischen Punkten der Stadt. Nicht nur die Weltmeisterschaft ist durch und durch kommerzialisiert, das gesamte Konzept der Nation wird vermarktet.

Die Besucher ihrerseits entsprechen in ihrem Verhalten dieser kommerzialisierten Eventkultur

Zu Gast

Engagéiert fir Verännerung

Carole Thoma

Als vor fünf Jahren die Dreierkoalition ihr Regierungsamt antrat, versprach sie, die Fenster weit zu öffnen und eine neue Politik durchzusetzen. Heute, fast am Ende der Legislaturperiode angekommen, müssen wir feststellen, dass DP, LSAP und Grüne in zentralen Bereichen keinen wesentlichen Unterschied zu den früheren Koalitionen mit CSV-Beteiligung darstellen.

Die sozialen Ungleichheiten sind auch während der letzten Jahre stetig angewachsen und haben mittlerweile sehr bedenkliche Werte erreicht. Der Netto-Mindestlohn reicht nicht aus, um ein dezentales Leben zu führen, so dass das Phänomen der „Working Poor“ immer weitere Kreise zieht.

Auch die Steuerreform hat nie auf eine reale Umverteilung von oben nach unten abgezielt. Große Betriebe und Vielverdiener erhielten Steuergeschenke,

Es findet jeweils eine spezifische Klientel zu einem ganz bestimmten Public Viewing zusammen

durchaus und unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht vom harten Kern der Anhänger professioneller Fußballvereine, die Woche für Woche in den Stadien des Landes anzutreffen sind. Während Letztere als kollektive Körperschaften auftreten, ist beim *Public Viewing* eine Tendenz zur individuellen Selbstinszenierung mit Rückgriff auf kollektiv verwendete Symbole zu beobachten. Die Ultras hingegen, wie engagierte und systemkritische Fans von Fußballvereinen sich selber bezeichnen, setzen sich im Rahmen des Ligabetriebs gegen die fortschreitende Kommerzialisierung des Fußballs zur Wehr. Dennoch entziehen sich auch nicht alle Ultras dem Event Weltmeisterschaft. So zeigen die Anhänger des FC Zürich in ihrem Fanlokal eine Vielzahl der Spiele, oftmals im Verbund mit kritischen Dokumentarfilmen und weiteren Informationsveranstaltungen.



Public Viewing in Zürich: Auf dem linken Bildschirm ist Xherdan Shaqiri zu sehen

während Mittel- und Geringverdiener nicht genügend entlastet wurden. Jetzt, kurz vor den Wahlen, werden diese Ungerechtigkeiten plötzlich entdeckt, um so beispielsweise eine Erhöhung des Mindestlohns oder die Abschaffung der Steuerklasse 1A versprechen zu können.

Luxemburgs Situation ist demnach zurzeit nicht die allerbeste. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Die Wohnspreise steigen weiterhin ungebremst. Immer mehr Menschen verzweifeln unter dem ständig wachsenden Druck des Arbeitsmarktes, ohne sich aus der Schuldenspirale befreien zu können.

Vor einer Woche haben déi Lénk ihre KandidatInnen und – als erste im Parlament vertretene Partei – ihr Programm für die kommenden Wahlen vorgestellt. Währenddessen haben wir gezeigt, dass wir eine positive, kohärente und realistische Zukunftsvision für Luxemburg entwickelt haben. Unsere Ideen, die zum Teil kurzfristig, zum Teil aber auch mittel- bis längerfristig angelegt sind, gehen über die Wahlen im Oktober hinaus und sollen richtungsweisend sein für eine Gesellschaft, in der alle in Würde leben können.

Wollen wir die Situation der Menschen verbessern, müssen wir das System, in dem wir leben, grund-

Allgemein ist zu beobachten, dass an einem Public Viewing zunehmend mehr als nur Fußballübertragungen angeboten werden. Am oben erwähnten Ort etwa treten in den Halbzeitpausen Musiker unterschiedlicher Herkunft auf und bieten Folklore aus den unterschiedlichen Ländern dar. In einem anderen Bar- und Klubbetrieb wurden eigens für die WM von einheimischen Künstlern große Plakate angefertigt, die Motive der einzelnen Teams wiedergeben. Auch ein nicht profitorientiertes Lokal gibt es, das alle WM-Spiele zeigt – nebenan aber auch eine Info-Ecke aufgebaut hat, in der auf Postern über Korruption in der Fifa, politische Verfolgung in Russland oder Homophobie im Fußball informiert wird. Fußball wirkt also nicht zwingend als reine Verdummung der Massen, als Opium des Volkes. Er bietet auch eine Bühne für kritische Auseinandersetzungen.

Dabei reicht der Einfluss der WM weit über den Fußball und die Freizeitindustrie hinaus. So wurde in einem Zürcher Theater eine Veranstaltung über russische Kunst und Kultur organisiert. Diverse Kulturinstitutionen orientieren ihr Programm während des Turniers auf die eine oder andere Art am Fußball oder am Gastgeberland. Die Fußball-WM ist dadurch über ihre geografische Dimension hinaus zu einem globalen Ereignis geworden, das nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Fußball, so scheint mir, ist kein Spiegel der Gesellschaft – vielmehr ist das Spiel mit all seinen Begleiterscheinungen zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft geworden.

legend verändern. Dazu reicht es nicht, per Gesetz an vereinzelt Schrauben zu drehen. Vielmehr muss der Wille der Veränderung sich aus der Mitte der Gesellschaft entwickeln und so zu einem allgemeinen Kräfteverhältnis beitragen. Einem Kräfteverhältnis aus sozialen, ökologischen und demokratischen Bürgerinitiativen, Organisationen und Gewerkschaften. Einem Kräfteverhältnis derjenigen, deren Engagement tagtäglich dem friedvollen Zusammenleben zugute kommt und auf kleinem oder großen Plan bereits heute Veränderungen innerhalb dieses Zusammenlebens anstrebt. déi Lénk sehen sich als Sprachrohr all dieser engagierten Menschen und sehen ihre Aufgabe darin, deren Forderungen in die Instanzen zu tragen.

Während der nächsten Monate wollen déi Lénk sich dem Kampf der Ideen stellen und eine optimistische und gleichzeitig realistische Alternative zum jetzigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zur Diskussion stellen. Im Oktober wird sich dann herausstellen, ob die großen Parteien weiterhin an ihrer neoliberalen Politik festhalten können, oder ob wir uns dem Diktat einiger Spekulanten und Großbetriebe entziehen können und uns in Richtung einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft verändern werden.

La Turquie après les élections du 24 juin

Des loups gris dans la bergerie

Laurent Mignon

Les deux grands hommes étaient partout. Ils étaient de tous les meetings, de toutes les réunions. Et surtout, ils étaient sur toutes les photos qui illustraient les articles à propos de la campagne électorale. Mais à force de ne voir que Recep Tayyip Erdogan et Muharrem Ince dans les médias, l'on a ignoré la présence de la bête brune au sein de leurs coalitions. Même si dans ce cas précis, il s'agissait d'un avatar de la bête brune : le loup gris.

En effet, l'extrême-droite turque a réalisé un score historique aux élections de ce 24 juin 2018. Il n'est donc guère surprenant que ce soit le Premier ministre hongrois, Victor Orbán, qui ait été parmi les tous premiers à féliciter Erdogan, avant même l'officialisation des résultats. Il se peut bien que ce soit moins l'élection de l'homme fort d'Ankara, que les résultats de partis politiques qui prônent l'ultranationalisme et le conservatisme religieux à l'image du Fidesz hongrois qui aient réjoui le leader populiste de Budapest.

Le Parti d'action nationaliste (Milliyetçi Hareket Partisi) de Devlet Bahçeli obtient plus de onze pour cent des voix, confirmant ainsi son score aux élections législatives de novembre 2015. Quant au Bon Parti (İyi Parti) de Meral Aksener, il obtient dix pour cent des suffrages et s'assure l'entrée au parlement. Ainsi, ces deux partis politiques issus de la tradition d'extrême droite des Loups gris ont un total de 91 députés. 48 de ces sièges sont pour le MHP, qui devrait prendre place au sein d'une future coalition gouvernementale et exiger de nombreuses concessions. En effet, ce sont les voix de ses électeurs qui ont permis à Erdogan d'être élu au premier tour des présidentielles.

Le 24 juin n'aura pas été une trop bonne journée pour le parti gouvernemental, le Parti pour la justice et le développement (Adalet ve Kalkınma Partisi), qui a perdu 7,5 pour cent, vingt-deux députés et la majorité absolue au Parlement. Le président Erdogan a d'ailleurs reconnu que les résultats de son parti étaient décevants. À noter aussi que Mustafa Destici, le président du Parti de la grande alliance (Büyük Birlik Partisi), un autre parti proche des Loups gris, s'est fait élire à Ankara sur les listes de l'AKP.

La coalition du « tout sauf Erdogan »

La déception était grande dans le camp de la « Coalition du peuple » à l'annonce du résultat des élections. Bien que le candidat présidentiel du Parti républicain du peuple (Cumhuriyet Halk Partisi), Muharrem Ince, ait réussi à obtenir le soutien de trente pour cent de l'électorat – un résultat remarquable vu les nombreuses irrégularités qui ont marqué le scrutin et les conditions de



Recep Tayyip Erdogan faisant campagne le 20 mai à Sarajevo

campagne inéquitables sur le plan médiatique –, les votes exprimés en faveur de son parti, la principale force d'opposition depuis 2002, ont chuté de trois pour cent.

Le Parti de la félicité (Saadet Partisi) de Temel Karamollaoglu, un parti issu de la même mouvance islamiste que l'AKP, n'a pas réussi à récupérer l'électorat religieux conservateur mal à l'aise avec l'autoritarisme d'Erdogan, la corruption et le néolibéralisme économique prôné par son parti. Il sera toutefois représenté au Parlement par trois députés élus sur la liste du CHP. Il en va de même pour le Parti démocrate (Demokrat Parti), un petit parti conservateur, dont le président Gültekin Uysal a été élu sur la liste du Bon parti.

À une époque où la Turquie est plus polarisée que jamais et fait face à une crise économique de grande envergure, la « Coalition du peuple » aurait pu être une plateforme de réconciliation nationale en faisant dialoguer kémalistes laïcs, nationalistes

religieux, islamistes et conservateurs. Or, ce dialogue n'a pas vraiment eu lieu, les quatre partis de la coalition n'ayant trouvé que peu de choses en commun, à part la volonté de mettre fin au règne de Recep Tayyip Erdogan.

Toutefois l'absence du Parti démocratique des peuples (Halkların Demokratik Partisi, social-démocrate pro-kurde) suggère que le plus petit dénominateur commun de la coalition était peut-être bien « le tout sauf le HDP » et son projet de société mariant la réconciliation turco-kurde avec un modèle économique socialiste. Un cauchemar pour les nationalistes turcs de tous bords et les islamistes. Malgré le fait que le leader emprisonné du parti, Selahattin Demirtas, ait dû organiser sa campagne à partir de sa cellule, le HDP a réussi à s'imposer comme troisième force politique du pays avec 67 députés et près de douze pour cent des suffrages.

Le HDP, que Meral Aksener ne voulait à aucun prix au sein de la coalition anti-Erdogan, a blo-

qué l'AKP dans les régions kurdes et lui a coûté de nombreux élus. Erdogan et son parti se maintiendront tout de même au pouvoir grâce au soutien d'un parti ouvertement kurdophobe, le MHP. Bien loin est l'époque où l'on pouvait lire dans le programme de l'AKP, que « notre parti reconnaît que les croyances et cultures différentes sont une richesse pour notre pays et considère comme nécessaire que les hommes, quels que soient leurs langues, religions, ethnicités et statuts sociaux vivent sous la protection égalitaire de la loi et participent à la vie politique ».

Le soupir des opprimés

C'est grâce à ce projet que l'AKP avait su fédérer de nombreuses sensibilités politiques qui désiraient démocratiser la Turquie en démantelant l'État kémaliste. Dans ce contexte, Erdogan avait su convaincre une partie de la population qu'il était la voix des laissés-pour-compte du kémalisme, qu'il était, en quelque sorte, « le soupir des opprimés ». Ne pouvant plus maintenir l'illusion, comme bien

Erdogan, mais également Muharrem Ince et le CHP ont préféré l'alliance électorale avec l'extrême droite

des hommes politiques européens, de partir chasser sur les terres de l'extrême-droite et de jouer la carte du nationalisme turc pour se maintenir au pouvoir. Désormais, il ne pourra régner qu'en faisant de nombreuses concessions à cette tradition politique. La réforme constitutionnelle ne change rien à cette donne. Il ne peut plus se permettre d'ignorer le MHP, grâce à qui il s'est fait élire, alors que son parti a subi un échec.

Ce flirt intense avec le nationalisme xénophobe symbolise la fin de l'AKP. Or il est bon de se rappeler qu'il fut une époque où Erdogan considérait Ali Buluç comme son maître à penser. Cet intellectuel, qui revendique l'épithète « islamiste », fut chroniqueur régulier dans les pages de *Zaman*, le quotidien proche du réseau de Fethullah Gülen. Arrêté dans le cadre de la répression après la tentative de coup d'État de juillet 2016 et libéré au mois de mai dernier, Buluç est un des principaux penseurs de l'islam politique en Turquie. Rejetant toute forme de synthèse islamo-nationaliste, il théorisa la nécessité d'une rupture nette avec les modes de pensée nationalistes.

Erdogan, comme les autres membres fondateurs de l'AKP, acceptaient que la question kurde ne pût être résolue dans le cadre défini par l'État-nation kémaliste. Même postmoderne, leur islamisme restait d'essence internationaliste et donc ouvert à une remise en question des dogmes étatiques et nationalistes. D'ailleurs l'AKP réalisa des progrès importants dans ce domaine durant ses premières années au pouvoir, malgré les obstacles représentés à l'époque par l'armée et l'establishment kémaliste.

Aujourd'hui, cependant, Erdogan s'est allié avec ceux qui rejettent toute négociation avec le mouvement kurde. Qui pis est, Muharrem Ince et le CHP aussi ont préféré l'alliance électorale avec l'extrême droite turque, plutôt qu'avec le HDP. Grâce à eux, les loups sont entrés dans la bergerie et comptent bien se faire entendre.

Laurent Mignon est professeur en littérature turque à l'Université d'Oxford.

En amont des Assises culturelles

La culture : du divertissement à la prise de conscience des identités

Paul Rauchs

Comment se fait-il que ce gouvernement, qu'on croyait pourtant naturellement apte à se débrouiller avec la culture, s'est très rapidement brouillé avec elle ? En préférant le sport à la culture, les socialistes ont marqué d'entrée de jeu un but contre le camp de la beauté et de l'intelligence, pour employer une expression chère en d'autres temps à Jack Lang, emblématique ministre de la culture sous Mitterrand.

Certes, Jo Kox, « shadow minister of culture » se démène comme un beau diable pour organiser ce week-end les *Assises de la Culture*, après s'être livré deux ans durant à un vaste tour de table avec tous les concernés de la chose.

Certes, le *think tank* de Forum Culture(s) a remporté un (assez) large écho avec l'organisation début juin, ensemble avec la Chambre des Salariés, d'un colloque sur l'état de la culture dans l'État du Grand-Duché. Des fonctionnaires responsables, des artistes irresponsables, des travailleurs respectables et des citoyens irrespectueux discutaient et disputaient ensemble pour ouvrir des pistes, dresser des listes, avertir des écueils, sortir des impasses, faisant ainsi l'inventaire de la politique culturelle de la coalition, livrant aussi un pense-bête, une *to-do list* à la future équipe gouvernementale. Et il est vrai que ce colloque, malgré son intitulé quelque peu rébarbatif qui tenait plus d'une question de philo du bac que d'un appel mobilisateur, rameuta pas mal de public qui, en alliant réflexions théoriques, revendications concrètes et témoignages stimulants chercha à relancer le pacte culturel que Forum Culture(s) avait proposé aux différents partis et auquel ils avaient tous souscrit... avant les avant-dernières élections.

En ouverture du colloque, le philosophe belge Luc Carton a cartonné en ne parlant pas de culture mais d'action culturelle définie comme prise de conscience de

Les animateurs de Forum Culture(s) vont soumettre un nouveau pacte aux différents partis et ils ont la naïveté de croire qu'il ne sera pas resté lettre morte d'ici cinq ans

la société. Il compara ainsi (à l'insu de son propre gré ?) l'action culturelle à l'interprétation psychanalytique. Tous les deux font prendre conscience, qui à l'individu, qui à la société, de leurs identités plurielles, inclusives, et non pas de leur identité au singulier, par nature exclusive. Les identités sont vectrices de sens, et il s'agit ainsi pour Carton de donner sens à la production économique et donc aussi et surtout au travail. Au « ne pas perdre sa vie à la gagner » de mai 68, Carton ajoute « libérer le travail au lieu de se libérer du travail ». Les ateliers du lendemain suivaient les pistes ouvertes par Carton et on pourrait les résumer comme suit :

Atelier 1 – les penseurs : En parlant de culture et de citoyenneté, André Hoffmann se demanda s'il existe des cultures plus ou moins inclusives ou exclusives, plus ou moins à même donc de faire participer des citoyens à la démocratie. Les déterminations, sociales et autres, ne sont pas à négliger, mais à apprivoiser.

Atelier 2 – les acteurs : Nathalie Moscetti discuta avec les professionnels de la scène de leur statuts et revendications et convenait avec eux que manque de transparence rime avec manque de confiance.

Atelier 3 – les gouvernants : Raymond Weber disait en gros que la gouvernance culturelle demande des gouvernants plus que des gouverneurs et qu'il faut désenclaver la culture et la faire dialoguer notamment avec les responsables de la santé et des bâtiments publics. (L'exemple durable de la double casquette d'Erna Hennicot, culture et bâtiments publics, est encore dans toutes les mémoires.)

Atelier 4 – les douaniers : Eva Mendgen y déplora que la politique culturelle dans la Grande Région tient trop souvent d'opérations nationales que de coopération régionale.

L'homme n'a pas faim que de pain et loin d'être un divertissement pour nantis, la culture reste un besoin fondamental pour que l'être soit humain. Les animateurs de Forum Culture(s) vont soumettre un nouveau pacte aux différents partis et ils ont la naïveté de croire qu'il ne sera pas resté lettre morte d'ici cinq ans.

N'est-ce pas un aveu d'impuissance d'ailleurs que l'actuel gouvernement qui, dans bien d'autres domaines n'a pas démérité, loin de là, n'ose se prononcer pour la poursuite, au-delà des élections, de Gambia, que d'aucuns annonçaient comme une *dream-team* ? « Never change a winning-team ! » sonne bien autrement.

L'auteur est membre du Forum Culture(s)



Des affiches, une batterie, une voiture, plein de photos, des projections, la publication d'une monographie : le projet *Thierry!* du Centre national de l'audiovisuel est le grand geste programmatique de Paul Lesch. Là où son prédécesseur Jean Back était fan d'Edward Steichen et de photographie, Lesch est un grand cinéphile patriote devant l'éternel. Pour cette hagiographie consacrée à l'acteur et musicien Thierry van Werveke, mort en janvier 2009 à l'âge de cinquante ans, le Pomhouse a été complètement transformé. Van Werveke était un personnage charismatique par son penchant pour la transgression. Non qu'il fut provocateur, il était juste si loin des normes sociales que lui avait inculquées le milieu aisé dans lequel il était né. Célèbre pour ses rôles de mauvais garçon sympathique chez Andy Bausch, il joua aussi des classiques (*Lès nègres*, *Hamlet*...) chez Frank Hoffmann et était le chanteur et *frontman* du groupe punk Nazz Nazz (venissage le 1^{er} juillet à 17 heures). jh

Politique

Kultur/Politik

Es ist schön, wenn ein Schriftsteller an einem Sonntagmorgen in einem vollbesetzten Veranstaltungsraum für ein außergewöhnliches Buch geehrt wird. Nico Helminger hat am 24. Juni im CNL den mit 6 000 Euro dotierten Prix Servais für seinen gesellschaftskritischen Roman *Kuerz Chronik* vom Menn Malkowitsch sengen Deeg an der Loge entgegengenommen. Schön ist auch, wenn bei einer solchen Veranstaltung der Autor und sein Laudator (Jeff Schinker) in ihren Ansprachen vorführen, wie man Anspruch, Gemeinverständlichkeit, Scharfsinn und Witz überzeugend miteinander verbindet. Gar nicht schön, sondern sogar ziemlich befremdlich wirkt, wenn der Staatssekretär in seiner Rede zwar auf die "grundlegenden gesellschaftlichen Probleme" hinweist, die der Roman thematisiert, und dabei insbesondere die Kritik an Nation Branding und Konsumgesellschaft hervorhebt, um aber anschließend das Phänomen einer "stressigen und inhumanen Arbeitswelt" allein auf das Dasein der Schriftsteller zu reduzieren -, als hätte nicht ausgerechnet seine Partei dieses Nation Branding verbrochen und den Kulturbetrieb wenig förderlichen kommerziellen Maßstäben unterworfen. Die peinliche Verwechslung Nico Helmingers mit seinem Bruder Guy in einem Post des Kulturministers, die am Sonntag ausführlich zur Sprache kam, erscheint wie eine Lappalie, wo die Politik keinen Zusammenhang zwischen ihrem Tun und der Kunst mehr erkennt. es

Politique

Culture assise

Cette fois doit être la bonne : durant deux jours, aujourd'hui, vendredi 29 juin à partir de 14h30, et demain, samedi 30 de 9 à 13 heures, le ministère de la Culture et Jo Kox, coordinateur, invitent aux troisièmes *Assises culturelles* au Conservatoire de la Ville de Luxembourg. Et le programme, à vrai dire, déçoit un peu, les table-rondes étant sensiblement les mêmes qu'en 2016 déjà (l'estime pour la culture, le statut de l'artiste...) Le scoop sera donc la présentation, aujourd'hui en ouverture de session, par le chargé de mission Jo Kox et le secrétaire d'État à la Culture Guy Arendt (DP), du si attendu *Plan de développement culturel*. Annoncé dans le programme de coalition comme la pierre angulaire de la politique culturelle du gouvernement DP/LSAP/Verts, il sera finalement dévoilé à quatre mois des élections et soumis à une consultation citoyenne. Il devrait être en ligne sur culture.lu à l'heure où nous imprimons. Fort de 190 pages, plus trente pages de bibliographie, il constituera un document de référence, car basé sur une large consultation du secteur, pour toute politique culturelle future. Xavier Bettel (DP) a annulé en dernière minute les présentations du plan à la commission culturelle du Parlement et à la presse, prévues pour hier jeudi, voulant donner la primauté aux artistes. Les Verts demandent une heure d'actualité à la Chambre afin d'être associés au débat (photo : la copie de la Gëlle Fra de Jerry Frantz, TPC). jh



Musées



De mains de maîtres

Le programme d'automne du Mudam sera-t-il encore un programme de transition, avant que la directrice Suzanne Cotter ne marque le terrain avec sa propre ligne artistique ? Tout porte à le croire, puisque beaucoup de place sera accordée à la valorisation de la collection, avec un retour en arrière à ses débuts, les années 1990, lorsqu'un comité ad hoc attaché au Focuna acheta les premières pièces. Le Mudam se penchera ainsi sur la peinture des années 1980-90, où l'on reverra les toiles mille fois sorties déjà, au début même au Casino, comme Julian Schnabel, Günther Förg ou Jonathan Lasker (plus les Luxembourgeois Tina Gillen avec sa *Häusersequenz* et Michel Majerus). Ensuite, place à l'interface entre art et artisanat – ce qui prête à sourire, vu l'engouement de la présidente du CA, la princesse Stéphanie, pour l'artisanat. Ici, une des pièces centrales seront les pneus de Wim Delvoye (*Untitled, Truck Tire*, 2013 ; photo studio Delvoye), dernière acquisition d'Enrico Lunghi, lors de la monographie de Delvoye au Mudam en 2016, dont on se dit que leur valorisation est un geste de réconciliation avec l'artiste belge, fâché depuis le démontage de sa *Chapelle*. Le grand événement de la rentrée sera alors sans conteste la rétrospective du photographe Jeff Wall. jh

Photographie

Bad news à Arles

Rien que l'idée que tous les visiteurs du pavillon luxembourgeois aux Rencontres photographiques d'Arles se promèneront avec un *tote bag* ou un badge *Bad news* est jouissive. *Bad news* est le titre du projet de Pasha Rafiy, qui se partagera la chapelle de la Charité avec Laurianne Bixhain et son *On the other end*, les deux artistes ayant été sélectionnés par un jury. Lasbl LëtzArles a beaucoup appris de sa première présence à Arles en 2017, optant pour un choix clair de deux positions artistiques fortes et se donnant les moyens d'une scénographie conséquente (photos : LëtzArles). La semaine d'ouverture des Rencontres d'Arles s'étend du 2 au 8 juillet, le vernissage luxembourgeois aura lieu le 6, sur inscription (letzarles.lu/rsvp). jh

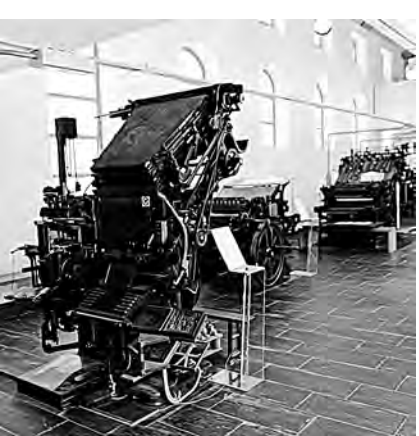


Cinéma

Schaffen wir das?

Einen radikal subjektiven Ansatz hat Frédérique Buck für ihren *Low-Budget-Film Grand H* gewählt, den sie mit Unterstützung des Filmfonds (15 000 Euro) und mittels Crowdfunding (6 200 Euro) realisiert hat und der am Dienstag diese Woche im Utopia in Anwesenheit von Außenminister Jean Asselborn seine Vorpremiere feierte. H steht für Humanismus. Wo bleibt der Mensch in der Flüchtlingsfrage, versucht Buck herauszufinden und hat dafür Leute interviewt, die Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak, Syrien, Eritrea und anderswo bei ihrem Parcours in Luxemburg begleiten; darunter ein Außenminister, Anwälte, Psychologinnen, Lehrerinnen, Ersatzmütter und mehr. Wie erleben sie die Folgen einer traumatischen Flucht, die Unsicherheit im Ankunftsland und das große Warten, das mit dem Antrag auf Asyl beginnt und an dessen Ende oft eine erneute Traumatisierung und erst recht Heimatlosigkeit steht? Was ist ihr Motiv, sich einzubringen, wo sind (ihre) Grenzen) und wie blicken sie auf das große Streitthema Migration und die Luxemburger Asylpolitik? *Grand H* ist eine Hommage an das Engagement freiwilliger und beruflicher Helfer, zu denen Buck selbst zählt. Die einseitige Perspektive ist gewollt, die Gedanken und Gefühle, die die Protagonisten mitteilen, gut ausgewählt, um aufzuzeigen, wie schwierig, gar unmöglich es ist, dem Anspruch auf Solidarität und Menschlichkeit gerecht zu werden in einem System, das dazu angelegt ist, Wohlstand für die einen auf Kosten anderer zu sichern, das Fluchtbewegungen versucht zu verhindern und dabei Tote einkalkuliert (Der Film kommt im Oktober ins reguläre Programm der Kinos ; <https://grandh.net>). ik

Politique



Stop the press !

Voilà une rénovation qui s'est faite attendre – Monika Jakobs, la coordinatrice du Maacher Kulturhuef s'est laissée le temps nécessaire, au moins dix ans, pour que le projet aboutisse. Mardi prochain, 3 juillet à 18 heures, la nouvelle présentation du Musée de l'imprimerie, intitulée *Gutenberg revisited* sera inaugurée, en présence du secrétaire d'État à la Culture Guy Arendt (DP), du député-maire de Grevenmacher Léon Gloden (CSV) et de maints invités politiques et culturels. Au moins deux designers (Laurent Daubach et Georges Zigrand), deux historiens (Hans Fellner et Jean Reitz) et de nombreux responsables politiques locaux auront mis la main à la pâte pour une présentation moderne des presses historiques, en parallèle à un rapide survol de l'histoire de l'imprimerie (voir supplément *Musées*, d'Land 20/18 ; photo : pf). L'exposition sera accessible au public à partir du 4 juillet, des visites guidées régulières seront organisées à partir de cette date (kulturhuef.lu). jh

Théâtre

La nomophobie est une maladie

josée hansen

Y a-t-il un superlatif de *wow* !? Serait-ce « wower » ? Ou « encore plus *wow* » ? Enfin, si un tel mot existe, on aurait envie de l'utiliser pour le *one-woman-show* intitulé justement *Wow !* d'Eugénie Anselin. Et ce non seulement parce que c'est a/une jeune b/femme et c/qui en veut. Pas non plus parce que les spectacles humoristiques écrits par les actrices ou acteurs eux-mêmes ne sont pas légion au Luxembourg – à part Elisabet Johannsdottir et Gintare Parulyte, qui viennent de se lancer. Mais aussi parce que la prestation scénique d'Eugénie Anselin est aussi époustouflante que son humour est grinçant.

Une fois que disparaît l'écran de veille « MacBook Pro de Antoine » projeté sur la toile devant la scène dans une salle pleine à craquer, mardi soir lors de la première de la version allemande de *Wow !* au Kasemattentheater, Eugénie Anselin nous embarque à grande vitesse dans sa vie. Enfin, pas vraiment sa vie, mais la vie de son personnage, qui par hasard, s'appelle aussi Eugénie et est aussi né en 1991. Donc quand même un peu sa vie. Disons : sa vie romancée. « Her better self » comme disent les articles de sociologie à deux balles sur le phénomène des réseaux sociaux. Et ce « meilleur elle-même » s'apprête à écrire une pièce de théâtre. Forcément sur un iBook, forcément assise dans un fauteuil design en cuir blanc, forcément devant une gigantesque *To do-list* – « j'adore les *to do-lists* ». Mais cette Eugénie-là a surtout une grande compétence : la procrastination (« tendance pathologique à différer, à remettre l'action au lendemain », *Larousse*).

Donc que fait-on si on n'a pas envie de bosser ? On bidouille les formatages du document Word (Cambria ? gras, italique ET sous-ligné pour le titre ?) ; on s'empiffre de saloperies trop sucrées, trop grasses ou trop salées (en l'occurrence, des cacahuètes salées dont elle essaie de compter les calories par caca-



Eugénie Anselin, époustouflante seule en scène

Antoine de Saint-Phélix / Kasemattentheater

huète), on « chatte » (« de l'anglais *to chat*, bavarder », *Larousse*) avec ses amies sur tout et n'importe quoi via messagerie portable, on poste, on aime ou on partage sur Facebook et autres réseaux sociaux. Tout cela dans un vocabulaire pour lequel les pauvres gens qui sont nés avant le passage du millénaire doivent régulièrement consulter *urbandictionary.com*.

Cette Eugénie-là fait tout sur son *smartphone*, qui est beaucoup plus qu'un téléphone – mais aussi son agenda, sa calculette, son appareil photo, sa caméra vidéo, sa station météo, sa connexion au monde... bref : *tout*. « C'est ma vie ! » dira-t-elle lorsqu'il vient à manquer de batterie. Les réseaux sociaux et les messageries font qu'elle ne peut jamais se déconnecter plus que quelques minutes – « merde, je n'ai plus rien posté en 24 heures, les gens vont croire que je suis morte... » – elle le consulte sans cesse... Bref, elle a un *Fomo* – *Fear of missing out*. Et comme « la nomophobie est une maladie », il y a forcément aussi une thérapie. Son stage de « digital detox » désopilant est parmi les meilleurs moments du spectacle.

Derrière son humour de *standup comedian* à la française (même dans la version allemande) genre Florence Foresti ou Muriel Robin, Eugénie Anselin nous dit pourtant aussi des choses sérieuses : que cette manie à vouloir ou devoir être en concurrence acharnée avec les 7,6 milliards d'autres humains sur terre, c'est des conneries. Que l'obsession de la réussite nous prive de la vraie vie. Que trouver le bonheur est finalement le seul but qui vaille la peine d'être poursuivi.

On connaissait Eugénie Anselin actrice, dans la *sitcom* ado *Weemseesdet* de RTL *Tele Lëtzebuerg*, dans *Eng nei Zäit*, *Mobile Home* ou *Bad Banks*, mais aussi, de plus en plus souvent, au théâtre, régulièrement d'ailleurs ici, au Kasemattentheater. Et elle joue dans

Et moi ! Et moi ! Et moi !
Dans son nouveau
one-woman-show Wow !
Eugénie Anselin se
moque gentiment de
l'égoïsme des
millennials

toutes les langues – parce qu'elle est née en France de parents français, a grandi au Luxembourg et fait ses études en allemand à Zurich. Le multilinguisme la fascine et il serait intéressant de voir les deux versions linguistiques du spectacle, l'une n'étant pas une bête traduction de l'autre, promet-elle. *Wow !* est son deuxième spectacle personnel, huit ans après *Attention, chantier en cours !* en 2010 – elle avait alors 19 ans. Sa présence sur scène (sous le regard bienveillant d'Antoine Morin, le metteur en scène et son partenaire dans la vie), son humour, sa capacité à faire évoluer son personnage et à lui faire faire des revirements radicaux d'ambiance, son jeu extrêmement physique aussi (parler en faisant des exercices pour abdos, incroyable) font que, si *Wow !* n'est pas une révélation (on la connaissait), c'est au moins la confirmation d'un talent hors pair.

Wow ! de et avec Eugénie Anselin, mise en scène par Antoine Morin, décor : Lucie Majerus ; vidéo : Vincent Busnel ; musique : Max Zippel, est une coproduction du Kasemattentheater avec le Tol et sera encore joué ce soir, vendredi 29 juin, à 20 heures en allemand au Kasemattentheater et les 5, 6, 12, 13 et 14 juillet à 20h30 en français au Tol ; kasemattentheater.lu et tol.lu.

Fotografie

Out of the box

Boris Loder

Getrocknete Frösche und mumifizierte Kaninchen, Knochen, Hühnerfüße und Puppen, Organisches, das mit Mechanischem zu bizarren Arrangements kombiniert wird. Die Retrospektive *Les univers photographiques de Michel Medinger* im Düdelling CNA wirkt zunächst wie ein fotografisches Kuriositätenkabinett.

Bei genauerem Hinsehen sind in der Motivik der Stillleben Bezüge zur Malerei unverkennbar. Wie der 77-Jährige beim Gang durch die Ausstellung erklärt, beschäftigte sich sein Vater, ein „Sonntagsmaler“, intensiv mit Malerei und fertigte für Freunde und Bekannte Kopien der Bilder alter Meister an, was großen Eindruck auf den Sohn machte.

Fotografien aus dem Jahr 1980 zeigen eine Draufsicht auf die Schubladen des Vaters, gefüllt mit verschiedensten Werkzeugen, Haken, Schrauben und anderen Kleinteilen. Medinger erklärt, welche Faszination der Inhalt dieser Schubladen auf ihn ausübte. Betrachtet man seine Stillleben aus den 80-er Jahren, die als Frontalansicht in vertikal aufgestellte Kästen umgesetzt sind, so wird dieser Einfluss überaus deutlich. Statt unsortierter Werkzeuge finden sich nun tote Vögel, welche Blumen zusammen mit unterschiedlichsten Eisenwaren in den Kästen; ein blütenbedeckter Schädel einer Ziege wird links und rechts von identischen Laborgläsern eingerahmt. Wie Medinger unterstreicht, sind gerade diese frühen Stillleben geprägt von einer „katholischen“ Symmetrie, „wie der Aufbau einer Kirche“, die dem Fotografen bald zu einfach und gefällig erschien.

Auch die Kästen fand Medinger mit der Zeit zu limitierend, da sie wenig Spielraum zur nuancierten Ausleuchtung der Motive ließen. So zeigt seine Fotografie *Jeu d'ombre*, vom Kasten befreit, ein ausgetrocknetes, grotesk verzerrtes Kaninchen an einem Holzgerüst. Die seitliche Beleuchtung wirft einerseits einen Schatten, der nicht minder bizarr wirkt, andererseits wird so die ledrig-pergamentartige Textur

der Mumie hervorgehoben. Das Morbide, so Medinger, sei einerseits dem Einfluss der holländischen Malerei geschuldet, andererseits aber auch seiner Faszination für „kaputte Vögel“. Dementsprechend finden sich auch religiöse Motive, wie eine auf Holz montierte Eule – ein Straßenfund, noch immer im Besitz des Fotografen – deren gespreizte Flügel auf die Kreuzigung anspielen.

Medinger verfügt inzwischen über ein beachtliches Inventar an organischen und anorganischen Objekten, eine verwachsene Möhre mit überschlagenen „Beinen“, Tier Schädel oder eine antike petroleumbetriebene „Taschenlampe“.

Medinger erklärt, dass er im Unterschied zur Malerei, wo Dimensionen und Formen angepasst werden können, „mit dem arbeiten muss, was ich real vor mir habe. Oft habe ich eine Idee und merke dann bei der Umsetzung, dass es nicht ganz funktioniert. Manchmal vergehen dann vierzehn Tage, in denen ich immer wieder etwas ändere, bis ich zufrieden bin.“

Gestaltung und Kombination erfolgen somit keineswegs beliebig, oft mit angenehm ironischen Anspielungen. Die Dreifaltigkeit, dargestellt durch eine Jesusbüste mit Öldose („3-EN-UN“) vor dem Herz oder einer im Weihwasser ertrunkenen Puppe (Medinger: „Unfälle können ja überall passieren“) bezeugen dies ebenso wie sein Ballett aus Froschchenkeln oder ein Totenkopf mit Augenklappe. Humor präge seine Arbeit sehr, so Medinger, schon als Kind habe er gerne die Cartoons aus dem *New Yorker* und *Paris Match* gelesen und gesammelt. Ebenso oft finden sich sexuell konnotierte Motive, in denen etwa phallisch geformte Schrauben mit Blüten inszeniert werden oder zugeschnürte lederne Nähte von Sportzubehör deutliche Assoziationen nahelegen.

Mit dem Sport behandelt Medinger, der wie sein Vater bereits bei einer Olympiade antrat, eine dezidiert biografische Thematik. Ein Bild mit dem Titel *Michel Medinger sen. et jr.* zeigt die Laufschuhe von Vater und Sohn vom selben Haken hängend und steht somit auch für das zwischenmenschliche Verhältnis. In diesen neueren, vergleichsweise minimalistischen Aufnahmen, die wie Katalogbilder bis zur Perfektion ausbeleuchtet sind, sind unter anderem der Fahrradsattel von Nicolas Frantz und die Laufschuhe von Josy Barthel zu sehen, deren Spikes gleichsam einem Krokodilmaul auseinanderklaffen.

Was im zweiten Teil der Ausstellung ebenfalls deutlich wird – nicht zuletzt dank des Raumes, der mit Romain Girtgens lebensgroßen Fotografien von Medingers Dunkelkammer tapeziert ist – ist die Faszination des Fotografen für verschiedenste, oft historisierende Prozeduren wie Cyanotypie, in der er mit Selen- oder Uranylнитrat experimentierte. Neben Cibachrome hatte er bis zum Konkurs des Herstellers eine Vorliebe für bis zu 50 mal 60 Zentimeter große Polaroids, so ist denn auch eines seiner Bilder Teil der offiziellen Polaroid-Kollektion. Wie Medinger betont, geht es



Michel Medinger in seiner Ausstellung

nicht zuletzt darum, dem Betrachter den umfangreichen Prozess zu verdeutlichen, an dessen Ende das fertige Bild steht.

Die Ausstellung *Les univers photographiques de Michel Medinger* dauert bis zum 16. Dezember im CNA Dudelange. Dienstags bis Sonntags 10-22 Uhr, Eintritt frei. Buch zur Ausstellung im CNA erhältlich; www.cna.public.lu

Das Diva in Antwerpen erzählt Geschichten von Glanz und Glamour

Kostspielige Kohlenstoffe



Interaktive Bildschirme im „Handelsraum“: Wo kamen und kommen Diamanten her?



Das Diamantkwartier in Antwerpen legt wenig Wert auf elegante Äußerlichkeiten

Martin Ebner

Es sind nur ein paar Straßen, aber für die Bling-Branche ist Antwerpen das Zentrum des Universums: In dem Viertel zwischen Centraal Station und Stadspark werden mehr als 80 Prozent aller Rohdiamanten und die Hälfte aller geschliffenen Diamanten gehandelt. Praktisch jeder Diamant kommt mindestens einmal hier durch, wo an einem gewöhnlichen Werktag Edelsteine für mehr als 200 Millionen US-Dollar den Besitzer wechseln.

Obwohl man vermuten könnte, dass Alternativen zu Papiergeld sehr gefragt sind, laufen die Geschäfte nicht mehr so gut: Die mehr als 1 500 Firmen im Diamantkwartier setzten früher über 55 Milliarden US-Dollar um, vor allem an den vier Börsen. Im Jahr 2017 waren es 46 Milliarden, zwei weniger als im Jahr zuvor.

Der Verband AWDC klagt über die „Konkurrenz anderer Luxusgüter, etwa Reisen und Technologie“. Trotzdem ballt sich auf dem einen Quadratkilometer rund um Schup- und Rijfstraat immer noch eine der größten Reichtums-Konzentrationen der Welt. Es ist auch eine der hässlichsten. Jedenfalls gibt es dort für Touristen außer grauen Bürosilos, Sicherheitssperren, mehr als 2 000 Überwachungskameras und einer sephardischen Synagoge nicht viel zu sehen.

Dass ihr Habitat so dröge ist, wird von den Diamanten-Händlern durchaus als Manko empfunden. Immerhin werben sie mit Schönheit und Träumen. Außerdem sind in den letzten Jahren aufregende Städte ins Geschäft mit Glitzersteinen eingestiegen: Dubai, Hongkong, Tel Aviv, Mumbai und – besonders

„Wir haben nicht die größten Diamanten der Welt, aber wir haben einige der interessantesten Geschichten zu erzählen“, sagt Diva-Direktor Jeroen Martens

schmerzlich – auch Erzfeind Amsterdam. Da will Antwerpen nun punkten und prunken mit seiner Geschichte, die kein Wettbewerber kopieren kann.

Ab Oktober 2017 wurde ein „Diamanten-Jahr“ gefeiert: „Antwerpen – 570 Jahre Diamanten-Hauptstadt“. Der Anlass dafür wurde nur nebenbei erwähnt. Ein Verkaufsverbot für falsche Edelsteine aus dem Jahr 1447, das unlängst im Stadtarchiv unter „Insolvente Boedels“ gefunden wurde, ist vielleicht nicht so werbewirksam. Lieber wurde an das „Goldene Zeitalter“ erinnert, als aus Indien die ersten Diamanten an die Schelde kamen.

Höhepunkt und Abschluss des recht kurzen Jubiläums war Anfang Mai die Eröffnungsparty für Diva:



Diva-Haupteingang an der Suikerrui

57 Stunden lang, eine Stunde für jede Facette eines Brillanten. Seit dem Umzug des Ethnografischen Museums in den Mas-Turm hatten gleich hinter dem Rathaus, weit weg vom Diamantenviertel, zwei stattliche Gebäude aus dem 15. Jahrhundert leerstanden. Sie wurden von der Provinz Antwerpen für 20 Millionen Euro gekauft und umgebaut. Das neue „Diamantenmuseum mit einem Herz für Silber“ vereint jetzt eine Vorgänger-Sammlung, die 2012 am Astridplein geschlossen wurde, und das ehemalige Silbermuseum, das bis 2014 in Schloss Sterckshof zu sehen war.

„Wir haben nicht die größten Diamanten der Welt, nicht die bekanntesten Juwelen – dafür muss man nach London gehen“, sagt Diva-Direktor Jeroen Martens. „Aber wir haben einige der interessantesten Geschichten zu erzählen. Wir wollten eine vielschichtige, menschliche Erfahrung für ein sehr breites Publikum schaffen, nicht nur für Kulturliebhaber oder Spezialisten.“ Auf zwei Stockwerken mit 550 Quadratmetern präsentiert Diva nun rund 600 ausgesuchte schöne Objekte.

Durch das Haus führt Audio-Butler Jérôme, den Frank Van Laecke geschaffen hat. Der Regisseur, den Wikipedia „Gottvater des flämischen Musicals“ nennt, hat auch Kurzgeschichten verfasst, die Exponate zum Beispiel mit dem Leben eines jüdischen Händlers im 16. Jahrhundert oder einer Kurtisane verknüpfen. Zu hören sind sie auf Holländisch, Französisch und Englisch; weitere Sprachen sind noch in Vorbereitung. Texte gibt es in der Ausstellung kaum. Wer mehr zu Highlights wie dem „Eulenbecher“

oder der „Pfauenbrotsche“ wissen will, kann ausführlicher im Internet nachlesen.

Den ersten Raum hat der Designer Gert Voorjans als „Wunderkammer“ mit Preziosen, Kuriosa und Exotika gefüllt. Die übrigen fünf Säle hat die Bühnenbildnerin Carla Janssen-Höfelt inszeniert: Das „Atelier“ informiert zu edlen Materialien und ihrer Verarbeitung. Im „Handelsraum“ ist zu erfahren, dass Diamanten heute meist aus Afrika oder Kanada kommen. Themen wie Belgisch-Kongo, Sklaverei oder Kriege werden dabei nur sehr dezent angesprochen. Im „Speisesaal“ funkelt Silbergeschirr. Im „Tresor“ wird versichert, in Antwerpen müsse man sich keine Sorgen oder Hoffnungen über Geldwäsche, Blut- oder Fake-Diamanten machen. Zum Schluss ist ein „Boudoir“ im Art-Déco-Stil zu entdecken.

Außer der Dauerausstellung sind ein Museumsshop und ein Juwelierladen bereits geöffnet; sie sollen

besonders für Nachwuchsdesigner eine Plattform sein. Ab 9. Juli werden Kunstschmiede-Workshops angeboten, auch für Anfänger. Eine große Spezialbibliothek, Forschungsabteilung, Konservierungslabor und Restaurierungswerkstatt sollen ab Herbst zugänglich sein. Als „Wissenszentrum“ hat Diva den „ehrgeizigen Plan, auf dem Gebiet der Diamanten, Juwelen und Edelschmiedekunst eine Autorität in Flandern und den Beneluxländern zu werden“. Diva wird die Kreativindustrie in Antwerpen inspirieren, hoffen Stadt, Provinz und Edelsteinhändler. Sie planen jetzt sogar, das triste Diamantenviertel „etwas aufzupolieren“. Vorerst wird dabei an eher preiswerte Graffiti gedacht.

„Diva – Antwerp Home of Diamonds“ ist täglich außer mittwochs von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt (zehn Euro für Erwachsene, sieben Euro für Jugendliche ab zwölf Jahren) kann nicht bar bezahlt werden; die Besuchszeit muss reserviert werden: www.divaantwerp.be

Cinéma

Les possibilités d’une île

Marylène Andrin-Grotz

Près des falaises sauvages et aiguës des côtes de Jersey, quelques endroits déserts recouverts de fleurs et de photos disent les drames : le long d’une route ou près de la plage, de très jeunes filles se sont fait sauvagement assassinées. Dans les villages de ce petit paradis insulaire, les maisons sont joliment alignées, les langues liées et les secrets bien gardés. On y porte des robes et des polos pastels et la chorale de la paroisse, dirigée par Hilary (Geraldine James), la mère de Moll (Jessie Buckley) et dans laquelle chante la jeune femme, connaît son petit succès. Elle a quitté l’adolescence depuis quelques années déjà et pourtant Hilary, froide et autoritaire, semble lui dicter son comportement. Moll fuit la fête inepte organisée pour son anniversaire, se saoule gaiement et manque de se faire violer par un blondinet local. Sauvée par Pascal (Johnny Flynn), un artisan aux mains sales et sans manières, Moll se rebelle enfin contre son entourage. Mais la même nuit, un nouvel enlèvement a eu lieu et la vindicte populaire soupçonne vite ce garçon qui ne sait pas se tenir. Moll a choisi son camp.

Conte malaisant, *Beast* est le premier long-métrage du britannique Michael Pearce, révélé au dernier festival de Toronto. Originaire de Jersey et inspiré par des faits divers antérieurs à sa naissance, mais qui ont imprégné son enfance, le réalisateur s’empare des travers insulaires pour en révéler la complexité : la démarche n’est pas sans rappeler celle de Govinda Van Maele pour *Gutland*, où l’apparente bienveillance des villageois cache une tradition du secret et des apparences. Ici, on pense aussi bien sûr aux bourgeois de Claude Chabrol, leurs codes, leurs sourires, avant que tout ne vole en éclats. C’est cette jeune femme rousse qu’il va suivre, la plaçant en héroïne d’un mélo familial suranné en l’affranchissant, d’abord le temps d’une nuit, de ce carcan social et familial oppressant.

Vient ensuite le conte de fées, où la belle tombe sous le charme de la bête, sauveur mais rebelle, extérieur à la cour. Seule contre tous, Moll soutient son homme, se livre peu à peu. Elle-même a cédé à la violence, il y a longtemps, pour se défendre. Alors quelle quitte le foyer familial et s’installe chez Pascal, l’état se resserre, la mise en scène et la caméra épousent le style du thriller. Moll est isolée, rejetée par la communauté et par le décor, une violence qui s’étaye encore lorsque le corps de la jeune disparue est retrouvé. Brouillant les pistes, Pearce simule l’enquête pour mieux tourner autour de ce couple si fusionnel, où la peur change de camps subtilement.

Oubliée alors, la symétrie des plans, la caméra est désormais nerveuse, assombrit les gros plans si lumineux du début. Il est question ici de sonder l’âme humaine dans tous ses débordements et de pousser les deux personnages dans leurs retranchements, jusqu’à la dernière minute. Pearce parvient à installer cette tension en partie grâce à l’actrice Jessie Buckley, étonnante en victime prête à s’affranchir. À ses côtés, Johnny Flynn, le visage marqué de cicatrices, appelle le mystère, alors que sa blondeur relève de l’angélisme. Dommage, alors que la mise en scène et l’interprétation sont remarquables de subtilité, de réhausser le ton par une musique trop présente et trop dramatique, comme si Michael Pearce ne se faisait pas assez confiance.



Moll (Jessie Buckley) et Pascal (Johnny Flynn)

Arts plastiques

Vol au vent



L'exposition porte tout simplement à rêver, y compris de voler, comme Icare

Marianne Brausch

Quelle que soit la manière dont on aborde le sujet, ils ou elles fascinent : les cerfs-volants et les machines volantes. Au Japon, pays d'origine de Susumu Shingu, les cerfs-volants ont une très ancienne et toujours populaire tradition. Importés de Chine au VIII^e siècle, on les voit flottant sous forme de poisson aux fenêtres pour la fête des garçons et ils donnent toujours lieu à des joutes aériennes où s'affrontent les populations de villages entiers, ornés de dieux et de diables effrayants.

Le cerf-volant est un objet populaire, de fabrication bon marché. Un peu de papier Japon suffit à la voilure de ces petits objets dont la structure est en tiges de bambou. Plus savamment, leur fabrication traditionnelle est encore maintenue par des artisans spécialisés qui ont recours à du chanvre, des cordages, voire du coton, du lin ou de la soie pour des pièces de grande envergure aux structures, attaches et décors sophistiqués. Des pigments naturels sont appliqués sur le papier léger.

Spaceship de Susumu Shingu est une des grandes expositions de cet été au Mudam. Pour petits et grands amateurs de machines volantes

Art moderne

Immersion

Lucien Kayser

Il n'est guère d'artiste étant passé, ayant exposé plus souvent à Luxembourg que Zao Wou-Ki. Une première fois, et ce mérite, on l'attribue volontiers à Jos. Wampach, en 1971, à la galerie municipale, à Esch-sur-Alzette ; suivirent une demi-douzaine d'expositions, de 1973 à 1990, à la Galerie Kutter, il y en a une, d'estampes, à la Galerie Paul Bruck, dès 1974 aussi, et enfin, nous sommes alors en 1995, une toute dernière à la Galerie Lucien Schweitzer, remarquable par le fait de réunir « deux jeux d'écriture », du poète Henri Michaux et de Zao Wou-Ki. Voilà pour les galeries, la peinture de chevalet en l'occurrence, les aquarelles, les gravures, les lithographies, ce qui pouvait séduire une clientèle ; de plus grands tableaux furent montrés, en mars-avril 1980, au Musée national d'histoire et d'art, et une douzaine d'années plus tard au château de Vianden.

C'est dire que l'amateur luxembourgeois connaît bien son Zao Wou-Ki, le peintre qui s'est partagé entre l'Orient et l'Occident (qu'il fût proche de Malraux qui encouragea sa naturalisation en 1964, n'est pas étonnant), et qui, autant qu'il appartient à la scène parisienne, a saisi très vite la vitalité de la peinture américaine, en a pris à son compte l'amplitude. L'entrée de l'exposition au Musée d'art moderne de la Ville de Paris (elle se fait à cause de travaux sur le front de Seine) n'est pas sans signification particulière : deux hommages, l'un de format moyen, de 1963, à Henri Michaux, un ciel bleu noir, au-dessous comme une étendue traversée de forts coups de vent de neige sale, l'autre, de 1973, de plus de cinq mètres de largeur, à André Malraux, plus charpenté, carrément parcouru de larges verticalités sur fond de brun orangé. Le ton est donné, il n'y en a que pour de tels formats, peintures produites entre le milieu des années 1950 et le moment où l'artiste a décidé d'arrêter de peindre à l'huile, en 2008, encres qui l'avaient ramené à cette technique sur le tard, il l'avait longtemps tenue à l'écart, pour sa dimension « chinoise » justement.

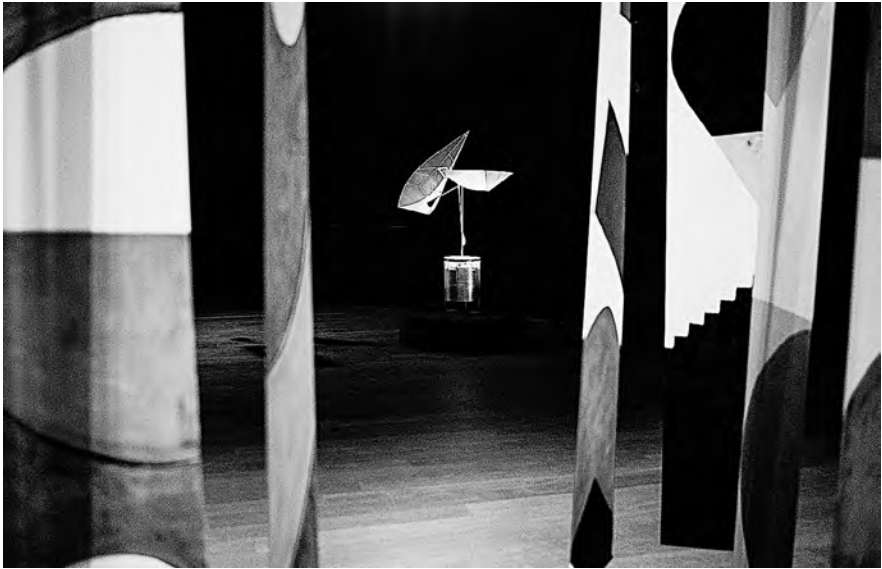
Les formats font que l'exposition, pour une fois, a des œuvres en nombre réduit. Et se limite à quatre salles. Mais il n'est pas une œuvre où il ne soit possible de se

perdre, au meilleur sens du terme. Ou emploierais-je un mot à la mode, celui d'immersion, on plongerait donc dedans, et cela sans avoir de casque à mettre. Ce n'est pas tout à fait vrai, car j'en ai mis un, devant telle toile, de 1964, 255 sur 345 cm, *Hommage à Edgar Varèse*, pour écouter *Déserts* du compositeur, la création dix ans avant au Théâtre des Champs-Élysées, avec les réactions du public.

Plutôt que l'immersion, l'autre image est préférable, employée par Zao Wou-Ki lui-même : « J'aime que l'on se promène dans mes toiles comme je m'y promène moi-même en les faisant. » Autant garder la conscience de son propre état physique, la notion du temps et de la réalité (qui a fait hésiter Zao Wou-Ki devant la catégorie de l'abstrait). Et surtout la possibilité d'une mise à distance, indispensable à un jugement esthétique. Cependant, pour se promener,



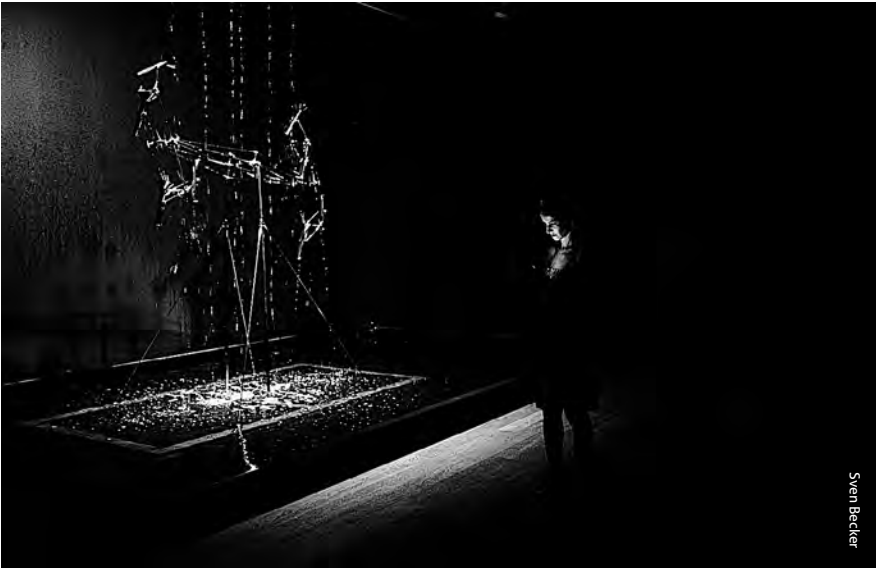
« Être là/ simplement là devant/ dans un espace qui devient un territoire... » Bernard Noël



Dans l'exposition, c'est sans doute les grandes bandes de papier, aux couleurs franches, quasi abstraites de *A toast to the rain II*, qui clôt l'exposition, qui raviront les amateurs d'art conceptuel, tout comme deux pièces qui se détachent, tel des parachutes sur le grand mur crème de la grande nef. Ces œuvres, ont la particularité d'arborer diverses couleurs, ce qui leur donne un aspect moderniste, voire de costumes de ballet (Susumu Shingu en crée aussi), alors que la majorité sont tenues dans des tons uniformes, souvent le blanc ou le jaune.

Les *spaceships* de Susumu Shingu font aussi penser aux dessins de machines volantes de Léonard de Vinci. Ceci vaut principalement pour les pièces exposées dans la grande nef du Mudam, dont les structures jouent en particulier avec celles des vitrages de la grande verrière de Ieoh Ming Pei. Mais le monde naturel est présent aussi, suggérant par exemple un vol d'oiseaux. N'oublions pas que par le passé, les artistes japonais ont souvent illustré leurs estampes d'oiseaux, notamment de grues, dont le vol est symbolique de l'arrivée et de la fin des beaux jours...

L'exposition porte tout simplement à rêver, y compris de voler, comme Icare. On peut aussi analyser de manière plus cartésienne les assemblages métalliques et en fibre de carbone sophistiqués, élaborés avec des ingénieurs pour défier les forces de la gravité. Calder, ses stables et ses mobiles bien sûr viennent ici également à l'esprit et l'architecte Renzo Piano, dont une des réalisations en particulier est connue pour jouer et travailler avec le vent (le centre culturel Jean-Marie Tjiboua à Noumea), est un ami de Susumu Shingu.



On ouvre ici une parenthèse pour dire que ce n'est pas un hasard si les Japonais ont honoré du titre de trésor vivant la sculpteur Marta Pan (1923-2008), l'auteur des *Trois Îles* au Parc Central, qui utilise les mêmes éléments pour faire se mouvoir des montagnes symboliques sur le petit lac. Une œuvre installée de manière permanente à voir ou découvrir au Kirchberg. Là où Susumu Shingu, qui travaille depuis plus de cinquante ans sur cette approche très japonaise, est bien de son époque, c'est qu'il parcourt le monde avec ses drôles de machines pour attirer l'attention sur le fait que l'eau et l'air, indispensables à notre séjour sur terre, sont en danger.

Tous les objets volants de cette vaste présentation (il y en a des futuristes aussi qui font penser à des stations orbitales, des fusées) viennent de la galerie parisienne Jeanne Bucher Jaeger, qui consacre simultanément une exposition à l'artiste à Paris et publie un catalogue. On peut regretter, de la part du Mudam, cette orientation monographique. Mais ne boudons pas notre plaisir et parcourons l'univers de Susumu Shingu. Sa *Wind caravan* ceint le Mudam, où elle est mue par le vent du Kirchberg, tandis que l'eau agite les bras mécaniques du *Water tree* au centre de la grande nef. Tout autour, tout n'est que légèreté et beauté, ces caractéristiques si japonaises pour lutter contre la pesanteur.

L'exposition *Spaceship* de Susumu Shingu, dure jusqu'au 6 janvier 2019, Mudam, Parc Dräi Eechelen, Luxembourg-Kirchberg ; www.mudam.lu

Cinémasteak

Politique de l'excentricité

Récompensé dans de nombreux festivals internationaux, *Amadeus* (1984) compte parmi les œuvres les plus célèbres de Miloš Forman (1932-2018). Comme il est d'usage aux États-Unis, la légende importe davantage que la réalité des faits. Ainsi, l'assassinat de Mozart (1756-1791) orchestré par Antonio Salieri (1750-1825), alors musicien à la cour du Saint-Empire, relève de la pure romance. L'intrigante rumeur, opportunément colportée par Pouchkine pour sa tragédie *Mozart et Salieri* (1830), fut plus tard reprise par Peter Schaffer dans *Amadeus* (1979). Le film éponyme de Forman constitue l'adaptation de cette pièce de théâtre à succès.

Interprété par Tom Hulce, le compositeur génial originaire de Salzbourg a tous les attributs d'une rockstar : une enfance précoce (premier concerto composé à l'âge de quatre ans, première symphonie à sept), des excès d'alcool, et une conduite qui sied mal à la bienséance aristocratique... Autant dire que la présence du jeune homme dénote au sein du vieux monde courtois. Mais l'excentricité de Mozart – un rire extravagant, une perruque rebelle – n'est pas seulement un trait distinctif de son caractère. C'est également un marqueur social qui traduit sa place dans la société. Car après avoir brièvement occupé le centre de la cour, la carrière du jeune prodige va progressivement être déportée aux marges du pouvoir. Au singspiel commandé pour le Théâtre national (*L'Enlèvement au sérail*, 1782) succède la représentation de *La Flûte enchantée* (1791) dans un faubourg de Vienne. La noble assemblée qui assistait aux exploits du prodige fait désormais place à la convivialité d'un auditoire populaire. La sociologie du public a changé à mesure que l'influence musicale de Mozart diminuait auprès de l'empereur autrichien Joseph II.

L'artiste aux prises avec le pouvoir (politique, religieux, ou judiciaire) constitue un thème récurrent de la filmographie de Miloš Forman. Il y a un peu de Mozart dans la liberté réprimée du pornographe *Larry Flint* (1996), comme chez le peintre espagnol confronté à l'Inquisition (*Goya's ghosts*, 2006). Que ce soit par leurs productions ou par leurs modes de vie, les protagonistes de Forman sont toujours révolutionnaires. En s'affranchissant des bonnes mœurs comme des traditions artistiques, ces héros maudits provoquent la collision de l'Ancien Régime et des aspirations démocratiques. La personnalité et la musique nouvelles de Mozart annoncent de ce point de vue la prochaine Révolution française. Que l'on songe au « Viva la liberté ! » résonnant dans *Don Giovanni* (1787) et c'est tout l'édifice féodal qui s'apprête à s'effondrer. Loïc Millot

Amadeus de Miloš Forman (vostf, USA-France), sera projeté jeudi 5 juillet à 20h45 à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg, place du Théâtre.

Zoom op d’Sprooch

Nimm an Eegennimm als „friem“ Ausnamen

François Schanen

Oh, déi léif Ausnamen, géif ech soen, an dann awer och direkt d’Orthographie vun enger Iwwerschrëft wéi „Britten am Brexit-Exil“ stoe loossen, also den *Numm* vun de Briten (een *t*), dat heescht de Bierger vu Groussbritannien (een *t*), déi de Brexit (een *t*) erliewen a vläicht – sou kéint ee mengen – sech wéi am Exil (och nëmmen een *l*) virkommen, also iergendwéi als Ausnamen optrieden.

Ganz allgemeng geet et hei also am Lëtzebuergeschen ëm den Trend, do Ausnamen anzeféieren, wou, jee nom Domän, d’Uwennung vu Prinzipien a Reegelen duergéng. Woufir eppes einfach maachen, wann et komplizéiert och geet?, freet sech de Lëtzeburgophon a ville Fäll, mat deenen anerer heiansdo ganz gär géifen opraumen. Déi dräi Serië Beispiller a Reegelen a mengem *Zoom* gehéieren zu der heterogener semanteschter Kategorie vun den Eegennimm a betreffen 1) deelweis hir Schreifweisprinzipien; 2) eng Partie (Eegennimm op *-n*) vun der *N*-Reegel; 3) de Gebrauch vum Definitivartikel *d-* (+ Numm/Eegennumm).

1 Fir d’éischt, kucke mer eis den orthographeschen (phonographeschen) Aspekt vun eiser Sprooch un. Am *Infodesk* vun der Uni Lëtzebuerg freet eng Damm: „Wéi géift Dir de Bierger vu Groussbritannien hien *Numm* schreiwen: Sinn et Briten? Oder awer Britten? An d’Adjektiv?“ Am Peter Gilles senger Äntwert, där een zoustëmme kann oder och net (hie plädéiert fir den „Internationalismus“ mat engem <t>, mee dat ass hei net de Problem), gi verschidde Rechtschreibprinzipien erwähnt¹. Ausser dem generelle pragmatische Prinzip vun der Einfachheet/Schwieregkeet² geet et selbstverständlech ëm d’*Quantitéitsreegelen*³ – do misst dann den <t> verduebelt gi wéinst deem kuerz ausgeschwate betounte Vokal virdrun (also *Britt*, *Brittin*) ... mat der Gefor – an do hätte mer dann en drëtte Prinzip (*Prinzip vun der distinktiver Funktioun*) – datt een en Insulaner (*ee Britt*) mat enger Zopp (*eng Britt*, *e Bouillon*) géif verwieselen⁴.

Mee, an dat ass déi véiert Remark vum Här Gilles, och an anere Sproocher kritt d’Orthographie vum Bierger vu Groussbritannien sengem Numm nëmmen een <t>. Zum Beispill am Franséischen (*britannique* mat engem kuerzen /i/, engem <t> an zwéin <n>: *Britannique*) an am Däitschen (mat engem laangen /i:/, mä engem <t>: *Brite*, *Britin*). Am Kloertext heescht dat, datt d’Oppositiounen vun de Quantitéitsreegelen an anere Sproochen (am Verglach mam Lëtzebuergeschen) kënnen *neutraliséiert* ginn⁵.

Dann ass zulescht och Rieds vun *Internationalismen*, vun internationaliséierte Wierder, ouni datt dës Internationalisme genee definéiert wieren. Et gëtt just ugehall, datt et sënnavoll wär, d’*Struktur vun der Aus-*



Wéi ass et richtig: *E Britt/eng Britin?* Oder *e Brittt/eng Brittin?*

gaangssprooch bäizebehalen (hei een <t>, mee wéi ass dann den „f“: kuerz oder laang?). Amplaz den Ausdrock Struktur vun der Ausgaangssprooch gëtt och dacks d’Wuert *Friemwuert* gebraucht. Zum Beispill wa gesot gëtt, datt „Friemwierder“ am Lëtzebuergeschen d’Schreifweis vun der Ausgaangssprooch bäibehalen (hei am Beispill also just een <t>, mee mat wat fir engem <i>: kuerz oder laang?): *Brit*, *Briten*, *Groussbritannien*, *britesch*. Den Transfer vun engem Eegennumm (a vun anere frieme Lexemer) aus en-

semantesch Nimm an Eegennimm hunn deelweis hir orthographesch (phonographesch), phonotaktesch (*N*-Reegel) a syntaktesch Reegelen (Gebrauch vum *d*-Artikel)

ger anerer Sprooch an d’Lëtzebuergesch ännert also dacks näischt un der Schreifweis: Am Lëtzebuergeschen gehéieren d’Eegennimm oft an Ausnamsserien. Dofir ass et och menger Meenung no besser, de Begrëff Neutraliséierung vun de lëtzebuergesche Quantitéits- a Qualitéitsoppositiounen ze gebrauchen, wéi dee vill ze vagen Term *Internationalissem*.

2 Bleiwe mer nach bei den (ongenee genannten) *Eegennimm*, dës Kéier just am *Kader vun der N-Reegel*. „Den *n* bleift stoen“, seet de Site *e-orthographie* vum LOD, „um *Enn* vun *Eegennimm*, wéi bei den *Heng*, de *Jang* *Rinnen* *kënn*...“. Oder an der Broschür *Gewosst wéi um Site schreiwen.lu*: „Den <n> oder <nn> um *Enn* vu verschiddene Substantiven oder *Nimm* gëtt [...] geschriwwen a fält net ënnert d’*N*-Reegel (den *n* bleift also stoen): d’*Reunioun* gëtt gehal, ech hu mer de *Kënn* raséiert, d’*Léierin* gesinn, d’*Maschinn* flécken, an *Ungarn* reesen“ (S. 23).

Bon! D’*N*-Reegel ass an eiser geschwate a geschriwwener Sprooch méi komplizéiert, wéi dat meescht ugehall an agestane gëtt⁶. Eng Opfaassung, déi am *Infodesk* vun der Uni Lëtzebuerg⁷ kloer suggeréiert gëtt, misst verdéift ginn: d’*N*-Reegel wier fir d’éischt als Aussproochregel *phonetesch deskriptiv* z’erklären; si wär primär eng phonetesch Upassung, déi duerch d’Artikulationsplaz vum nofolgende Konsonant (/t/, /d/, /ts/, /h/, /n/ oder vun engem Vokal oder vun der Artikulatioun bei enger *Pausa* gesteiert géif, mee si wär och a méi flouen Ënnerreegelen u praktesch kontextuell Realisatiounsbedingunge gebonne, wéi 1) d’Noutwennegkeet, d’Identitéit vum Lexem net ze verkennen oder ze verstümmelen an/oder 2) während der Ausso fir en normalen Tempo (ouni Paus) ze suergen⁸. Déi praktesch kontextuell Realisatiounsbedingunge brénge mat sech, datt déi éischt Korrespondenzregel vun der orthographescher *N*-Reegel, déi bis elo

(an de Virschreften) ervirgehuewe gouf, net ëmmer stëmmt. Besser wier et, op den „allgemenge“ Prinzip ze verzichten: Net all End-*n*, dee viru verschiddenen Ufankslauter net ausgeschwat gëtt, gëtt och am Geschriwwenen net [onbedéngt] ewechgelooos (cf. *eng Spunie(n)* *reess*, *de Schane(n)* zu *Schenge(n)* *besichen*, *Recke(n)* *bei Miersch*; *den L.O.D.* [viru Verkierzungen], mee *de LOD* [viru Wuert], eng lescht betount Silb op *-n*: *-‘an*, *-‘än*, *-‘(t)ioun*, et cetera.

3 Dacks kann ee liesen, datt am Lëtzebuergeschen d’Eegennimm ëmmer mam bestëmmten Artikel gebraucht ginn: *Albert*, *Chantal*, *Wirtge(n)* op Franséisch, *den Albert*, *d’Chantal*, *de Wirtge(n)*, d’*Astrid Lulling* op Lëtzebuergesch. Mee dës Reegel ass an hirer Allgemengheet och falsch. Am *Infodesk* vun der Uni (*Wéini gebraucht een een Artikel viru Nimm?*) fënnt een eng ganz didaktesch Ënnerscheedung tëscht enger „objekt-sproochlecher“ a „metasproochlecher“ Funktioun: den Eegennumm huet kee bestëmmten Artikel, wann e just e metasproochlecht Zeechen duerstellt („Gänsefëissercher“: Ech heesche „Jos“). An enger anerer méi geleefeger Terminologie heescht dat, datt den Numm als metasproochlecht Zeeche keen Definitivartikel huet (*dee Mann heescht Ø Jos*), an datt den *d*-Artikel Nominalgruppe mat *Nimm* markéiert, déi referentiell (existentiell an aktualiséiert) sinn: *den Albert*, *d’Isabelle*⁹.

¹ Cf. F. Schanen/J. Zimmer: *Lëtzebuergesch Grammaire*, Schortgen 2012, §§ 358-369; *Infodesk*: *Groussbritannien? E Brit? Eng Britin? Oder e Britt/eng Brittin?*

² D’Schreifweis vun den *Nimm*, seet de P. Gilles, ass bestëmmt net einfach. (Et geet hei net generell ëm d’Nomina, dat heescht ëm d’Nominalbasise vun de Nominalgruppen, mee ëm déi sougenannt *Eegennimm* am engen a breede Sënn, eng spezifesch – semantesch – Wuertkategorie mat vill flou definéierten Ënnerklassen.

³ Cf. F. Schanen/J. Zimmer: *Lëtzebuergesch Grammaire*, Schortgen 2012, § 367 ssq.

⁴ Obschonn *kontextuell* (an enger Gruppegrammatik) e maskuline *Britt(t)* kaum mat engem feminine *bouillon* (*eng Britt*) an enger *Brittin* verwieselt ka ginn!

⁵ Cf. „D’Enn vun den Internationalismen“. 46: in F. Schanen: *Lëtzebuergesch Sproocherubriken*, Schortgen 2013, 109-111. Mat ganze Beispillserien.

⁶ Cf. F. Schanen/J. Zimmer: *Lëtzebuergesch Grammaire*, Schortgen 2012), §§ 457-464; *Sproocherubriken*, Schortgen 2013; *d’Land*, 07.04.2006

⁷ *Gëtt et e Grond, wisou d’Eifeler Regel bei Nimm net ugewannt gëtt?*, mat der Äntwert vum P. Gilles

⁸ Wat den Tempo ugeet, cf. „D’*N*-Reegel“, *d’Land*, 04.08.2017

⁹ Cf. „Déi kleng Kanner oder d’kleng Kanner?“, *d’Land*, 08.05.2015, Nott 4; F. Schanen/J. Zimmer: *Lëtzebuergesch Grammaire*, Schortgen 2012, § 199

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 26.07.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de gros œuvre à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme sur le site de l'INS à Luxembourg

Description succincte du marché :
– Premurs extérieurs : +/- 400m²
– Construction en bois : lamellé-collé +/- 20m³
– Construction en bois : structure portante en bois plein : +/- 35m³
– Isolation thermique : +/- 440 m²
– Béton armé : +/- 720 m³
– Déblais diverses classes : +/- 580m³
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée des travaux sur le chantier est de 100 jours ouvrables à débuter en début 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription
« Soumission pour les travaux de gros

œuvre à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une nouvelle tribune du Stade National d'Athlétisme » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
25.06.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800961 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 27.07.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette

Tél. : +352 26840 1
E-mail : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de fourniture et pose d'équipements multi-média dans le hall de liaison de la Maison du Nombre, des Arts et Étudiants à Esch Belval.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Les conditions de participation sont précisées dans le cahier des charges.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

d’Lëtzebuenger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d’Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhsanen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Musées

« We believe in the force of culture »

Sofia Eliza Bouratsis

Confirmation introductive Il y a des artistes qui sont grands, très grands. Et ceux qui sont réellement grands – ceci est valable aussi bien pour les artistes que pour les non-artistes – et quels que soient leurs revenus et l'intérêt qu'ils suscitent, ils n'oublient ni d'où ils viennent, ni leur humanité (avec ses belles fragilités).

L'art dans la vie du quartier Le Centrum Sztuki Współczesnej Łaznia à Gdansk est l'une des premières institutions culturelles publiques à avoir ouvert ses portes en Pologne après 1989. Son histoire commence avec une contestation : les artistes locaux voulant se distancier des modèles traditionnels de l'art soutenus par l'École des Beaux-Arts de Gdansk, ils occupent ce bâtiment néo-romanesque de 1908 qui abritait alors les bains publics (ce que « łaznia » signifie en polonais). L'initiative devient graduellement le centre d'art contemporain qu'elle est aujourd'hui. Le bâtiment se situe dans un quartier en pleine gentrification (Dolne Miasto), mais qui, il y a quelques années, était surnommé « le quartier des couteaux volants ». Nous sommes à dix minutes à pied de l'île centrale de Gdansk qui (totalement « refaite ») attire un tourisme de masse – notamment scandinave. En levant les yeux autour du centre d'art on peut discerner les tranches de l'histoire difficile du pays : l'architecture grandiose d'avant-guerre, les constructions communistes, les fenêtres condamnées des bâtiments pas encore restaurés et qui risquent de s'effondrer, les nouveaux complexes d'habitation ; et, dans les anciennes usines désaffectées des lieux créatifs et des graffiti.

Il suffit également de se balader un peu pour tomber par hasard sur des œuvres d'art contemporain installées dans le quartier par Łaznia dans le cadre de ses projets de médiation. C'est parce que la municipalité a été capable de reconnaître les bienfaits de l'institution culturelle qu'a été ouvert Łaznia 2 « Center for Art Education » en 2012. Le deuxième bâtiment du musée est situé de l'autre côté de la ville dans Nowy Port, sur l'énorme côte portuaire de Gdansk, il fait partie de la stratégie de revalorisation du quartier par l'institution culturelle et par la ville, qui collaborent de manière effective. Des personnes de tous les âges passent ainsi leur journée dans la bibliothèque ou le jardin, dans son cinéma ou ses expositions, l'ambiance est cool, la porte reste ouverte en été. L'on sent un rapport à l'art et une conception des lieux qui sont plutôt rares : une reconnaissance d'abord de l'importance de l'art de la part des fonctionnaires de la ville, un engagement émouvant de la part des membres de l'équipe du centre et, surtout, une réelle appropriation des lieux par les habitants des quartiers respectifs. Łaznia 1&2, ce sont des lieux de vie, des endroits où les enfants viennent jouer, les grands-parents discuter, et où les jeunes passent dire bonjour, tout simplement.

Des échanges fructueux L'amitié entre le Luxembourg et Gdansk tient à Enrico Lunghi qui, alors directeur artistique du Casino Luxembourg – Forum d'art contemporain, a monté en 2000 en collaboration avec la Pologne le projet *Re:Location*, réunissant sept centres d'art européens pendant trois ans. Elle s'est ensuite été développée à travers le projet *Outdoor Gallery* pendant de nombreuses années. C'est ce qui explique que Jadwiga Charzyńska, la directrice du centre a invité « le Luxembourg » aux vingt ans d'anniversaire de Łaznia. Gilbert & George quant à eux, ils ont eu une exposition à Łaznia en 2011¹, ils sont revenus le 15 juin dernier, en amis fidèles, pour fêter l'anniversaire de l'institution et présenter leur dernier ouvrage *What is Gilbert & George ?* écrit par l'auteur qui les suit depuis de longues années, Michael Bracewell – et également traduit en polonais pour l'occasion.

Cinquante ans de cohérence Gilbert & George, les deux personnes qui se définissent

Gilbert & George à l'occasion du vingtième anniversaire du Centre d'art contemporain Łaznia, à Gdansk, Pologne

comme un seul artiste, ont commencé à travailler et à vivre ensemble en 1974, lorsqu'ils se sont rencontrés à la Central Saint Martins, alors étudiants en sculpture. Ils pourraient être décrits comme les précurseurs de l'art global et en même temps parmi les premiers à avoir critiqué la société du spectacle et dépassé les frontières restreintes du monde de l'art. On pourrait également dire qu'ils sont des définitions vivantes de l'élégance, l'audace, l'intelligence, la dérision, la joie et la mélancolie, la douceur, l'amour, l'humour et de l'engagement. Il serait judicieux d'ajouter que ces artistes font partie des rares cas de figure qui personnifient l'expression « l'art nous a sauvés »². Ils le disent en riant : « Nous avons eu de la chance, on n'avait pas le choix : il fallait réussir car nous étions très pauvres. Nous sommes les fruits du triomphe culturel en lequel nous croyons ». Ils avaient pris une photographie deux-mêmes (« selfie » avant son heure) sur le toit de l'école d'art, avec des objets, « on a vite compris qu'ils étaient obsolètes, que nous étions nous-mêmes l'Art : sculpteurs et sculptures. Et en effet, une *Sculpture vivante* est bien mieux³ ! La *Living sculpture* pouvait venir partout avec nous » explique Gilbert ; et George ajoute « notre art c'est donc notre vie ». Leurs gestes, leurs accents *british* respectifs (Gilbert est Italien, il vient des Dolomites et George est Britannique), leur manière de compléter l'un les phrases de l'autre sans ne jamais se contredire ou se couper ne font que confirmer, à chaque instant, leur conception deux-mêmes : ils sont un artiste qui est une sculpture vivante – qui mange, se balade, donne une interview, fait l'amour, aime le sexe, l'alcool, la musique, la ville, etc.

What is Gilbert & George ? « De nombreuses personnes croient que c'est la religion ou la politique qui sont en charge du monde, nous croyons que c'est la culture », explique George dans une salle comble – dans un pays où le dimanche il y a sept messes consécutives et dont on connaît le contexte politique actuel. Gilbert continue sa phrase, sans le couper : « L'idée de G&G est de rendre visuellement forte cette idée. C'est la raison pour laquelle nous avons arrêté nos [très] beaux dessins : les gens regardaient la forme, ils s'intéressaient à 'la main de l'artiste'. Or ce qui compte pour nous, c'est le message et sa diffusion »⁴. Et George de reprendre avec un sourire au coin de la lèvre : « Nous sommes peut-être socialement irresponsables, mais comme artistes notre devoir c'est notre responsabilité : non pas de dire comment le monde doit être mais comment nous le percevons. Quand nous étions des 'Baby artists', nos contemporains pensaient que l'art ne devait s'adresser qu'aux intellectuels car ils étaient considérés comme supérieurs. Nous on s'adresse à tous, c'est aussi la raison pour laquelle alors que nous sommes sculpteurs nous avons commencé à prendre des photographies – pour que tout le monde puisse voir et comprendre nos messages » ; car, Gilbert reprend la phase : « Dieu n'existe pas, nous sommes en charge de ce monde ».

Ils n'ont jamais quitté leur quartier (Londres Est) justement pour ce qu'il représente, pour sa diversité et pour l'énergie qui y règne : « Les êtres humains sont fantastiques, même lorsqu'ils sortent de prison, même lorsqu'ils sont tristes, pauvres,... ». C'est aussi la réponse qu'ils



Gilbert & George à Gdansk



L'amitié entre le Luxembourg et Gdansk tient à Enrico Lunghi qui, alors directeur artistique du Casino, a monté en 2000 en collaboration avec la Pologne le projet *Re:Location*

donnent à la question de savoir pourquoi ils ont utilisé des liquides corporels dans leur travail (photographiés ou passés au microscope) : « Ce qui émane de notre corps n'est pas tabou comme la religion le prétend : c'est ce que nous sommes tous. On le montre de manière respectueuse. Cela pouvait paraître choquant quand nous le disions au départ, mais l'histoire a montré que nous avions raison : c'est la raison pour laquelle nous utilisons le terme 'de-choking' qui est bien plus adéquat. Ce qui est choquant, c'est ce qui se passe dans le monde, pas dans nos images ». Et George joyeux d'ajouter : « Nous séduisons

beaucoup de monde – avec notre outil secret : même s'ils n'aiment pas nos images ils disent 'Oh ils sont toute de même bien habillés ces garçons' et comme ça les gens écoutent notre message ».

Œuvre expressément illisible, et approche diamétralement opposée, *Between the lines* réalisée par l'artiste polonaise Katarzyna Józefowicz à l'occasion de l'anniversaire de Łaznia venait compléter cette fête par un geste d'écriture de soi plus intime et discret. Acte poétique et délicat, geste d'écriture automatique qui devient à la fois sculpture et recueillement – un travail sur le silence, le blanc, mais aussi sur le travail artistique, les longues heures qu'une œuvre peut exiger.

Ces deux choix si différents constituent peut-être aussi la manière du centre d'art de Łaznia de dire que faire de l'art – ou de la résistance – face à l'état actuel des choses veut dire oser inventer, quel que soit le langage et les manières de chacun. « *Aesthetics ? Yes !* dit George, mais l'éthique est ce qui compte davantage ! ». C'est probablement cette inquiétude quant à l'état du monde qui a rassemblé tant de personnes à l'occasion de ce moment d'échange avec les artistes qui affirment que ce sont leurs images qui forment le monde de demain – pourquoi ne pas y croire ?

qu'ils on eue avec l'auteur de l'ouvrage lors de sa présentation à Gdansk : Michael Bracewell, *What is Gilbert & George ?*, Londres, Henri publishing, 2017. Cet ouvrage est le texte le plus dense, le plus connaisseur et le mieux écrit qui circule actuellement sur le travail de ce collectif d'artistes unique. Le fait qu'ils travaillent avec Michaels Bracewell depuis plus de vingt ans y est probablement pour quelque chose.

³ Suggestion aux lecteurs qui ne connaîtraient pas les *Living sculptures* : cherchez « The Singing sculpture » sur internet. C'est cette performance pendant laquelle, en chantant *Underneath the arches* (une chanson parlant du bonheur des clochards qui dorment sous les ponts) et en dansant de manière mécanique (dénonçant entre autres l'industrialisation) que les deux artistes ont attiré – de manière « guerilla » – l'attention lors de la preview de l'exposition *Quand les attitudes deviennent forme* (en 1969). C'est ce geste audacieux qui a changé leur vie : le grand collectionneur Konrad Fischer les invita ensuite à réitérer la performance à Düsseldorf : ils eurent 1 500 visiteurs en cinq jours, leur carrière fut lancée. Ce qui est à noter : G&G chantent presque systématiquement cette chanson à chacune de leur interviews ou présentations. Ils étaient assis à Gdansk lorsqu'ils ont chanté : le public a frémi – à la fois d'inconfort et de joie.

⁴ C'est probablement aussi ce qui explique les cinq heures d'interviews et les deux heures de conversation publique qu'ils ont données avec un enthousiasme bouleversant lors de la même journée.

⁵ Voir leur texte *Fuckosophy* ou encore les titres de leurs œuvres : *Dirty Word Pictures*, *The Alcoholic*, *Ban Religion*, *Class War Militant Gateway*, *Crying City*, *Fuck*, *Naked Shit Pictures*, *New Horny Pictures*, etc., etc.

Łaznia Centre for Contemporary Art ; ul. Jaskółcza 1 ; 80-767 Gdańsk ; www.laznia.pl.

¹ Gilbert & George, *Jack Freak Pictures* (Łaznia 1, 10.11.2011-05.02.2012).

² Les propos relatés sont issus d'une interview en tête-à-tête avec les artistes et de la discussion

STIL

Begegnung mit Körper und Seele

Michèle Sinner

Mit seinen 1,92 Meter, die er aufrecht und zielstrebig bewegt, ist Moa Nunes zu allererst eine imposante Erscheinung, ein beeindruckender Riesentyp, der den Raum beansprucht. Damit passt er nicht so recht ins Bild vom Ballettlehrer, die in der Regel weiblich, eher klein und zierlich sind. Er lacht voller Selbstironie. Er sei jetzt 49 Jahre alt, mit dem Alter werde man kleiner, vielleicht sei er mittlerweile nicht mehr ganz so groß. Dass er als professioneller Tänzer vor allem modern, zeitgenössisch und Jazz getanzt hat, statt klassisches Ballett, ist ebenfalls seiner Statur geschuldet. „Ich war zu groß. In einem Ballettensemble müssen alle Tänzer ein uniformes Bild abgeben. Da kann nicht einer die anderen um einen Kopf überragen“, sagt Nunes, zieht dabei mit den Händen eine Linie, streckt den Kopf drüber, um zu verdeutlichen, was er meint. Wenn er redet, redet der ganze Körper mit, Gesichtszüge inklusive.

Das Tanzen begann der Brasilianer Moa Nunes mit elf. In einer Schulaufführung zu Muttertag, erzählt er, hatte er eine kleine Rolle. Daraufhin ermutigten die Lehrer seine Mutter, ihn zum Tanzunterricht zu schicken. Sie setzte das durch, erst einmal gegen den Willen seines Vaters, der glaubte, er gehe zweimal die Woche zum Schreibmaschinenunterricht. Denn obwohl in den Augen von Europäern die Männer in Lateinamerika vergleichsweise viel tanzen, sei es vor fast 40 Jahren im chauvinistischen Brasilien völlig unakzeptabel gewesen, einen Jungen zur Ballettausbildung zu schicken. Sogar im südbrasilianischen Joinville, einem bedeutenden Tanzzentrum, auch auf internationaler Ebene, und der einzige Ort, an dem die Bolschoi-Ballett-Akademie 2000 eine Filiale außerhalb Moskaus eröffnete. Da hatte Moa Nunes seine Ausbildung bereits abgeschlossen und tanzte seit Jahren als erster Solist der Comdanca Tanzkompanie. Seiner Auszeichnung 1996 als bester Tänzer des Bundesstaates Santa Catarina verliehen diese Umstände umso mehr Bedeutung. Auf die Auszeichnung folgte eine Einladung nach Rom. Auf dem Weg nach Europa machte er in Lissabon Halt und in Luxemburg, wo Manoel Batista, ein guter Freund aus Brasilien, bereits als Aerobic-Trainer arbeitete. Er blieb hier, gab Unterricht an verschiedenen Tanzschulen, bevor er 2002 aus privaten Gründen nach Brüssel zog. Auch dort unterrichtete er, pendelte zwischen der belgischen Hauptstadt und Luxemburg hin und her, wo er weiterhin Kurse an der Tanzschule Jazzex gab. 2009 kehrte er aus privaten Gründen ganz nach Luxemburg zurück. Nunes mag es hier. „Die Stadt ist kleiner“, sagt er, dessen Heimatstadt so viele Einwohner hat, wie ganz Luxemburg.

Samstagsmorgens, wenn Nunes' Ballettschüler die Knie zum ersten Plié beugen, gibt das kollektive Knacken der Gelenke den Auftakt zu einer Stunde und 15 Minuten Schweißarbeit. Nunes zeigt die Übung, klatscht in die Hände, ruft „Travaillez!“ und die Klaviermusik beginnt. 20 Rücken strecken sich, 20 Bäuche werden eingezogen, 20 Hintern zu-



Moa Nunes mit seinen Tänzern bei den Proben

sammengekniffen, die Arme öffnen sich zum Port de bras, die Hände legen sich auf die Stangen – los geht's. Das Durchschnittsalter im Saal beträgt zwischen Ende 30 und Mitte 40, manche liegen weit darunter, manche weit darüber. Das Niveau ist ebenfalls gemischt, reicht von jenen, die als Kinder oder Jugendliche mal getanzt haben und dann jahr(zehnte)lang nicht, bis zu Tänzerinnen, die jede Bewegung mit einer derartigen Präzision ausführen, dass sie offensichtlich ihren Abschluss am Konservatorium in der Tasche haben. In Nunes' Tankursen, sei es klassisch, modern, Jazz oder afrobrasilianisch, hat sich eine treue Gefolgschaft gebildet, die teils seit Jahrzehnten bei ihm tanzt.

Es sei auf keinen Fall so, dass er nicht gerne Kinder unterrichte, unterstreicht der Tanzlehrer und Choreograf. Aber Erwachsenen Unterricht zu geben, ist für ihn eine besondere Herausforderung. Nunes hat selbst mehrere Operationen hinter sich – die Jahre, in denen er täglich bei den Proben und den Aufführungen seine Partnerinnen hochgehoben hat, sind an seinem Körper nicht spurlos vorbeigegangen. Deshalb legt er besonderen Wert auf das Aufwärmen – dabei summt und singt er gerne zur Musik mit – und

darauf, seinen Unterricht anzupassen. „Ich muss den Unterricht so aufbauen, dass jeder mitmachen kann. Man muss seinen Körper kennenlernen und wissen, wo die Grenzen sind, bevor man sich verletzt.“ Mit dieser integrativen Herangehensweise schafft Nunes einen Rahmen, in dem auch blutige Anfänger ihre ersten Tanzschritte wagen, ohne das Gefühl zu haben, sie seien dafür zu alt, zu rund oder zu unflexibel.

Was ihm am Unterrichten besonders gefällt? „Die Begegnung mit den Menschen. Sie geben mir so viel Energie“, versucht er zu erklären. „Schüler, die denken, sie können niemals ein Développé machen – wenn ich dann sehe, wie sie es schließlich ausführen, macht mich das gutgelaunt, sogar wenn ich vor der Stunde nicht so gut drauf war.“ Sein Enthusiasmus für ein bis in die Zehenspitzen gestrecktes Bein oder eine andere Bewegung bei der alles stimmt, macht sich im Unterricht manchmal durch ein lautstarkes „Yes!“ bemerkbar, wie man es vielleicht eher von einem Sportscoach am Spielfeldrand erwartet als von einem Ballettlehrer. Aber für die Schüler ist das eine besondere Anerkennung und der Moment, in dem tatsächlich jeder eine Ballerina oder ein Ballerino sein kann. So überträgt sich die Energie zurück auf

die Schüler, die nach einem ausführlichen und überschwänglichen Dankeschön an das nicht vorhandene Publikum glücklich und mit Muskelkater aus dem Saal schweben. Oder nach dem Jazzunterricht mit einer Melodie im Ohr, schwingenden Hüften und einem anderen Körpergefühl davonwippen.

Auch als Choreograf verfolgt Nunes einen anderen Ansatz, funktioniert völlig ohne Zuschüsse abseits vom Luxemburger Kulturbetrieb. Für seine Projekte bringt er gerne professionelle und nicht-professionelle Tänzer zusammen und gibt letzteren damit eine Möglichkeit, vor Publikum auf der Bühne zu stehen. An seiner neuen Show *Encontros* nehmen drei professionelle Tänzer aus Brasilien teil und einige seiner Schüler, die ihren Unterhalt in anderen Berufen verdienen. Nunes lobt ihr technisches Können, ist sichtlich stolz. *Encontros* handelt von Begegnungen mit Menschen die einen berühren, beziehungsweise deren Seele man schon zu kennen glaubt, bevor man sie überhaupt zum ersten Mal trifft.

Encontros wird am 6. Und 7. Juli jeweils um 20 Uhr und am 8. Juli um 16 Uhr in Neimenster aufgeführt. www.moadance.com

L'endroit



Ce n'est pas pour le cadre hyper rustique et peu affriolant que je vous recommanderai d'y aller (photo : GD). Ni pour l'emplacement peu idéal aux parcelles de stationnement rares sur la route d'Esch, coin rue de la Semois. Repris il y a quelque mois d'un autre exploitant italien, le restaurant *Altergo* m'a pourtant immédiatement séduit et donné envie de revenir. Et cela pour tout ce qui tourne autour de l'assiette. Laquelle est remplie de façon généreuse et sent bon le sud avec ses parfums typiques. Ce qui séduit surtout, c'est l'engagement et la passion des trois jeunes associés pour la richesse comme l'individualité gastronomique des différents terroirs de la Grande Botte. Voilà pourquoi ils proposent toutes les quelques semaines des spécialités d'une région différente. Sur la carte on trouvera une horde de plats plutôt méconnus chez nous. En ce moment, dans la sélection sarde, on a droit aux *chiusoni*, genre de gnocchi au safran, ragoût de saucisse et pecorino. Ou à la *fregola*, sauce à la langoustine, moules et *vongole*. On apprendra aussi qu'il existe une version de *saltimbocca* à la viande de volaille. Dans les entrées on optera pour un *panefrattau*, œuf à 63° sur du pain humecté au bouillon végétal, sauce tomate en couche de pecorino. Les prix sont abordables et varient entre 11,80 et trente euros max le plat principal. Primitivo et Montepulciano ne boosteront pas trop l'addition. Coup de cœur ! GD

Das Missverständnis

Pünktlich zum Nationalfeiertag stellte Staatssekretärin Francine Closener (LSAP) vergangene Woche die Emoxies vor, also die Luxemburger Variante der Emojis (*d'Land*, 25/2018) in den Nationalfarben und vor dem „X“-Kreuz der Nation-Branding-Kampagne. Am Vorabend zum Nationalfeiertag konnte man in der Hauptstadt angetrunkene Patrioten antreffen, deren Gesichter ganz fürchterlich entstellt waren. Bei genauerem Hinsehen stellte sich heraus, dass es sich nicht um eine schnell um sich greifende Hautkrankheit, sondern um wasserlösliche Emoxi-Tattoos handelte. Dabei sind der Kampagne für den Standort Luxemburg offensichtlich gleich mehrere peinliche Fehler in Sachen Körperschmuck unterlaufen. Denn erstens ist eine Tätowierung kein Branding, bei dem ein Muster unwiderruflich in die Haut eingebrannt wird. Und zweitens sind Kreuze, die sich Patrioten und Nationalisten tätowieren lassen, nicht rot und babyblau sondern schwarz und haben Haken. Immer also wenn man denkt, dümmmer geht's nimmer, belehren einen die Verantwortlichen der Nation-Branding-Kampagne eines Besseren und setzen noch eins drauf! ms

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

DIE GESCHAFTSLAGE VON EDITPRESS LASST MANCHER
WENN ABER BIS L'ESSENTIEL UND TAGEBLATT, QUOTIDIEN UND JEUDI

LA RENTABILITÉ D'UNE ANNONCE SUR FACEBOOK
ELLES CONSULTENT LEURS PORTABLES DANS DES CONDITIONS

I M W A H L K A M P F W I R D
DIE FRONT WIEDER ÜBERSICHTLICH

SEITHER
D I E I N T I S C H E N S I C H
P O L I T I S C H E N

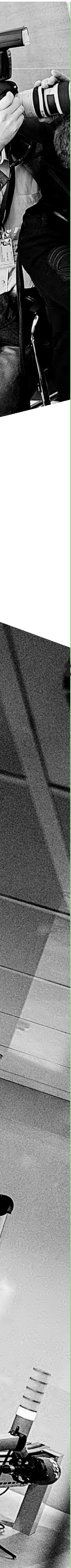
LES PARTIS POLITIQUES SUR LE CONTENU DE NOTRE PROGRAMME
DAN HYDNY (CANDIDAT ADR), MONICA SEMEDO (DP) ET NICO KEIFFER (CSV)



DER DURCHSCHNITTliche SMARTPHONE-NUTZER BRAUCHE
ES WAHRSCHEINLICH NICHT UNBEDINGT,

S/O G A I R W E N N M I L L I A R D E N G E R Ä T E V E R N E T Z T W Ä R E N

EIN BISSCHEN FASCHISMUS WÄRE ABSOLUT NICHT VOM UEBEL"
LUXEMBURGER WORT VOM 22. APRIL 1933



DIE STAATLICHE PRESSEHILFE FORDERT DIE HELLSEHEREI
E I N Z O O B E S U C H W Ä R E I N D E N N Ä C H S T E N T A G E N G E N A U D A S R I C H T I G E

Medienpolitik 2013 bis 2018

Romain Hilgert

Man kann der aktuellen Regierung nicht mangelndes Interesse an den Medien und der Presse vorwerfen. Gleich bei seinem Amtsantritt hatte Premierminister Xavier Bettel (DP) Vorkehrungen getroffen, um sich ohne den hinderlichen Filter der Presse direkt an sein Volk zu wenden. Selbst das Briefing nach der wöchentlichen Kabinettsitzung wollte er live über Internet streamen lassen, um dem mythischen Wähler plebiszitär Aug‘ in Aug‘ schauen zu können. Dafür ließ er kostspielige technische Vorkehrungen treffen und verlor dann noch schneller als sein Vorgänger die Lust an den Briefings, wo Journalisten durch unbedachte Fragen immer wieder von der regierungsamtlichen Choreographie abweichen. Nachdem unter den CSV-Premiers jahrzehntelang die Tagesordnung der Kabinettsitzungen an die Presse verschickt wurden, ohne dass die Staatssicherheit in Gefahr geraten wäre, untersagte der Premier den Versand dieses Materials, mit dem sich Journlaisten vorbereiten konnten. Dafür machte er seinen Pressesprecher zum Kabinettschef und leistete sich die guten Dienste von *RTL*, indem er dessen Fernsehprogramm jährlich zehn Millionen Euro zusicherte und ohne falsche Scheu Vertrauensmänner in den Verwaltungsgremien von *RTL* und *Radio 100,7* platzierte.

Vor einem Jahr organisierte die Regierungsmehrheit im Parlament eine Orientierungsdebatte über die Medien und die Qualität der Presse, ein Ausdruck, der sich aus dem Mund von Politikern etwas bedenklich anhört. Dabei ging die Rede vom künftigen Konzessionsvertrag mit *RTL*, den die Regierung, wie ihre Vorgängerinnen und neuerdings auch das Gehälterabkommen beim Staat, noch vor den Wahlen unterzeichnete. Der Premier und die Abgeordneten sagten Falschmeldungen, die jetzt *Fake News* heißen, den Kampf an, wussten aber nicht,

wie sie sich dabei anlegen sollen, ohne sich Erdoganismus vorwerfen zu lassen. Dabei waren sie sich fast einig, dass *Fake News*, denen der Krieg erklärt gehört, nicht Bettels Demontage des Mudam-Direktors, sondern Luxleaks waren.

Der für Medien zuständige Regierungschef, der die Presse ähnlich wie die Kultur als ein Teil der Unterhaltungsindustrie zu betrachten scheint, kündigte auch eine Reform der staatlichen Pressehilfe an, die vielleicht nicht mehr vor den Wahlen verabschiedet, aber doch zumindest als Gesetzentwurf im Parlament hinterlegt werden soll. Obwohl Xavier Bettel, anders als Jean-Claude Juncker, nicht als großer Zeitungsleser gilt, bekam er es doch nach einem ersten Anlauf mit der Angst zu tun, am Ende als Totengräber einiger kleiner Zeitungen dazustehen. Nach dem Ende des *Zukunftspak* sollte die Reform großzügiger ausfallen.

Bis dahin gewährt der Staat Internetseiten eine digitale Pressehilfe, die vor allem einen Mitnahmeeffekt bei den bestehenden Verlagshäusern verursachte. Doch die einzige klare Botschaft, die der Medienminister seit Jahren zum Thema verbreitet, ist seine Überzeugung, dass Zeitungen und Zeitschriften der Vergangenheit angehören und die Zukunft den Internet-Nachrichten gehört. Was wohl auch mit der Förderung des Wirtschaftsstandorts als *Digital Luxembourg* und enttäuschenden Erfahrungen mit DP-kritischen Zeitungen zu tun hat. Dafür soll die endgültige Pressehilfe dann darauf hinauslaufen, dass nicht mehr die Seitenzahl, sondern die Journalistenzahl einer Zeitung bezuschusst wird. Für eine liberale Regierung, von der man sich vielleicht erwartet hatte, dass sie das Pressegeschäft dem Markt und die Pressefreiheit der Verfassung überlassen würde, stellt das alles schon ziemlich viele Einmischungen dar.

23

Marketing statt Politik

Wahlkampf in der Presse und im Internet
Romain Hilgert

24

Combien de libertés pour le débat des idées ?

Comment organiser un débat politique équitable et objectif en période de campagne électorale ? Les médias audiovisuels se rebiffent contre une trop grande immixtion des partis politiques dans le contenu dont ils ont à assumer la responsabilité
josée hansen

26

« Postez vos plus beaux sourires »

Publicités sur Facebook
Bernard Thomas

27

Alle mit allem und jedem vernetzt

Im Jahr 2020 soll die neue Mobilfunknorm 5G starten
Peter Feist

28

Aller Anfang ist schwer

Die Verwaltungen sollen transparenter werden. Klappt das auch?
Ines Kurschat

29

Trümmerfeld

Jean-Lou Siweck übernimmt die Editpress-Leitung von Danièle Fonck
Michèle Sinner

30

Die Gegenwart unseres Volkes wiederum an dessen Vergangenheit anknüpfen

Die größte und älteste Zeitung des Landes und ihre Eigentümer
Romain Hilgert

32

Aberglaube mit Pressehilfe

Zeitungshoroskope
Romain Hilgert



Wahlkampf in der Presse und im Internet

Marketing statt Politik

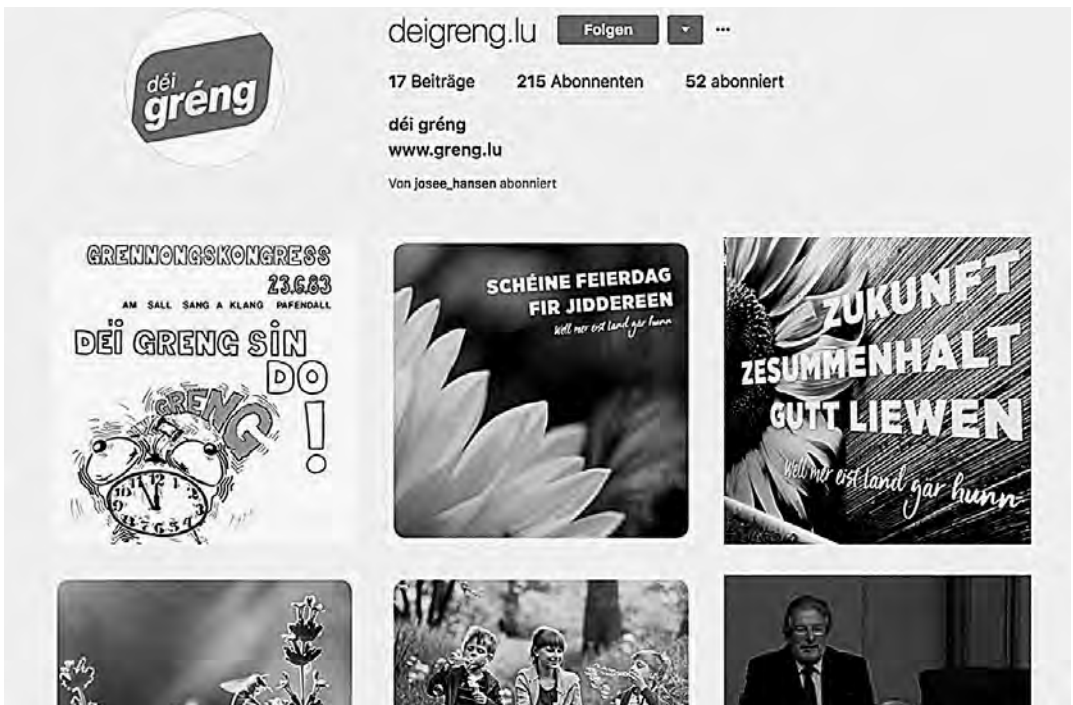
Romain Hilgert

Ein Politiker könne nicht viel mehr als „abwarten, bis man den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen – das ist Alles“, zitierte Arnold Oskar Meyer 1933 *Bismarcks Glaube*. Derzeit springen Kandidaten aller Parteien um die Wette, um nach dem Zipfel von Gottes Mantel zu schnappen. Das heißt nun Wahlkampf.

hen zu bekommen. Deshalb haben alle Parteien begonnen, Pressekonferenzen als berichtenswerte Scheinereignisse zu organisieren, wo sie scheinweise ihre Wahlprogramme veröffentlichen.

Was auch geändert hat, ist die staatliche Bezuschussung der Parteien und ihres Wahlkampfs, die andererseits wieder durch Wahlkampfab-

schen Prozess beschreiben, um gesellschaftliche Interessen zu bündeln und zu verhandeln, sondern als einen Markt, wo Parteien „Politikangebote“ machen. Die Wähler sind so keine Staatsbürger, sondern Konsumenten, die sich auf dem



Instagram-Seite der Grünen

Seit einigen Wahlgängen hat sich der Wahlkampf drastisch verändert. Die Parteisolos werden seltener, die von Hand vervielfaltigte Flugblätter verteilen und auf jede Kuh am Wegesrand ein Plakat kleben. Die Wahlversammlungen sind nur noch schlecht besucht

kommen über die Zahl der Plakate und Werbeschenke begrenzt wird. Das Geld vom Staat führt zu einer Professionalisierung des Wahlkampfs, das heißt einem verstärkten Rückgriff auf Werbeagenturen. Dadurch kapituliert der Wahlkampf vor dem Marketing. Das erkennt man bereits an



Wahlkampfzeitung der ADR

Zudem wollen die Zeitungen, ob *Luxemburger Wort*, *Tageblatt* oder *Journal*, aus kommerziellen Überlegungen heraus keine Parteiorgane mehr sein und nehmen sogar bezahlte Anzeigen nicht so nahestehender Parteien an. Trotzdem käme am 13. Oktober das *Luxemburger Wort* nicht im Traum auf die Idee, zur Wahl der LSAP, das *Journal* zur Wahl der CSV oder das *Tageblatt* zur Wahl der DP aufzurufen. Als Konstante ist die Angst geblieben, gegenüber Konkurrenzparteien benachteiligt zu werden, eine kleinere oder plötzlich gar keine Zeitung mehr hinter sich zu wissen, weniger Sendezeit im Radio und Fernseh-

den Wahlkampfzeitungen. Jede Partei versucht, mindestens zwei Wahlkampfzeitungen zu veröffentlichen, weil sie im Rahmen der Wahlkampfförderung Anrecht auf die Portokosten von zwei Postwurfsendungen hat. Aber gleichzeitig werden die Wahlkampfzeitungen immer mehr zu bunten Werbeblättern mit großformatigen Fotos und einem Minimum an Text. Politische Ideen lassen sich aber nur durch Text vermitteln.

Dazu, dass der Wahlkampf zum Marketing wird, trägt auch eine liberale Politikwissenschaft bei, die Wahlen nicht als mehr oder weniger demokrati-



Web-Seite der Konservativen

Parteienmarkt für das bunteste (liberal) oder beglichste Angebot (konservativ) entscheiden sollen. Marktforschungsfirmen dienen dazu mit Umfragen, die Politiken testen, ob sie bei den Wählern beziehungsweise Konsumenten ankommen.

Geändert hat auch die Zahl der Kanäle, durch die Wahlkampfpropaganda verbreitet werden kann. Nach den staatlich geregelten Radio- und Fernsehauftritten (siehe Seite 24 in dieser Ausgabe)



Twitter-Seite der Piratenpartei

erlaubt nun das Internet den Parteien, sich direkt und unabhängig vom Wohlwollen der befreundeten Presse an die Wähler zu richten. Deshalb un-



Wahlkampfzeitung der CSV

Die LSAP nutzt *Twitter* und *Facebook* vor allem, um auf die Anwesenheit der Parteiprominenz auf Volksbelustigungen und bei Interviews oder Po-

Die Grünen berichten auf *Twitter* über Parteiveranstaltungen. Auf *Facebook* verbreiten sie Videos mit eigenen *Talking heads*, aber auch Fremdbeiträge mit Ratschlägen zum angemessenen Umweltschutz. Die ADR übernimmt auf *Twitter* ebenfalls Nachrichten aus der weiten Welt, meist um die Bedrohung des christlichen Abendlands vorzuführen. Auf *Facebook* weiß sie sich nicht der Trolls aus anderen Parteien zu erwehren, die die ehemalige Rentenpartei



Wahlkampfzeitung der Linken

als rechtspopulistisch beschimpfen. Ähnlich erghe es den von der ADR abgespaltenen Konservativen, deren Interessenten öfters bei einer parodistischen Seite von Richtung 22 landen, die den Nationalismus verhöhnt.

Die Linke verbreitet auf *Facebook* und *Twitter* Videos von Parteiveranstaltungen und Pressekonferenzen zu Schwerpunktthemen ihres Wahlprogramms. Die Piratenpartei ist wenig auf *Twitter* aktiv, auf *Facebook* reicht dafür die Berichterstattung vom Nationalfeiertag in Remich bis zum Pétinger Gemeinderat. Die LSAP und die Grünen verbreiten auf *Instagram* Bilder glücklicher Menschen auf Parteiveranstaltungen und in der Natur sowie Schnappschüsse aus dem Leben ihrer Kandidaten. Die Linke hat auf *Instagram* einige traurige Videos ihrer Pressekonferenzen.

Die kommerziellen Internetkanäle wie *Facebook*, *Twitter* und *Instagram* tragen das Ihre dazu bei, Politik in die Formate und Ästhetik der Werbeindustrie zu zwingen und weiter ausholende Reflexionen zu unterbinden. Wenn sie so die Politik dazu zu bringen, nicht nach Gottes Mantel zu haschen, sondern der Wirtschaft freien Lauf zu lassen, entsprechen sich wieder einmal Form und Inhalt.



Wahlkampfzeitung der DP

terhalten alle Parteien Web-Seiten, aber die sehen mittlerweile so aus, als richteten sie sich zuerst an die eigenen Mitglieder und Sympathisanten: Die Web-Seite der CSV ist eine bunte Aneinanderreihung von Kongressfotos und parlamentarischen Anfragen mit den Porträts ihrer Autoren. Die LSAP bietet Dossiers zu aktuellen Themen und ausreichend Kandidatenfotos. Terminkalender listen die Grillfeste der Lokalsektionen, seltener die Landeskongresse oder den Wahlsonntag auf.

An die weniger politisierte Öffentlichkeit richten sich die Parteien über die kommerziellen US-Kanäle: Die CSV berichtet auf *Facebook* ausführlich über Parteiveranstaltungen und zeigt ihre Prominenz beim Wahlkampf „um Terrain“. Dagegen scheint sie die Lust an *Twitter* zu verlieren, vielleicht auch um die Selbstdarstellung ihres Spitzenkandidaten Claude Wiseler nicht in den Schatten zu stellen. Denn die Botschaft der Parteien wird nicht dadurch klarer, dass manche Kandidaten sich auf eigenen Internet-Seiten abbilden, die mitteilungsbedürftigsten auch eigene Blogs füllen.

auch ihr Spitzenkandidat, Xavier Bettel, hat die Darstellung auf *Twitter* selbst übernommen. Auf *Facebook* zeigen die Liberalen vor allem die Auftritte ihrer Kandidaten im Wahlkampf.



Web-Seite der KPL



Mandataires politiques tous partis confondus à l'ouverture de RTL City, en avril 2017



Combien de libertés pour le débat des idées ?

josée hansen

Le grand débat Cela fait plusieurs semaines que les rédactions en chef des médias de service public, surtout Jean-Claude Franck de la *Radio 100,7*, sont vent debout contre les attentes des partis politiques en ce qui concerne la « partie officielle » de la campagne électorale pour les législatives du 14 octobre. C'était Franck lui-même qui, par une *Mediechronik* diffusée le 18 mai à l'antenne de la radio socioculturelle, a porté le débat sur la place publique, se demandant s'il était normal que les partis puissent participer à la discussion sur la couverture de la campagne électorale officielle par les médias de service public que sont au Luxembourg la *Radio 100,7*, ainsi que *RTL Radio* et *RTL Tele Lëtzebuerg* ? Et s'il était normal que les partis établis soient traités plus favorablement que les petits et les nouveaux partis ?

Voici ce qui s'est passé : traditionnellement, le Service information et presse (Sip) du gouvernement organise, en dialogue avec les partis politiques en lice pour les élections d'un côté et les médias de service public de l'autre, une « campagne électorale officielle », qui dure typiquement cinq semaines. Cette année, elle devait commencer le 10 septembre et s'étendre jusqu'au 12 octobre seulement. Cette campagne officielle se composait toujours d'une partie de « spots publicitaires » pour lesquels les chaînes mettent à disposition du temps d'antenne et qui sont signalisés par un avertissement avant et après le bloc d'annonces. Les partis peuvent y diffuser le contenu de leur choix, en suivant toutefois un cahier de critères, notamment en ce qui concerne la qualité technique minimale pour la télévision. Ce système n'est guère mis en cause, à part la durée totale par parti – les

dernières propositions parlent de douze minutes en tout pour les partis qui se présentent avec des listes complètes dans toutes les circonscriptions, avec une réduction au prorata pour les petites formations qui ne se présentent que localement ou avec des listes non complètes.

Surpeuplées La deuxième partie de la campagne dite officielle par contre est plus délicate. Il s'agit des grandes table-rondes thématiques, avec un représentant par parti débattant d'un sujet donné. Jadis, ces débats étaient même souvent organisés en collaboration entre la *Radio 100,7* et *RTL Radio Lëtzebuerg* et diffusés par les deux chaînes en parallèle, avec un représentant du Sip caché dans un coin, qui chronométrait le temps de parole de chaque invité – rappelant à l'ordre si untel avait parlé deux minutes de plus que tel autre. C'était le genre de manifestation que seuls les auditeurs *hardcore* hyper-politisés écoutaient encore, tellement c'était policé et rigide. Pour les élections de cette année, le Sip voulait faire comme toujours et avait commencé des pourparlers avec les deux côtés – jusqu'à ce que les revendications des partis deviennent démesurées aux yeux de Jean-Claude Franck : « Je ne trouve pas normal que nous devions discuter avec le Sip et les partis politiques sur le contenu de notre programme », explique-t-il vis-à-vis du *Land*. Il y a notamment eu cette réunion épique du 7 mai, où neuf partis sont venus avec vingt représentants en tout (trois pour la seule Piratepartei, qui n'a même pas de siège au Parlement), pour discuter avec quatre représentants des médias. « Lors de cette réunion, Gast Gibéryen (ADR) a même proposé que les partis définissent les thèmes des

« Je ne trouve pas normal que nous devions discuter avec le Sip et les partis politiques sur le contenu de notre programme. »
Jean-Claude Franck,
rédacteur en chef de la
Radio 100,7

émissions. Je n'en croyais pas mes oreilles... », se souvient Jean-Claude Franck.

Attentes maximalistes Les partis veulent, bien sûr, un maximum de temps d'antenne gratuit et demandaient donc un maximum de table-rondes thématiques – le dernier document de travail en proposait encore quatre, *RTL* ne voulait surtout pas dépasser le nombre de trois – qui dureraient

Comment organiser un débat politique équitable et objectif en période de campagne électorale ? Les médias audiovisuels se rebiffent contre une trop grande immixtion des partis politiques dans le contenu dont ils ont à assumer la responsabilité

le plus longtemps possible, de préférence 90 minutes, les médias ne voulant pas dépasser une heure maximum. Prochain point de discord : les sujets. Qui les fixerait ? Les médias ou les partis ? Ces derniers voulaient au moins être entendus pour avis. Or, estiment les professionnels des médias, c'est leur métier que de savoir quels sont les enjeux cette année. Impossible d'éviter le logement ou les impôts, mais faut-il vraiment discuter durant une heure de la réforme constitutionnelle ? Dernier point d'achoppement : la composition. Qui est autorisé à venir ? D'abord quels partis seront conviés ? Tous ceux qui présentent ne serait-ce qu'une seule liste dans une circonscription ou seulement les plus grands ? Et comment assurer que le débat soit équitable et juste ? À l'heure actuelle, et depuis que le FÖDP s'est annihilé lui-même, il semblerait que neuf partis se présenteront – mais comment débattre sérieusement avec neuf invités, qui auraient alors peut-être quatre minutes par personne, le restant du temps allant aux questions ? Les radios voulaient un maximum de six invités par table-ronde – mais comment décider ? Tirer à la courte-paille ? Ce qui impliquerait qu'un débat sur le logement pourrait, si le hasard le décidait, se faire sans le DP, actuellement en charge du portefeuille, ou de son plus grand challenger, le CSV. Inconcevable ? Et qui déciderait des invités de chacun des partis ? Est-ce démocratique ou dilettante de laisser ce choix aux partis ? « C'est notre image qui est en jeu », constate Jean-Claude Franck, qui sait que la *Radio 100,7* est déjà souvent moquée comme étant le « Staatsender », la « radio d'État » et qu'il lui importe donc d'autant plus de prouver le sérieux de son travail.

Revirement Beaucoup de courriels ont été échangés, beaucoup de réunions organisées et beaucoup de coups de fil passés jusqu'à la réunion décisive qui eut lieu mardi dernier, 19 juin, entre les représentants des médias de service public, le Sip (qui ne voulait pas s'exprimer dans le cadre du présent article, invoquant que les négociations sont toujours en cours) et Paul Konsbruck, le chef de cabinet du Premier ministre Xavier Bettel (DP) au ministère d'État. Soudain, et au plus grand étonnement de tous, Konsbruck (ancien de *RTL* et d'*Eldorado*, qui siège désormais en tant que commissaire du gouvernement au conseil d'administration de la CLT-Ufa) y annonça que, à l'exception de la diffusion des spots de campagne, les radios et télévisions étaient complètement libres de faire ce qu'elles voulaient dans le cadre de la campagne, d'organiser le type et le nombre d'émissions électorales qui leur chantaient, que ce n'était pas à l'État, et encore moins aux partis, de s'y immiscer. Perplexité dans la salle. « Nous étions vraiment étonnés, se souvient Roy Grotz, le rédacteur en chef de *RTL Radio Lëtzebuerg*, d'abord contents d'avoir les mains libres, puis conscients que cela ne nous dédouane nullement de notre responsabilité d'une couverture 'neutre et équitable'. Une couverture qui impliquera probablement aussi des table-rondes, mais dont nous fixerons les thèmes et les invités nous-mêmes ».

Atypique En matière de médias audiovisuels, le Luxembourg est atypique dans le paysage européen : alors que la plupart des pays disposaient d'abord de chaînes de radio et de télévision étatiques ayant un monopole de diffusion qui ne fut que peu à peu libéralisé à la fin du XX^e siècle, le



Journée lambda dans les locaux – le grand studio, la rédaction – de la *Radio 100,7* au Kirchberg (Jean-Claude Franck en débardeur sous le nain de jardin, en haut à gauche)



Luxembourg commença par des médias privés – la Compagnie luxembourgeoise de radiodiffusion, l'ancêtre de *RTL*, émettait depuis les années 1930, celle de télévision depuis les années 1950 – pour ne créer qu'une radio publique qu'avec la loi de 1991 sur les médias électroniques. Dans l'approche pragmatique si typique des négociateurs luxembourgeois successifs, le gouvernement céda ses fréquences à RTL pour qu'elle puisse émettre vers les territoires voisins, demandant en contrepartie que la maison de la Villa Louvigny produise gratuitement un programme destiné au public autochtone. Sans que ce ne soit articulé publiquement, cela impliquait aussi des missions publiques, comme diffuser les messages importants du gouvernement, les grands événements et, aux débuts, même entretenir un orchestre symphonique. Mais le grand débat sur ce qu'est le service public et ce qu'il implique, entamé par François Biltgen (CSV), alors ministre des Médias, par un colloque thématique à Mondorf au début des années 2000, n'a pas vraiment eu d'autres conséquences que la transformation du Conseil national des programmes (organisateur dudit colloque) en Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel (Alia).

Or, si son homologue français, le Conseil supérieur de l'audiovisuel (CSA), dont les missions sont autrement plus nombreuses, fait entre autres un minutage exact de la présence des différentes sensibilités politiques sur les chaînes de radio et de télévision françaises, mission qui augmente en volume durant les périodes électorales, l'Alia n'est pas du tout impliquée dans le débat. « Nous avons demandé à être au

moins associés en tant qu'observateurs, répond le directeur de l'Alia Romain Kohn à la question du *Land*, mais cela a été refusé ». Et en ce qui concerne le contrôle du temps d'antenne, « nous n'avons pas les moyens de le faire », admet-il. En comparaison : l'Alia a quatre employés (Romain Kohn y compris) et une dotation budgétaire de 768 298 euros cette année et doit surveiller 18 chaînes de radio et 23 programmes de télévision (notamment de nombreuses chaînes de RTL). Alors que le CSA a un budget de 36 millions d'euros annuels et 285 employés pour assurer ses missions de contrôle. « Mais nous avons, de notre propre initiative, cherché la discussion avec les partis, les médias et le Sip et feront nos propres propositions pour la régulation des campagnes électorales », dit Romain Kohn, ne voulant pas encore en dévoiler davantage.

Autorégulation Comme la *Radio 100,7*, *RTL Radio* et *Télé Lëtzebuerg* sont bien conscientes qu'il en va de leur image et de leur crédibilité lorsqu'il s'agit de couvrir les élections. Cette nouvelle libéralisation de la campagne officielle « ne va pas changer tant que cela pour nous », dit Steve Schmit, directeur du contenu chez RTL. Car RTL Group est désormais très pointilleux sur la qualité de ses programmes : « We are committed to human dignity and truthfulness, impartial reporting », dit la première ligne de ses *Newsroom guidelines*, qui valent pour toutes ses chaînes, dans tous les pays. RTL a un contrat de concession, dont celui signé en 2007 et qui a cours jusqu'en 2021 dit que « CLT-Ufa est responsable du contenu des programmes » et que, « en périodes préélectorales, le pro-

« Nous avons demandé à être au moins associés en tant qu'observateurs, répond le directeur de l'Alia Romain Kohn à la question du *Land*, mais cela a été refusé. »

gramme comprend des émissions d'information politique, à l'instar des dernières campagnes télévisuelles organisées par le Gouvernement et réservées aux partis politiques qui en assument la responsabilité ». En outre, un *Code de déontologie* interne impose, parmi les devoirs des journalistes : « présentation de l'information et organisation des débats télévisés et radiodiffusés dans

un esprit d'impartialité et d'objectivité et dans le respect du pluralisme d'idées ». Aux dernières deux ou trois échéances électorales, la chaîne forçait en outre ses journalistes et animateurs à choisir leur camp : impossible d'être tous les soirs à l'antenne et candidat pour un parti. Dan Hardy (candidat ADR), Monica Semedo (DP) et Nico Keiffer (CSV) ont déjà quitté la chaîne en vue d'octobre. Or, ce coup de poker ne marche pas à tous les coups, si les anciens de *RTL* ne sont pas élus, ils risquent de se retrouver à la rue, comme Frank Kuffer (CSV) à un moment ou Joëlle Hengen (que le DP a finalement placée au ministère de l'Agriculture). Mais c'est encore une autre histoire. Corinne Cahen (DP), ancienne de RTL et actuellement ministre de la Famille et de l'Intégration, dit d'elle-même qu'être au gouvernement équivaut à être « fonctionnaire en CDD ».

« Nous n'avons pas de chiffres d'audience exacts, concède Steve Schmit, mais nous partons toujours de l'hypothèse que le débat politique en période préélectorale intéresse hautement le public ». TNS-Ilres aurait posé la question sur l'intérêt que les gens portent au débat politique à l'occasion d'un autre sondage, et la réponse, se souvient Schmit, aurait été très positive. Donc *RTL Tele* et *Radio Lëtzebuerg* sont en train de fixer les formats qu'elles vont mettre en place d'ici octobre. Avec comme ligne directrice que cela doit intéresser le public et coller à la ligne éditoriale. Les table-rondes seront probablement incontournables, mais il y aura aussi des face-à-face, des entretiens, des dossiers thématiques de la rédaction – et des formats plus ludiques, comme le *Waltaxi*, introduit lors des dernières élections, un journaliste

discutant à bâtons rompus et derrière le volant avec un candidat assis sur le siège passager.

Fichier Excel Mais comme les rédacteurs en chef savent qu'on les attend au tournant, que surtout les petits partis seront rapides à dégainier le reproche de l'avantage accordé à la majorité gouvernementale ou aux grands partis en général, ils mènent une comptabilité méticuleuse, réservée à l'usage interne, mais servant aussi de boussole lors de la conception des programmes. Car entre les invités du jour de la matinale – de la *Radio 100,7* ou de *RTL Radio Lëtzebuerg* –, les grandes émissions de débat politique du samedi ou du dimanche et la couverture de l'actualité gouvernementale et parlementaire, c'est un exercice d'équilibriste que d'assurer l'accès égalitaire de tous les courants idéologiques à son antenne. Il y a des choix clairs à opérer. Comme : Faut-il accorder autant de temps à un représentant d'un parti connu pour sa page Facebook identitaire qu'à un représentant d'un parti récoltant trente pour cent des intentions de vote dans les sondages ? Faut-il couvrir toutes les conférences de presse des membres de gouvernement, qui sont déjà légion à quatre mois de l'échéance électorale, et si oui, que faire pour rétablir l'équilibre pour les petits partis qui essaient tant bien que mal d'attirer l'attention publique ? Car tout le monde a beau sourire sur les photos, si l'actualité d'un ministre n'a pas assez de temps d'antenne, l'attaché de presse sera rapide à se plaindre auprès du rédacteur en chef. La semaine dernière, Paul Konsbruck était confiant qu'il allait savoir convaincre les partis du bienfondé de sa proposition de libéralisation.

Publicités sur Facebook

« Postez vos plus beaux sourires »

Bernard Thomas

La part occupée par Facebook sur le marché publicitaire luxembourgeois reste une inconnue. À lire l'*Ad'Report*, une étude publiée annuellement par les principales régies (Editpress, IP Luxembourg, Maison moderne, JC Decaux, etc.), on se croirait dans un univers parallèle où les réseaux sociaux et Google n'ont jamais été inventés. On y lit que les « investissements publicitaires bruts » représentaient 155,5 millions d'euros en 2017. Soit une très légère augmentation de 0,3 million d'euros (0,21 pour cent) par rapport à l'année précédente. Or, l'étude recense uniquement les supports autochtones : quotidiens, hebdomadaires, périodiques, radios, télé – et leurs versions en ligne –, ainsi que les affichages et les spots cinéma.

Les budgets prévus par les firmes luxembourgeoises pour des annonces sur Google, Facebook, Twitter ou Instagram sont pudiquement passés sous silence. Faute de données disponibles, nous expliquons-t-on. (Ironie de la situation : alors que les Gafa collectent furieusement les données de leurs utilisateurs, elles sont extrêmement réticentes à divulguer les leurs.) Les régies publicitaires, commanditaires de cette enquête purement déclarative, n'ont pas vraiment intérêt à trop valoriser les concurrents états-unis. En 2017, Facebook a ainsi déclaré quarante milliards de dollars de recettes issues de la publicité. Ce qui équivaut à vingt pour cent des investissements, loin devant la radio (26 pour cent), RTL-Télé (14) et Internet (13). Mais même dans cette enquête

Cette lacune dans la méthodologie d'*Ad'Report* explique que la croissance du marché luxembourgeois semble étrangement atone. Et que le papier continue de concentrer 67,5 pour cent des investissements, loin devant la radio (26 pour cent), RTL-Télé (14) et Internet (13). Mais même dans cette enquête

« Créer des publicités attrayantes qui semblent faire partie de la trame sociale d'une personne. » Facebook

lacunaire, la tendance est difficile à nier : entre 2016 et 2017, les budgets pour les annonces sur Internet ont doublé, alors que les journaux assistent à une érosion, même si celle-ci semble très lente. Ces statistiques sont à consommer avec beaucoup de précautions. Ainsi, *Ad'Report* ne prend en compte que les investissements « bruts », alors qu'en réalité, les grands titres accordent des remises qui peuvent être très conséquentes.

Avec trois quarts des Luxembourgeois inscrits, la firme de Mark Zuckerberg est devenue incontournable pour les annonceurs. (Twitter, par contre, n'a jamais vraiment réussi sa percée au Luxembourg – où seulement seize pour cent des résidents l'utilisent –, du moins pas au-delà du microcosme des soi-disant « influenceurs » ; les politiciens, journalistes, blogueurs, chercheurs.) Parmi les entreprises avec une présence sur Facebook particulièrement développée, on trouve Luxair, dont la page compte quelque 70 000 abonnés. Elle est alimentée par un flux continu de jeux-concours et autres « contenus ludiques, originaux, conversationnels et engageants ». La compagnie aérienne invite ainsi ses « fans [...] à poster leurs plus beaux sou-

rires ». D'autres passagers publient spontanément des clichés de couchers de soleil pris à travers les lucarnes de l'avion. L'idée serait de « créer de l'engagement », expliquait en 2014 le responsable de l'agence en charge de la page.

Sur Facebook, on retrouve également les pâtisseries Fischer et Oberweis (quelque 13 000 abonnés) ainsi que Namur (un petit millier d'abonnés). Alors qu'Oberweis et Namur postent des photos de macarons ou de salades de quinoa (« detox ») ainsi que des annonces d'emploi, Fischer tente de s'inventer une communauté. La chaîne de boulangerie publie des vidéos de la tennismen Mandy Minella faisant la promotion de « son » sandwich (« une bonne alimentation pour réussir le challenge ») ou encore des photos d'ateliers de cuisine destinés aux enfants.

En dé-prioritisant les pages médias et entreprises au profit des publications d'« amis », le changement d'algorithme annoncé en début d'année par Facebook a saboté ces efforts. Les firmes sont devenues quasi-invisibles dans le fil d'actualité, à moins que l'utilisateur « interagisse » régulièrement avec elles, en en partageant, « aimant » ou commentant les publications. Alors que Mark Zuckerberg justifiait cette politique par une volonté de promouvoir des « meaningful social interactions », on peut également y voir une stratégie pour forcer les firmes à passer à la caisse. Car pour redevenir visible, il leur faudra acheter de l'espace publicitaire.

Un des moyens les plus efficaces sont les vidéos, de préférence sous-titrées ; car de nombreux utilisateurs consultent Facebook durant les heures de travail, c'est-à-dire dans des contextes où il vaut mieux éteindre le son. Si certaines firmes ont recours à des agences pour gérer leur page, la plupart s'en oc-

cupent en interne. Et ceci d'autant plus facilement que les codes sont peu compliqués à maîtriser et ne nécessitent aucune expertise en graphisme ou en mise en page. Le truc, c'est de faire passer son annonce pour du contenu organique et brouiller ainsi les limites entre publicité commerciale et publication privée. Car, comme le recommande Facebook, il faut « créer des publicités attrayantes qui semblent faire partie de la trame sociale d'une personne ».

Il n'est pas évident de mesurer l'efficacité de ces publicités souvent aperçues durant un quart de seconde seulement. D'autant plus que le Luxembourg est un marché trop exigu pour justifier des études de notoriété avant et après chaque campagne d'envergure ; une telle recherche coûtant plus que l'ensemble du budget publicitaire. Facebook promet aux annonceurs de « suivre les performances des publicités en temps réel ». Or quelle est la valeur d'une vue ou d'un clic ? Combien de « likes » sont effectivement convertis en ventes ?

La responsable d'une agence de communication évoque le ciblage comme un « énorme avantage » : Facebook offre quatre critères : la géolocalisation, l'âge, le sexe et les centres d'intérêts (selon les pages « likées »). Elle évoque une campagne pour de la nourriture d'animaux, lors de laquelle son agence a pu cibler les femmes de plus de quarante ans habitant Esch-sur-Alzette et aimant les chats.

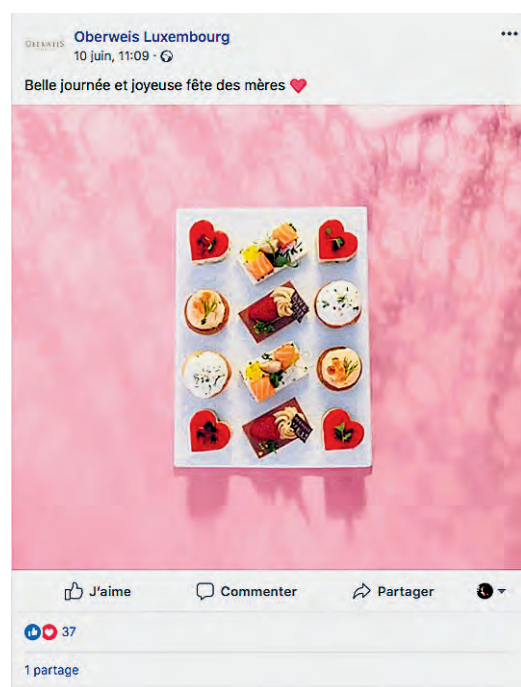
Mais pour les annonceurs luxembourgeois, Facebook comporte un grand défaut : le réseau social ne prévoit en effet pas de paramétrage en luxembourgeois. Si une firme peut donc cibler son auditoire selon une myriade de critères, il lui est impossible de s'adresser aux seuls luxembourgeois. Aux utilisateurs résidant au Grand-Duché, Facebook

suggère de sélectionner entre l'allemand, le français, le portugais et l'anglais. Or, pour le « community management » – la modération/censure des commentaires –, le luxembourgeois joue un rôle central et les annonceurs tirent beaucoup sur la corde nationale, voire nationaliste.

Les médias traditionnels permettent, quant à eux, un ciblage socio-linguistique relativement poussé, puisqu'entre frontaliers, expats franco- et anglophones, immigrés lusophones et résidents luxembourgeois, la presse est hyper-segmentée. Au point où un espace public partagé fait défaut. Le triomphe de Facebook, qui agit comme caisse de résonance des communautarismes et des préjugés, n'arrangera pas les choses.

La discussion autour des « fake news » provoquée par le scandale Cambridge Analytica n'a pas épargné le monde de la publicité. Elle s'y mène sous le terme de la « brand safety ». Les premiers à s'être retirés de Facebook ont été les marques « premium », par peur que leur image ne soit écornée par un « environnement éditorial » clivant, violent, voire haineux. Les seules publicités qu'on trouve aujourd'hui dans les grands titres internationaux comme *Le Monde* ou le *New York Times*, proviennent de marques de luxe à la recherche d'un environnement serein et respectable, comme une manière de se distinguer.

Quant aux bourses en ligne sur lesquelles un annonceur peut acheter les inventaires détaillés de milliers d'internautes – collectés via « cookies » et « trackers » –, elles ont connu un crash suite à l'introduction du Règlement général sur la protection des données (RGPD). Sur ce marché, l'insécurité règne. Les annonceurs ayant du mal à situer la nouvelle ligne qui démarque le légal de l'illégal.



Im Jahr 2020 soll die neue Mobilfunknorm 5G starten

Alle mit allem und jedem vernetzt

Peter Feist

Auf der Homepage von 5G PPP steht ganz oben eine animierte Grafik. Zu lesen ist in dem vorbeiziehenden Bild „billion“, „trillion“ und „x 1 000“ neben einem roten Pfeil, der nach oben zeigt. Offenbar geht es bei dem „5G Infrastructure Public-Private Partnership“ um etwas Großes, aber auch um etwas, das allen zugute komme: Das nächste Bild zeigt eine stilisierte Stadt, in der alles und jeder mit allem und jedem vernetzt ist. Lediglich aus Kinderwagen und übers Trottoir spazierenden Hunden ragt keine Verbindung nach oben in eine „Cloud“.

5G kündigt sich als der Mobilfunkstandard der nächsten, der fünften Generation an. Ganz einleuchtend ist die Zählweise nicht, da erst die dritte Generation als 3G breit bekannt wurde. Sie machte UMTS, das Universal Mobile Telecommunications System, zur Norm. UMTS erlaubte wesentlich schnellere Internetverbindungen als GRPS und Edge, die Weiterentwicklungen des 1992 eingeführten GSM-Standards waren. Ihn nannten vor allem Fachleute 2G. Dagegen gab es in der Gründerzeit des Mobilfunks keine international verbindlichen Standards: Die Übertragung erfolgte analog, und jeder half sich selbst oder nutzte Entwicklungen anderer Länder mit. In Luxemburg zum Beispiel war die auch in Deutschland übliche Technologie in Gebrauch.

Gegenwärtig ist 4G Stand der Technik, die 2015 eingeführte LTE-Norm (Long Term Evolution). In der Praxis aber werden die diversen Übertragungstechnologien seit GSM parallel betrieben. „Je nach Verfügbarkeit telefonieren wir heute bald in 2G, 3G oder 4G und gehen so auch mobil ins Internet“, sagt Cliff Consbruck, Direktor von Post Telecom. „Unser 4G-Netz bauen wir noch aus und erweitern es auf 4G plus. Und schon ist die Rede von 5G.“



Derzeit handelsübliche Smartphones kommen mit 2G bis 4G klar. Wer 5G nutzen will, muss neu kaufen

Der Eindruck, der Telekom-Sparte der Post-Gruppe sei die Entwicklung nicht recht geheuer, ist nicht ganz falsch: 5G ist eine Herausforderung für alle Telekom-Operateure. „Unsere Investitionszyklen werden immer kürzer“, fährt Cliff Consbruck fort. 50 bis 100 Millionen Euro werde Post Telecom in 5G investieren. „Wie schnell sich das bezahlt machen wird, kann ich noch nicht sagen. Unser Business Case steht noch nicht fest“, räumt der Telecom-Chef ein. Dennoch habe bei der Post-Gruppe nie infrage gestanden, in 5G zu investieren. „Abzuwarten, was die anderen tun, war keine Option. Wir haben uns nicht mal diese Frage gestellt“, betont Cliff Consbruck.

Verglichen mit 4G soll der neue Standard nicht nur schneller, sondern auch zuverlässiger sein. „Wenn Festnetzverbindungen immer mehr auf Glasfaser basieren, soll 5G so etwas sein wie *fibre in the air*“, erklärt Latif Ladid, Forschungsprogramm-Koordinator am Zentrum für IT-Sicherheit (SNT) der Universität Luxemburg. 60 bis 70 Megabit pro Sekunde kann die Datenrate im 4G-Verfahren erreichen, bis zu 200 Megabit mit 4G plus. 5G soll mindestens ein Gigabit pro Sekunde erlauben, womöglich sogar das Zwanzigfache.

Auch die so genannte Latenzzeit – die Verzögerung zwischen Befehl und Reaktion – soll mit 5G drastisch sinken. Mit 4G plus sind 40 Millisekunden kaum zu unterbieten, mit 5G soll eine Millisekun-

Als wirtschafts-politisches Projekt der EU zielt 5G auf das „Internet der Dinge“ ab. Die traditionellen Geschäftsmodelle der Telekom-Operateure geraten dabei durcheinander

de möglich sein. Außerdem soll die geringe Verzögerung selbst dann garantiert sein, wenn Milliarden Geräte vernetzt wären.

Fragt sich nur, wer so ein leistungsstarkes Mobilfunknetz für welche Anwendungen braucht und bereit sein wird, dafür zu bezahlen. Der durchschnittliche Smartphone-Nutzer brauche es wahrscheinlich „nicht unbedingt“, meint Latif Ladid. „Aber schon heute macht die Übertragung von Videos rund die Hälfte des Datenverkehrs im Internet aus.“ 5G werde es erlauben, die Video-Übertragung „ins Extrem zu treiben“ und eine Streaming-Qualität hoch aufgelöster Filme zu bieten, wie man sie von großen Bildschirmen kennt. „Gut möglich, dass die meisten Leute in ein paar Jahren

World Radio Conference ein Frequenzspektrum für 5G festlegt. Geht 5G online, soll es einer „Gigabit-Gesellschaft“ im digitalen EU-Binnenmarkt zum Entstehen verhelfen, in der „neue Geschäftsmodelle“ ermöglicht würden, heißt es im Aktionsplan *5G for Europe*, den die EU-Kommission im September 2016 herausgab. Darin wird geschätzt, dass der weltweite Markt für 5G-basierte Technologien schon im Jahr 2025 hundert bis 225 Milliarden Euro schwer sein könnte.

Und so installiert jeder Telekom-Operateur 5G. Die anderen tun es ja auch. Wenngleich das aufwändig ist: Für den neuen Standard, der bisher nicht genutzte Frequenzbänder im höheren Gigahertz-Bereich nutzen soll – Genauerer entscheidet die World Radio Conference nächstes Jahr –, sind gegenüber heute „doppelt so viele Antennen nötig“, erläutert Cliff Consbruck. Im Moment fänden unter den Luxemburger Operateuren Gespräche statt, eine Art Rückgrat-Infrastruktur für 5G gemeinsam zu betreiben und dadurch Investitionskosten zu sparen. „Entschieden ist das aber noch nicht.“

Auf jeden Fall aber ist 5G für Luxemburg ein Standortfaktor. Die „Gigabit-Gesellschaft“, die 5G hervorbringen helfen soll, ist natürlich nur eine andere modische Bezeichnung für die mit der „dritten Industriellen Revolution“ nach Jeremy Rifkin zu erwartende „smarte“ Zukunft. Die Abdeckung mit Glasfaser-Internet ist in Luxemburg mit 62 Prozent der Haushalte zurzeit die EU-weit zweithöchste nach den Niederlanden. Bis 2022 soll sie 85 Prozent erreichen. Außerdem verfügt das Großherzogtum bereits jetzt über die EU-weit höchste Dichte an besonders sicheren Tier-IV-Datenzentren. „5G ist der nächste Baustein für eine Dateninfrastruktur höchster Güte“, erklärt der Post-Telecom-Direktor.

Was nichts daran ändert, dass 5G für alle Telekom-Operateure eine kommerzielle Herausforderung ist, solange die Zukunftstechnologien, die den neuen Standard nutzen – und dafür zahlen – sollen, noch im Entstehen sind. Drei große Nutzungsfälle für 5G werden im Moment genannt (siehe Grafik): Einerseits mobile Verbindungen mit sehr hoher Bandbreite, zum zweiten die in ihrer „Mission“ kritische Kommunikation von Maschinen – selbstfahrende Autos etwa, die untereinander, aber auch mit einer Infrastruktur an Straßen oder in Tunnel in Verbindung stehen. Unter das dritte Szenario „massive Maschinen-Kommunikation“ fallen zum Beispiel Fabriken, die nicht nur lokal sensorgestützt produzieren, sondern auch mit Zulieferern vernetzt wären.

Womöglich aber werden die Telekom-Operateure nach der Inbetriebnahme von 5G zumindest



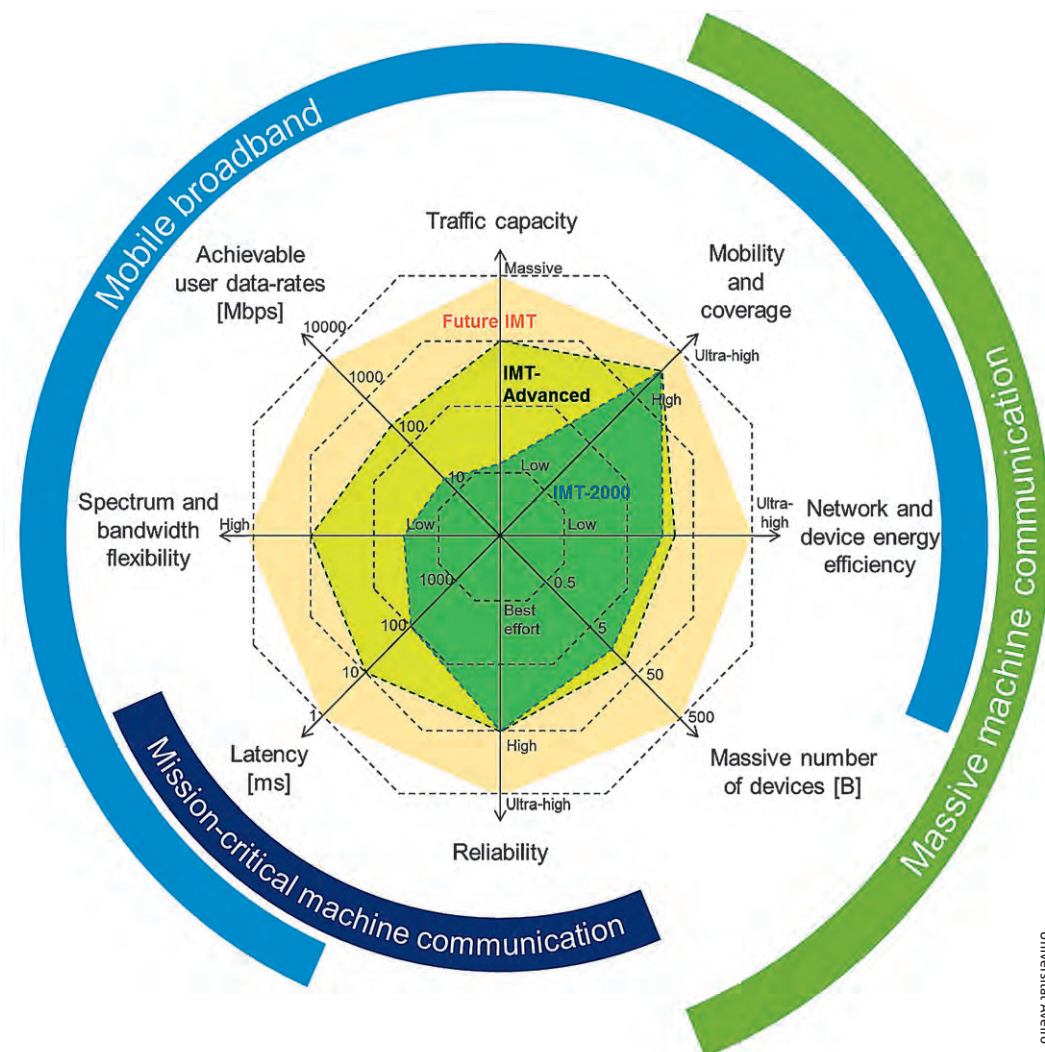
Mit Autotelefonen verständigten die Leute sich analog. Der erste Digitalstandard GSM kam 1992 auf

eine Zeitlang nicht viel daran verdienen: Auch fünf Jahre später dürften sie 80 bis 90 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Verkauf von Übertragungskapazität im Bereich Breitband realisieren, wo 5G nicht unbedingt nötig ist, schätzt die Boston Consulting Group in einer Studie. „Der Markt für das Internet der Dinge wächst zwar rasch, aber Verbindungen sind nur ein kleiner Teil davon und die Datenmengen zurzeit noch nicht so hoch, dass in jedem Fall 5G nötig wäre“, sagt Heinz Thorsten Bernold, Associate Director der in Zürich ansässigen Beratungsfirma. „Weil

ultrahohe Bandbreiten und sehr tiefe Latenzen hohe Investitionen erfordern, sind sie schwierig zu finanzieren, falls die Breitband-Umsätze stagnieren“. Andererseits sei eine gute Telekom-Infrastruktur sozio-ökonomisch von hohem Wert. Wolle man vermeiden, dass 5G nicht rasch genug oder nur in ausgewählten Gegenden installiert wird, müssten Staaten und Telekom-Regulierer zusammenwirken. Die Operateure wiederum müssten sich darauf gefasst machen, dass ihre traditionellen Geschäftsmodelle ins Wanken geraten: Im Zeitalter des Internet der Dinge werden hochwertige Verbindungskapazitäten zur Massenware. Wer Wert schöpfen will, muss das an anderer Stelle tun.

Bei Post Telecom scheint schon festzustehen, dass 5G schrittweise aufgebaut wird: „Das wird ein Overlay-Netz, das wir in Hotspots über 4G legen“, erklärt Cliff Consbruck. Post Telecom werde ihr 5G zunächst im Zentrum der Hauptstadt sowie entlang der Saartautobahn ab Hellange Richtung Schengen installieren: Dort entsteht das mit Deutschland und Frankreich vereinbarte gemeinsame „Testbed“ für selbstfahrende Autos im grenzüberschreitenden Betrieb. Ermittelt werden soll zum Beispiel, wie sich 5G-Netze so aufeinander abstimmen lassen, dass beim Übergang aus etwa einem luxemburgischen in ein deutsches Netz die Verbindung nicht abreißt: „In 4G-Netzen kann sie ein paar Sekunden bis zu eine Minute lang unterbrochen sein“, erläutert Cliff Consbruck. „Für selbstfahrende Autos muss man das natürlich vermeiden.“

Dass 5G die Geschäftsmodelle der Operateure in Frage stellen werde, sagt der Telekom-Chef der Post so nicht. Doch dass es „zumindest zu Beginn vor allem Business-to-Business“ genutzt werden dürfte, davon geht Cliff Consbruck aus, und er sieht Post Telecom, gerade auch mit ihren Datenzentren, als „Dienstleister nicht nur in Luxemburg, sondern auch in der Großregion“. Dass es nicht ganz einfach ist, Angebote, die mehr Bandbreite benötigen, für Smartphone-Nutzer zu machen, zeigt ein Beispiel aus Japan: Dort wurde unlängst ein Dienst vorgestellt, in dem mehrere Personen ohne Zeitverzögerung miteinander Karaoke singen können.



Die drei großen Einsatzgebiete von 5G, die sich aus den Vorzügen der Technologie ergeben

Verwaltungen sollen transparenter werden. Klappt das auch?

Ines Kurschat

Es ist soweit. Nur der Abschlussbericht der DP-Abgeordneten und Berichterstatterin Simone Beissel soll Montag noch vom parlamentarischen Medienausschuss gutgeheißen werden, bevor das Transparenzgesetz verabschiedet werden kann. Seit Frühling 2016 hatten die Deputierten unter Leitung von Präsidentin Beissel den zehnteiligen Text diskutiert. Er regelt den Zugang zu öffentlichen Informationen: Künftig sollen staatliche und kommunale Verwaltungen und Einrichtungen (mit dabei: Parlament, Staatsrat, Berufskammern) Dokumente von sich aus und aktiv online zugänglich machen. Daneben erhalten Bürger das Recht, Verwaltungsinformationen anzufordern. Beamte müssen binnen einem, maximal zwei Monaten antworten. Lehnen sie ein Informationersuchen ab, müssen sie es begründen, der Antragsteller kann daraufhin vor einer Kommission Einspruch erheben respektive vors Verwaltungsgericht ziehen. Die Mitglieder der Kommission werden vom Grand-Duc auf Vorschlag des Staatsministers ernannt.

17 Jahre Anlaufzeit

Mit dem Transparenzgesetz wird ein politisches Versprechen eingelöst, das der damalige Staatsminister Jean-Claude Juncker vor rund 15 Jahren gegeben, aber nie umgesetzt hatte. Luxemburg ist eines der letzten Länder in der EU, das den Zugang zu öffentlichen Informationen noch immer nicht geregelt hat. Die deutschen Nachbarn verfügen seit 2005 über ein Informationsfreiheitsgesetz, Belgien seit 1998 und in Frankreich können Bürgerinnen und Bürger sogar seit 1978 bei ihren Verwaltungen Informationen beantragen, die sie betreffen. Dass es so lange gedauert hat, bis der Zugang Wirklichkeit wird – ein Bürgerrecht, das der Europarat in Straßburg 2009 in einer gemeinsamen Willenserklärung festgehalten hatte –, liegt in erster Linie am mangelnden politischen Willen der Christlich-Sozialen. Der LSAP-Abgeordnete und Jurist Alex Bodry hatte 2000 einen eigenen Entwurf für eine transparentere Verwaltung eingebracht, die damals bei der schwarz-blauen Mehrheit keine Resonanz fand. Bei Vorgesprächen mit dem Presserat zu einem ersten Regierungsentwurf im Jahr 2005 wurde deutlich, dass Jean-Claude Juncker (CSV) es sich mit den Beamten nicht verscherzen wollte; der größte Widerstand kam von den Verwaltungen selbst: Dass sie vom Bürger bezahlt werden und dieser ein Beschwerderecht bekommen sollte, war damals undenkbar. Das zeigte sich auch beim Streit über den Ombudsmann. Beamte konnten sich lange nicht vorstellen, einer externen Stelle gegenüber Rechenschaft abzulegen.

Ombudsperson als Türöffner

Inzwischen ist mit Claudia Monti die dritte Generation von Ombudsmännern respektive -frauen im Amt, die Beschwerdestelle hat sich bewährt und ist zur festen Größe im Institutionengefüge herangewachsen. Vieles im Kontakt zwischen Bürger und Verwaltungen hat sich verbessert, es existieren Prozeduren, wie zu verfahren ist, wenn sich jemand von einem Amt falsch behandelt fühlt. Dazu trug bei, dass mit dem Juristen und Ex-Justizminister Marc Fischbach eine Person das Amt übernahm, der als ehemaliger Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg die nötige Autorität mitbrachte.

Unter Fischbachs Nachfolgerin Lydie Err begannen Vorarbeiten für einen Verhaltenskodex, dem der DP-LSAP-Grüne-Regierungsrat im Januar vergangenen Jahres grünes Licht gab. Nachzulesen ist er im Tätigkeitsbericht der Ombudsfrau vom Jahr 2017 (www.ombudsman.lu). Der Kodex sieht Verhaltensregeln für Ämter im Umgang mit Bürgern vor, unter anderem das Recht auf einen leichten Zugang, auf zügige Bearbeitung, auf Angaben zur geschätzten Verfahrensdauer und auf Beratung, sollten beispielsweise weitere Dokumente und Folgeanträge nötig sein. Verwaltungen sind gehalten, so zu informieren, dass die Antworten auch für Menschen nachvollziehbar sind, die nicht gewohnt sind, juristische Texte zu lesen oder sich nicht in einer der Amtssprachen daheim fühlen. „Das ist in einem mehrsprachigen Land wie Luxemburg wichtig“, betont Monti. Es seien die Schwächeren der Gesellschaft, die sich schon jetzt mit Ämtergängen schwerer täten, sei es aus Unkenntnis über ihre Rechte, aus Scheu vor einem oft distanziert und übermächtig wirkenden Verwaltungsapparat oder weil sie den Weg dorthin aufgrund von Krankheit nicht finden.

Die Leitlinien, denen die DP-LSAP-Grüne-Regierung im Januar vergangenen Jahres grünes Licht gab, sehen Verhaltensregeln für die Ämter im Umgang mit den Bürgern vor

Ein knapper Verweis auf den Artikel eines bestimmten Gesetzes, um einen Antrag abzulehnen, ohne Erläuterung, genügt nicht. „Es ist nicht einfach, für jedermann verständlich zu schreiben. Oft handelt es sich um technische Sachverhalte. Das merke ich selbst“, so Claudia Monti im Gespräch mit dem *Land*. Trotzdem sollten Ämter verständliche Formulierungen wählen. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfiehlt die Ombudsfrau einen schriftlichen Zusatz, der besagt, dass Grundlage stets das jeweilige Gesetz ist. Auch ein Gespräch kann helfen, Missverständnissen vorzubeugen.

Verhaltenskodex für Verwaltungen

Gespräche zwischen Ämtern und Antragstellern sind im respektvollen Ton zu führen. Dass das nicht immer selbstverständlich ist, lässt sich aus den Tätigkeitsberichten der Ombudsperson zwischen den Zeilen herauslesen. Bürgern erscheinen Verwaltungen oft abstrakt und distanziert, dabei arbeiten dort Menschen – mit Stärken und Schwächen. „Respekt ist keine Einbahnstraße. Bei Konflikten versuche ich

zunächst, die Hintergründe beider Seiten zu verstehen“, beschreibt Monti ihre Vorgehensweise. Manche Verwaltungen sind seit Jahren unterbesetzt, das Personal arbeitet unter Hochdruck und kommt doch nicht mit dem Abtragen der Aktenberge nach. Beim Fonds du Logement beispielsweise sind die Wartelisten lang, oder bei der Justiz. Dort hat sich die Verfahrensdauer in vielen Rechtssachen zwar deutlich verbessert, aber ein Engpass an Richtern besteht weiterhin. „Justizminister Félix Braz hat versprochen, mehr Richter einzustellen“, berichtet Monti erfreut.

Mitunter sind die Prozeduren so aufwändig und kompliziert, wie beim Asylverfahren, dass verantwortliche Stellen beim besten Willen nicht schneller machen können. Der Tätigkeitsbericht der Ombudsfrau weist jedes Jahr die Vermittlungsquote pro Ministerium und Amt aus; in der Regel liegt sie um die 80 bis 90 Prozent. Fällt sie niedriger aus, heißt das nicht, dass eine Verwaltung nicht ordentlich arbeitet oder unwillig ist. Es kann sein, dass schlicht Übergangsbestimmungen zu einem Gesetz oder einer Verwaltungsvorschrift fehlen und

deshalb Anträge nicht positiv beantwortet werden. „In anderen Fällen verweise ich in meinem Anschreiben auf den Verhaltenskodex“, so Monti, die einen Kurs für das Verwaltungsinstitut vorbereitet, um Beamten die Leitlinien nahezubringen.

Möglicherweise tourt die Ombudsperson demnächst wieder über Land: Denn obwohl der Kontakt zu den meisten Gemeindeverwaltungen gut ist, klemmt die Kommunikation bei „vier bis fünf Gemeinden“, so Monti, ohne diese namentlich zu nennen. Im Konfliktfall setzt sie auf das direkte Gespräch: „So lassen sich Missverständnisse am besten aufklären“. Oft habe sie Erklärungen bekommen und selbst erst verstanden, warum Abläufe auf eine bestimmte Weise organisiert, oder eine Vorschrift nach bestimmter Lesart interpretiert werden. Bisher sei noch keines ihrer Gesprächersuchen abgelehnt worden.

Datenschutz versus Transparenz

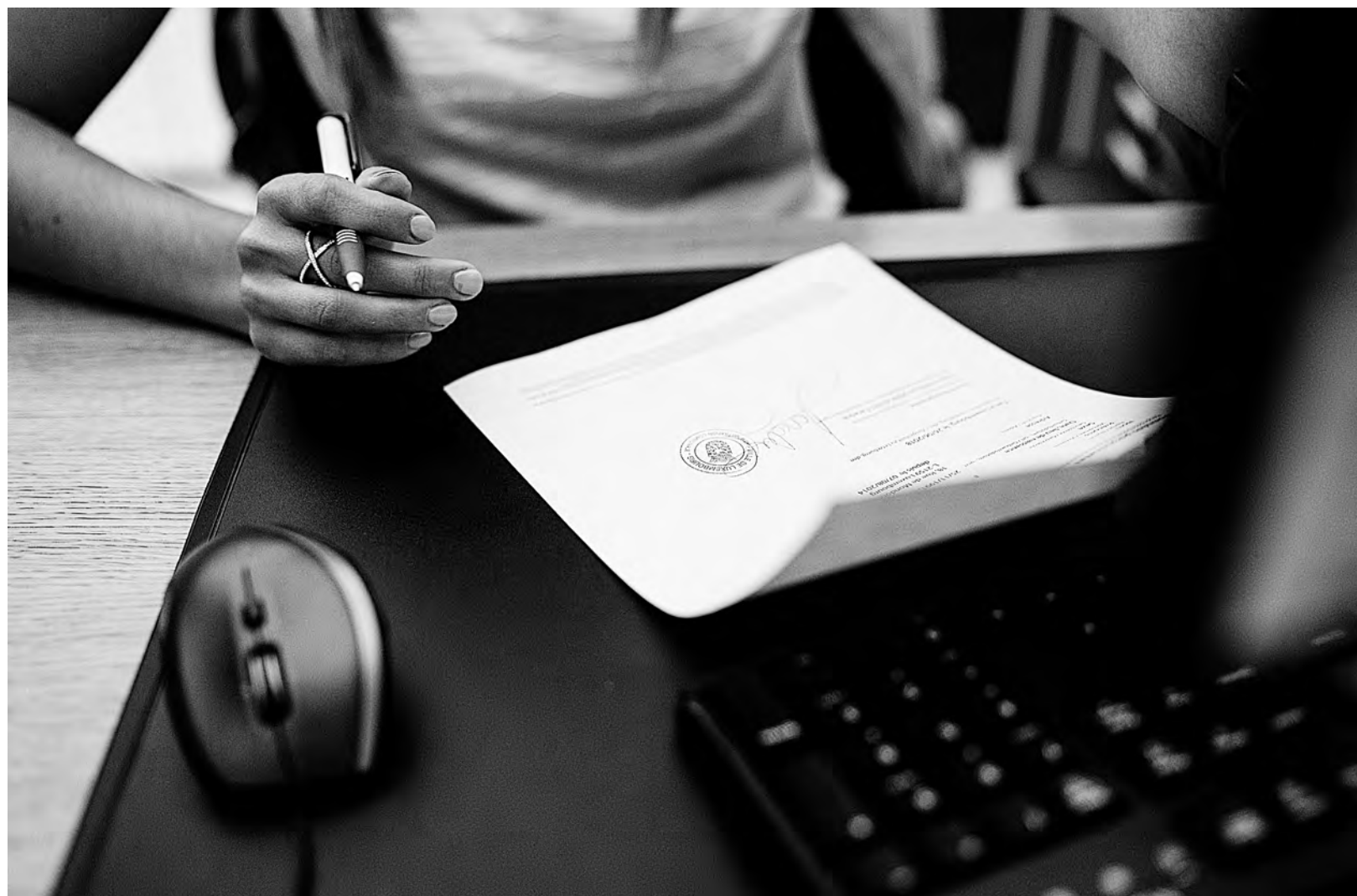
Dass Interpretationen von Vorschriften und Gesetzen mitunter weit auseinanderliegen, zeigt sich bei der Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung. Sie stärkt den Schutz personenbezogener Daten und wird den Zugang zu Verwaltungsinformationen beeinflussen, wenn nicht sogar ihm im Wege stehen. Jedenfalls warnt die nationale Datenschutzkommission in ihrem Gutachten zum Transparenzgesetz vor Kollisionen beim Abwägen zwischen dem Schutz persönlicher Daten sowie der Privatsphäre einerseits und dem Recht auf Information andererseits.

Dass Bürger und Bürgerinnen künftig das Recht haben, Informationen zu beantragen, heißt noch lange nicht, dass er oder sie sie auch bekommen: Das Gesetz sieht zahlreiche Ausnahmebestimmungen vor, die so vage formuliert sind, dass ihre Bedeutung wohl erst vor Gericht geklärt werden muss, etwa wenn es um Betriebsgeheimnisse geht oder um sicherheitsrelevante Dokumente. Das hat auch der Staatsrat in seinem Gutachten kritisch angemerkt. Zur Veröffentlichung bestimmt sind zudem nur fertiggestellte Dokumente; vorbereitende Studien oder andere Informationen, die politische Prozesse dokumentieren, sind von der Veröffentlichung ausgenommen. So weit wie etwa das Transparenzgesetz in Hamburg geht der Text von Medienminister Xavier Bettel (DP) trotz automatischer digitaler Veröffentlichung von Verwaltungsdokumenten im Rahmen des Open Data nicht.

Aus Sorge, nicht mit der Grundverordnung konform zu sein, die ab dem 25. Mai in Kraft getreten ist, die bislang aber noch nicht in nationales Recht umgesetzt ist, handeln manche überstürzt: So kursieren in Gemeindeverwaltungen interne Anweisungen, Informationen sollten für Medien nur begrenzt zugänglich sein; obwohl die Datenschutz-Grundverordnung ausdrücklich ein sogenanntes Medienprivileg vorsieht. Das allerdings muss noch vom Gesetzgeber schriftlich festgelegt werden. Auch die Justiz schränkte am Tag vor dem Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung unter Berufung auf die strengeren Datenschutzbestimmungen prompt den Zugang zu Informationen zu laufenden Gerichtsverhandlungen für die Presse ein. Erst als Gerichtsreporter sich beschwerten, weil sie ihre Berichterstattung über – öffentliche – Gerichtsverfahren beeinträchtigt sahen, und sich Presserat und Generalstaatsanwaltschaft zusammensetzten, konnte der Konflikt gelöst werden.

Auch Claudia Monti sieht das Transparenzgesetz vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Verordnung in nationales Recht mit gemischten Gefühlen: „Wir können nicht alle Daten, die wir von Ministerien in einer Angelegenheit erhalten, herausgeben. Denn wir müssen sorgfältig prüfen, ob wir keine Privatsphäre verletzen.“ Eben dieser Abwägungsprozess könnte einiges Kopfzerbrechen bereiten: Die Grundverordnung ist neu, viele Verwaltungen haben nicht viel Übung darin, um rechtlich sicher einzuschätzen, welche Daten bedenkenlos zugänglich gemacht werden können, welche in anonymisierter Form und welche nicht. Nicht, dass die Absicht des Gesetzgebers, öffentliche Einrichtungen zu mehr Transparenz zu verpflichten, durch den Datenschutzvorbehalt ausgehebelt wird.

Die Autorin ist Präsidentin des Presserats



Der Zugang zu öffentlichen Informationen ist ein Recht, hier das hauptstädtische Biegercenter

Aller Anfang ist schwer



Danièle Fonck (rechts) und Alvin Sold (Foto rechts, Bildmitte) beim Einstand des Pressrats 2012



Jean-Lou Siweck übernimmt die Editpress-Leitung von Danièle Fonck

Trümmerfeld

Michèle Sinner

Wer vor rund 15 Jahren die Grabenkämpfe um die Besetzung des Presserats, um die Einflussnahme auf den Inhalt des Pressegesetzes und die Spaltung der Journalistengewerkschaft ALJ miterlebte, hätte dies kaum für möglich gehalten. Am vergangenen Donnerstag wurde Danièle Fonck, ehemalige *Tageblatt*-Chefredakteurin und Editpress-Generaldirektorin, mit einer „sympathischen Feierstunde“ in den Ruhestand verabschiedet, wie es im *Tageblatt* hieß. Auf der Bilderstrecke der Feier war Jean-Lou Siweck zu sehen, der eine kurze Ansprache für seine Amtsvorgängerin hielt. Siweck, der noch vor einem Jahr Chefredakteur beim *Luxemburger Wort* war und nach einer kurzen Abkühlungsperiode im Staatsministerium nun die Seiten gewechselt hat.

Ein solcher Wandel – nicht der vom Beamtenstatut in den Journalistenstand, sondern der vom Bistums- zum Gewerkschaftsverlag – wäre noch vor ein paar Jahren völlig undenkbar gewesen. Ein Wechsel über diese Fronten hinweg war ein Schritt, den lediglich überzeugungs- und rückgratlose Wirtschaftsredakteure vollzogen, die mit ihren Beiträgen Werbekunden im Handel gewinnen und einen Rahmen für die lukrativen Nettoinventarwertberechnungen der Investmentfonds schreiben sollten. Für sie galt auf beiden Seiten eine weitreichende Ausnahmeregelung von der auf den Innen- und Außenpolitikseiten gültigen Redaktionslinie. Zumindest bis der ehemalige CSV-Finanzminister und heutige Sankt-Paulus-Verwaltungsratspräsident Luc Frieden vor einem Jahr fand, die Berichterstattung der *Wort*-Wirtschaftsredaktion über die Panama-Papiere und die Luxleaks-Akten sei in einem für Geschäftsanwälte unerträglichen Maß von der katholischen Morallehre durchtränkt und Jean-Lou Siweck sich einen neuen Job suchte.

Das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, die Jean-Lou Siweck aber vor der Rentrée, wenn er sich in der Escher Kanalstraße eingearbeitet hat, nicht beantworten will. Zum Beispiel, welche Folgen sein Einzug in die Editpress-Chefetage auf die redaktionelle Linie im *Tageblatt* haben wird? Was er diesbezüglich mit den Editpress-Aktionären ausgehandelt hat? Ob sie akzeptieren würden, wenn auf den Lokalseiten das Protokoll der lokalen OGBL-Sektion irgendeiner Südgemeinde nicht mehr abgedruckt

würde? Beziehungsweise wenn die OGBL-linientreue Berichterstattung in der Innenpolitik angepasst würde? Oder ob er einen weiteren Jobwechsel riskiert, wenn er, wie er es dem *Land* nach seinem Amtsantritt beim *Wort* gesagt hatte, auch bei *Editpress* eine Professionalisierung herbeiführen will? Wie sich die Aufgabenteilung zwischen ihm und *Administrateur-Délégué* Alvin Sold gestaltet? Und letztlich die Frage, ob er in der Kanalstraße die Ressourcen vorfindet, personell und finanziell, um aus dem *Tageblatt*, der „Raison d'être“ von Editpress, wie er es in einem Interview mit seinem beigeordneten Chefredakteur Dhiraj Sabharwal Anfang Juni nannte, wieder eine lesenswerte Zeitung zu machen.

Lesenswert findet aber das *Tageblatt* nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung. In der TNS-Plurimedia-Umfrage fiel die ehemals zweitgrößte Tageszeitung im Land von einer Leserschaft von 16,4 Prozent der über 15-Jährigen 2006 auf weniger als die Hälfte, knapp acht Prozent 2017. Sicher haben auch andere Zeitungen in den vergangenen Jahren gelitten, weil sich die Leser angewöhnt haben, ihre Nachrichten gratis Online zu lesen. Doch das *Wort* erreicht immerhin noch 31,4 Prozent der Bevölkerung mit seinem Angebot, während mehr Leute *Paperjam* (10,3 Prozent) lesen als *Tageblatt*. Der Vergleich zwischen dem gratis verteilten Wirtschaftsmagazin und der Tageszeitung hinkt nur auf den ersten Blick. Denn Editpress bläht seit Jahren seine Auflage mit der Gratisverteilung seiner Zeitungen auf. Den Zahlen des belgischen Centre d'informations sur les médias (CIM) zufolge meldete das *Tageblatt* 2015 eine Auflage von 22 057 Zeitungen. Davon wurden aber nur 11 257 verkauft. Die Hälfte wurde gratis verteilt oder wieder eingestampft. Die Gratiszeitung aus dem eigenen Hause, die im Joint Venture mit dem Schweizer Medienkonzern Tamedia herausgegebene Penderzeitung *L'Essentiel* hat das *Tageblatt* in der TNS-Plurimedia-Studie längst überholt: 2017 gaben 25,1 Prozent der Bevölkerung an, die Gratiszeitung zu lesen. Auch sie kämpft mit dem Leserschwund; 2012 erreichte sie noch 30 Prozent der Zeitungsleser.

Dass das Flaggschiff *Tageblatt* Schlagseite hat, die Leser ihm den Rücken kehren, obwohl sich die Zeitung brüstet, die modernste in Europa zu sein, liegt nicht nur am strukturellen Wandel, den die Zeitungsbran-

che insgesamt durchmacht. Einen ersten herben Rückschlag in puncto Leserattraktivität erlitt das *Tageblatt* schon vor Jahren, als es aufhören musste, die Todesanzeigen aus dem *Wort* zu kopieren. Doch die Todesanzeigen sind ein Nachrichtenmarkt, der mehr noch als die Heirats- und Geburtenanzeigen besonders für die einheimische Bevölkerung wichtig ist und noch nicht ganz von Sozialmedien wie Facebook und Twitter übernommen wurde. Wo, außer im *Wort*, erfährt der Luxemburger, wer gestorben ist, wer die Kinder und Kindskinder sind, wem eine Beileidskarte geschickt, an welche gemeinnützige Organisation eine steuerlich absetzbare Überweisung gemacht werden muss?

Aber auch auf den redaktionellen Seiten hat das *Tageblatt* in den vergangenen Jahren inhaltlich abgebaut. Beim Geheimdienstskandal und in der Bombenleger-Affäre hatte sich die Redaktion genauso abhängen lassen, wie bei den Luxleaks-Akten und den Panama-Papieren. Die Berichterstattung über diese, das politische und wirtschaftliche Leben Luxemburgs bestimmenden Dossiers hinkte der Konkurrenz dermaßen hinterher, dass mitunter sogar verpasst wurde, die Nachrichten bei RTL zu hören, um zumindest halbwegs aktuell zu bleiben. Von eigener Recherche, von exklusiven Berichten konnte keine Rede sein.

Das hat an erster Stelle damit zu tun, dass Danièle Fonck ihr Luxemburger Medienhaus führte, als sei es an einem Pariser Boulevard angesiedelt, nicht in der Escher Kanalstraße. Das inhaltliche Angebot der von ihr geleiteten Zeitungen war über die Jahre zunehmend auf ihre persönlichen Interessen ausgerichtet. Zusammengefasst ergab sich daraus eine Mischung aus französischer Innenpolitik, internationalen diplomatischen Beziehungen und den Galakonzerten der Escher Musik- und Gesangsvereine – Letzteres ein persönliches Anliegen von Foncks Vorgänger Alvin Sold, dem deswegen auf den Seiten von *Le Jeudi* weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde. So blieb es zunehmend den Editpress-Produkten *Le Quotidien* und *L'Essentiel* überlassen, die nationale und die lokale Aktualität abzudecken, also den Inhalt zu bieten, der den Kauf einer Luxemburger Zeitung überhaupt rechtfertigen würde.

Tageblatt, *Le Jeudi*, *Le Quotidien*, *L'Essentiel*, *Revue* – die Vielfalt der Titel macht die Geschäftsführung von Editpress zu einer viel größeren Herausforderung als die der über die Jahre wieder auf das *Wort* reduzierten vergleichsweise einfachen Organisation im Sankt-Paulus-Verlag. Einfacher wird das alles nicht, weil sich die Redaktionen gegenseitig

Welche Folgen wird Jean-Lou Siwecks Einzug in die Editpress-Chefetage auf die redaktionelle Linie im *Tageblatt* haben?



Jean-Lou Siweck im *Luxemburger Wort*

nicht grün sind. Dass dem so ist, konnte man am Freitag zwischen des Zeilen des Abschiedsberichts für Fonck im *Tageblatt* lesen. Der war bezeichnenderweise nicht signiert, so als ob niemand dafür Verantwortung übernehmen wolle. Und ihm war zu entnehmen, dass ausschließlich feste und freie Mitarbeiter des *Le Jeudi*, ihrem persönlichen Lieblingsprojekt, ihr Festreden hielten.

In ihren 40 Jahren bei Editpress hatte sich die ehemalige Chefredakteurin im Zusammenspiel mit ihrem Mentor und Vorgänger, Alvin Sold, ein System an Abhängigkeiten und Seilschaften aufgebaut, über das ein neuer Chef schnell zu stolpern riskiert. Damit verknüpft sind auch strategische (Fehl-)entscheidungen. Ein Beispiel: Während Konkurrenzverlage daran tüftelten, ihr französisches, portugiesisches

oder gar englisches Angebot auszubauen, um auf die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung zu reagieren, konnte man *Tageblatt.lu* zeitweilig auf russisch aufrufen. Zwar gab es dafür wahrscheinlich eine begrenzte Leserschaft. Aber die Frau eines engen Fonck-Mitarbeiters konnte die Seite betreuen.

Dieses Willkür-System ist eine der Ursachen dafür, warum viele Mitarbeiter, die jung und voller Idealismus zur Gewerkschaftszeitung kamen, in den vergangenen Jahren wieder gingen. Beigeordnete Chefredakteure, die sich beruflich umorientierten, hatte das *Tageblatt* in den vergangenen Jahren einige. Die Mitarbeiter, die geblieben sind, haben sich in den vergangenen Monaten Sorgen um ihren Job gemacht. Sollte Jean-Lou Siweck der Mann sein, den die Aktionäre in die Kanalstraße schickten, um zu restrukturieren? Denn finanziell sieht es nicht gut aus beim Editpress-Konzern, wie der Blick in die Bilanzen verrät, wo die Geschäftsführung die Veröffentlichung der Gewinn- und Verlustrechnung beim Firmenregister systematisch unterlässt und aus „strategischen“ Ursachen keine Angaben zu den Firmenbeteiligungen macht. Der letzten beim Firmenregister verfügbaren Bilanz zufolge schloss Editpress das Geschäftsjahr 2016 mit einem Gewinn von 394 837 Euro ab. Die Konzernzentrale schiebt aber 1,8 Millionen Euro Verluste aus vergangenen Jahren vor sich her und einen Berg von 17,4 Millionen Euro Schulden. Lumedica, 50-prozentige Filiale und Herausgeberin von *Le Quotidien*, schleppt sieben Millionen Euro Verluste mit sich herum und hat 4,6 Millionen Euro Schulden. Sogar Edita, das *L'Essentiel*-Joint-Venture, hat 4,6 Millionen Euro Schulden. Würde Editpress in seiner Bilanz Angaben zu den Filialen machen, würde auffallen, dass sie durch die Beteiligungen an *L'Essentiel* und Eldorado mehr Dividenden kassiert hat, als an Gewinn übrig bleibt. Und die Millionen an Pressehilfe ebenfalls vollkommen aufgefressen werden.

„Il est permis d'affirmer raisonnablement qu'Editpress a de bonnes chances de réussir mieux que d'autres groupes luxembourgeois et étrangers la mutation de la pure maison de presse en une vraie maison pluri- et crossmédiás, publiant sur papier et sur web, sans négliger la radio et la vidéo“, schreibt Fonck im Management-Bericht 2016 angesichts der Zahlen realitätsfremd. Doch von einem radikalen Plan, einer Zusammenlegung der verschiedenen Redaktionen in eine, wie sie verschiedenen Mitarbeiter in den vergangenen Monaten befürchtet hatten, wurde *Land*-Informationen zufolge bei der Anlegerversammlung Abstand genommen.



Vorstellung des *L'Essentiel*, 2007

Geschäftsjahr 2016, Angaben in Euro	Beteiligung	Kapital	Umsatz ²	Ergebnis	kumuliertes Ergebnis	Schulden	Anteil Dividenden Editpress
Editpress (Herausgeber <i>Tageblatt</i> , <i>Le Jeudi</i>)		8 760 041	/	394 837	-1 887 385	17 461 570	
Espace Médias (Anzeigenregie)	100%	-4 892 919	/	-1 414 221	-4 071 322	7 318 179	
Polygraphic	100%	-1 867 008	/	-29 686	-2 531 424	2 532 883	
Comed (Werbeagentur)	100%	-756 356	/	112 296	-1 059 530	1 710 465	
Revue	80%	-637 931	/	131 701	-1 416 742	1 226 935	
Lux-Diffusion (Zeitungs- und Werbeblattverteilung)	50%	-80 551	/	70 910	-255 662	1 091 995	
Ebos (Callcenter)	50%	139 152	/	22 278	321	1 026 399	
Lumédia (Herausgeber <i>Le Quotidien</i>)	50%	-1 493 974	/	15 100	-7 013 075	4 686 963	
Edita (Herausgeber <i>L'Essentiel</i>)	50%	2 422 126	/	1 808 858	998 268	4 603 694	350 000
Luxradio-Eldorado	25%	1 898 133	2 888 260	771 406	134 377	1 319 606	180 000

² In den beim Handelsregister hinterlegten Bilanzen fehlt die Gewinn- und Verlustrechnung bei allen Editpress-Filialen und -Beteiligungen außer bei Luxradio-Eldorado, wo Editpress Minderheitsaktionär ist. In der Bilanz von Editpress heißt es zu den Finanzbeteiligungen: „Les informations sur les participations ont été omises car elles représentent un intérêt stratégique pour la société.“

Die größte und älteste Zeitung des Landes und ihre Eigentümer

Die Gegenwart unseres Volkes wiederum

Romain Hilgert

Als im September vergangenen Jahres gerade der zweite Chefredakteur des *Luxemburger Wort* binnen fünf Jahren gefeuert worden war, nach Marc Glesener nun Jean-Lou Siweck, drückten 68 Journalisten des Sankt-Paulus-Verlags in einer gemeinsamen Erklärung „ihr Unverständnis“ aus. Ein Teil von ihnen waren junge Journalisten, die im Glauben ins *Luxemburger Wort* gekommen waren, die Zeitung fördere eine „professionelle und unabhängige Arbeit“. Das war, wie die Vorgänge gerade zeigten, eine etwas naive Verkennung der Geschichte und gesellschaftlichen Rolle der mit Abstand ältesten und größten Zeitung im Land.

Die Zeitung, ihr Verlag und ihre Druckerei sind über verschiedene Beteiligungsgesellschaften im Besitz des Klerus. Seit ihren Anfängen vertritt sie die Interessen der katholischen Geistlichen, einer von den anderen sozialen Klassen und Schichten streng abgesonderten Gruppe, deren gesellschaftlicher Einfluss heute eher ideologisch als ökonomisch ist und deren Interessen die Zeitung als die Interessen der katholischen Kirche darstellt. Von den 14 Verwaltungsratspräsidenten des 1887 gegründeten Sankt-Paulus-Verlag waren neun Geistliche, von 13 Direktoren waren fünf Geistliche, von 14 Chefredakteuren des *Luxemburger Wort* seit der Gründung 1848 waren neun Geistliche. Mit Abbé Nicolas Wies kam 1855 der erste aktive *Wort*-Journalist ins Parlament und begründete so eine lange Tradition, die einsteilen 1989 mit Viviane Reding endete.

Während die Zeitung zu 100 Prozent im Besitz des Bischofs als Oberhaupt des geistlichen Stands ist, unterliegt die Verwaltung in der Regel einem Geistlichen und einigen katholischen Unternehmern und klerikalen Politikern, die ökonomischen und politischen Sachverstand beisteuern sollen. Bei der Gründung 1848 waren das Dechant Bernard Ambrosy sowie die Aktionäre, der Großgrundbesitzer und Obergerichtsrat Charles Gérard Eyschen, der Abgeordnete und Arzt Jean Mathias Neumann-Würth, der Abgeordnete und Anwalt Michel Jonas sowie der Großgrundbesitzer und Geschäftsmann Jean Philippe Christophe Würth. Heute gehören dem Verwaltungsrat an der Generalökonom des Bistums, Marc Wagener, als Vertreter des Klerus, der ehemalige CSV-Minister Luc Frieden, der ehemalige Bankpräsident Frank Wagener, der ehemalige Postdirektor Marcel Gross, der Versicherungspräsident François Pauly und die ehemalige *Wort*-Journalistin Hortense Bentz.

Dass das *Luxemburger Wort* dem Klerus gehört, macht es zwangsläufig zu einem konservativen und oft reaktionären Organ. Denn seit der Gründung des *Luxemburger Wort* hat die Zahl der Priester im Land um zwei Drittel abgenommen, es ist eine gesellschaftliche Gruppe, die ihrem einstigen Einfluss nachtrauert und am liebsten ihre Macht früherer Tage wiederherstellen oder wenigstens einen weiteren Machtschwund verhindern möchte.

Ebenso wie die Besitzverhältnisse prägten aber auch die Umstände seiner Gründung 1848 die Ausrichtung des *Luxemburger Wort*. Nach den josephinischen Reformen, der Französischen Revolution, dem Entstehen des bürgerlichen Staats und der beginnenden Industriellen Revolution war der einst zusammen mit dem Adel privilegierte Stand des Klerus – Restauration und Konkordat hin oder her – zuerst jahrelang sprachlos und in der Defensive. Das Sprachrohr, das er sich in der Revolution von 1848 gab, musste reaktionär sein, weil er seiner Machtfülle im Ancien Régime nachtrauerte. In den Anfangsjahren schienen es fortschrittlich, weil der Klerus neue Freiheiten der Revolution von 1848, vor allem die Pressefreiheit, für die eigenen Zwecke nutzen wollte, oder

sich nicht nur mit den Großgrundbesitzern über Land zu verbünden, sondern auch die wachsende Zahl von Arbeitern auf eine paternalistische, antisozialistische Art gegen das liberale Bürgertum zu mobilisieren versuchte.

Kulturkampf Bischof J. Philippe nannte 1948 die Gründung des *Luxemburger Wort* „die letzte große Tat von Bischof Laurent“. Der im preußischen Kulturkampf radikalisierte Geistliche Johann Theodor Laurent war mit dem Segen des holländischen Königs 1842 als apostolischer Vikar nach Luxemburg gekommen, hatte es abgelehnt, den im Konkordat von 1801 vorgesehenen Treueeid gegenüber dem Staat abzulegen, und hatte sogleich dem bürgerlichen Staat den Krieg erklärt, um ihn der Kirche unterzuordnen oder wenigstens Staat und Kirche als zwei gleichwertige Gegenüber zu etablieren. Der erste Chefredakteur des *Luxemburger Wort*, der Priester Eduard Michelis, war ebenfalls ein ultramontaner Krieger aus dem preußischen Kulturkampf.

So war das *Luxemburger Wort* 1848 auch eine deutsche Zeitung in Opposition zum zumindest kulturell Frankreich und Belgien nahestehenden liberalen Bürgertum. Es fühlte sich, wie die Kirche, stets dem autoritären, wenn auch protestantischen Preußentum näher als dem republikanischen Frankreich und verkündete deshalb am 6. April 1848: „Das Luxemburger Volk ist ein deutsches Volk, es redet die deutsche Sprache; es war von jeher ein Theil, und wahrlich kein verachteter Theil des deutschen Reiches. Nachdem das Joch der französischen Fremdherrschaft zerbrochen, war Luxemburg als ein wesentlicher Theil vom deutschen Bunde wieder einverleibt. Aber obwohl wir Luxemburger unserer Nationalität und dem Rechte nach Deutsche sind, hat man uns als halbe Franzosen behandelt.“

Das *Luxemburger Wort* erschien am 23. März zum ersten Mal, einen Monat später wurde Johann Theodor Laurent des Landes verwiesen. Seinen ersten Kampf, den es führte, war für die Rückkehr Laurents, es verlor ihn, aber es war nicht sein letzter, wie die zahlreichen Presseprozesse gegen das *Luxemburger Wort* in den Anfangsjahren zeigten.

In den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt des Kulturkampfs, als Papst Pius IX. seinen Kirchenstaat verloren und dafür seine Unfehlbarkeit erklärt hatte, als er und mit ihm das panisch antimoderne *Luxemburger Wort*, das gegen Musik, Tanz und Theater giftete, zurück ins christliche und neugotische Mittelalter wollte, als der Luxemburger Staat ein Bistum aufgezwungen bekommen hatte und die Priester über Land Missionen veranstalteten, gelang es dem Klerus in einem jahrelangen Kampf, die endgültige Kontrolle über die Zeitung und ihre Druckerei zu erlangen. Von der ursprünglichen Aktiengesellschaft ging die Zeitung rasch in den Besitz von Bischof Nicolas Adames, der sie bei seinem Rücktritt 1883 seinem Nachfolger Johann Joseph Koppes vermachte, welcher sie dem Stiefvater von Bistumskanzler Louis Held, Johannes Hary, verkaufte. Der Buchdrucker Johannes Hary übernahm nach 30 Jahren den Druckauftrag Pierre Brücks und gründete 1887 zusammen mit seinem Stiefsohn den Sankt-Paulus-Verlag, in den er als Kapital seine Druckerei und die Zeitung einbrachte. Nach seinem Tod erbte der Bistumskanzler die Gesellschaft und überließ sie später dem Bistum, dem das *Luxemburger Wort* und der Verlag bis heute gehören. Als Eigentümer des *Luxemburger Wort* ließ Bischof Johannes Joseph Koppes Hirtenbriefe von den Kanzeln verlesen, in denen er der Lektüre von Konkurrenzzeitungen unter die Strafe der Exkommunikation stellte.

Damit war der Klerus auch gerüstet, um der Enzyklika *Rerum Novarum* von Papst Leo XIII. von 1891 zu folgen und zur Rückeroberung der Gesellschaft anzusetzen. Um die Kontrolle über die Bevölkerung wiederzuerlangen, gründeten Geistliche im Zeichen der katholischen Soziallehre von ihnen geleitete Laienorganisationen für alle Alters- und Berufsgruppen, katholische Kinder-, Schüler-, Studenten-, Arbeiter-, Akademiker-, Bauern-, Musikanten-, Hausfrauen-, Pfadfinder- und andere nach Geschlecht getrennte Verbände. Am Sitz dieser Bewegung, dem hauptstädtischen Volkshaus, wurde schließlich auch die Rechtspartei gegründet, zuerst als Wahlverein, dann als Partei, die spätere CSV. *Luxemburger Wort*-Chefredakteur Jean Origer war von 1934 bis 1940 auch Präsident der Rechtspartei.

Stände Aus den verfügbaren Auflagenzahlen lässt sich herauslesen, dass der Aufstieg des *Luxemburger Wort* zur während des 20. Jahrhunderts dominierenden Zeitung des Landes in dieser Zeit der gesellschaftlichen *Reconquista* und der Politisierung am Ende des Ersten Weltkriegs einsetzte und sich in den Dreißigerjahren verstärkte. Doch als Organ des von der Moderne und der Säkularisierung, vom Liberalismus und Sozialismus bedrohten Klerus wandte es sich systematisch gegen diese Entwicklungen. Nachdem Prinz Heinrich am 7. Oktober 1856 in einem Staatsstreich dem Parlament angekündigt hatte, die liberale Verfassung



Apostolischer Vikar Johann Theodor Laurent

von 1848 abzuschaffen und durch eine autoritäre, ständische zu ersetzen, begrüßte das *Luxemburger Wort* am 19. Oktober 1856, dass das Parlament wieder durch eine Ständeversammlung ersetzt werden sollte: „Wir können uns nicht von der Idee trennen, daß unsere Staatsmänner dem Lande eine unberechenbare Wohlthat erweisen würden, wenn sie die Gegenwart unseres Volkes wieder an dessen Vergangenheit anknüpfen, an die Zeiten vor der französischen Revolution, in denen Monarchie und Freiheit des Volkes in Harmonie waren und nebeneinander bestanden, ohne daß die eine von der andern angetastet wurde. [...] Das Projekt unserer Verfassungsrevision hat diese Bestimmung aufgegriffen; es will, daß das Land nicht allein nach der Zahl seiner Bewohner, sondern auch nach den Elementen des Landes vertreten werde, daß eine wahrhafte nationale Vertretung stattfinde. Damit hätten wir denn einen Uebergang zu der Vergangenheit, und, je nachdem man will, zu einem vorrevolutionären, konservativen, und sogar christlichen Regimente gefunden.“ In

Dass das *Luxemburger Wort* dem Klerus gehört, einem Stand, der seiner einstigen Macht nachtrauert, macht es zwangsläufig zu einem konservativen und oft reaktionären Organ

einer Ständeversammlung bekäme nämlich der Klerus seine politischen Privilegien zurück: „Der Klerus als solcher hat zwar seine Güter nicht mehr, die er hatte; das ist aber kein Grund, um ihn auszuschließen; er hat noch jetzt wie früher seine gesetzlichen Titel auf das ihm vom Staate Entzogene, er ist am besten in Stand gesetzt, die Bedürfnisse des Volkes zu kennen, er ist ein seiner Natur nach konservatives Element und eine der festesten Stützen unserer Nationalität.“



Bischof Leo Lommel im Bischofspalast

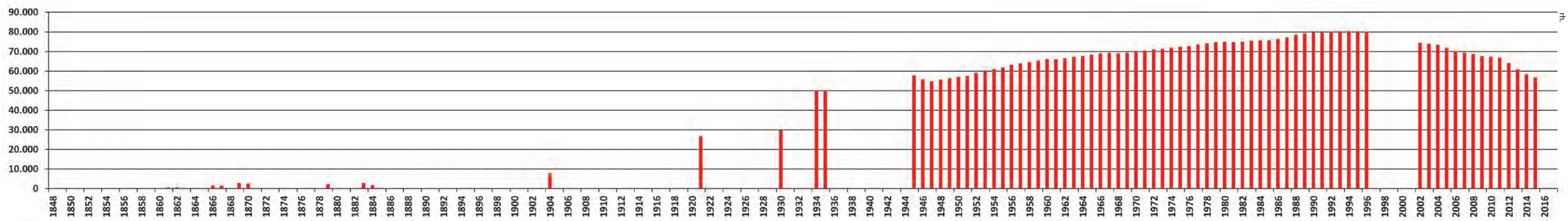
Wiederholt in seiner Geschichte gab das *Luxemburger Wort* den Juden die Schuld für den Einflussverlust des Katholizismus und des Klerus, so am 4. Januar 1888: „Mit Leuten dieser Art, welche alle anderen Menschen als Vieh, als eine untergeordnete Race, die Gott zu Knechten Israels bestimmt habe, betrachten, ist ein vertrautes und friedliches Zusammenleben nicht möglich. Menschen, welche das Töden, Ehebrechen, Stehlen, Betrügen, falsch Schwören für erlaubt halten, sind für die menschliche Gesellschaft und die Staaten ebenso gefährlich wie die ärgsten Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten und Nihilisten. Hier ist der Grund und die Quelle des allgemeinen Völkerr Hasses, welche das Judenthum sich zugezogen. Ihre Falschheit, ihre Raubsucht, ihre Härte, ihre Unterdrückungssucht, ihr absoluter Mangel an Nächstenliebe gegen andere Nationen als die ihrige, hat die Juden zur Geißel aller Völker gemacht, und naturgemäß ihren Haß heraufbeschworen. Es war nicht die Unwissenheit, der fanatische Aberglaube, welcher in früheren Zeiten zu den

Judenverfolgungen antrieb; es war einfach der Selbsterhaltungstrieb, welcher ein unterdrücktes Volk zwang, für seine Freiheit sich zu erheben und das Joch der jüdischen Herrschaft abzuschütteln.“ In den Dreißigerjahren rechtfertigte es die Judenverfolgung durch die Nazis als eine Selbstverteidigung des deutschen Volks. Selbstverständlich war das *Luxemburger Wort* von den ersten Tagen bis heute das Sprachrohr des Klerus, der seinen Einfluss auf die öffentliche Schule, das Vorrecht des Pfarrers gegenüber dem Lehrer, verteidigte. Und es verteidigte die sehr fromme, sehr deutsche und sehr autoritäre Großherzogin Marie-Adelheid gegen jede Form von Gewaltentrennung und Republik.

Drei Monate nachdem Adolf Hitler Reichskanzler geworden war, machte das *Luxemburger Wort* am 22. April 1933 keinen Hehl aus seinen Sympathien: „Die Völker reagieren schließlich mit Gewalt auf eine Krankheit, die Liberalismus und Sozialismus nun einmal sind. Und da ist gar kein Schade darum. Wir gestehen sogar, daß wir lieber unter einem anständigen Faschistenregime als unter einem sozialistischen und kommunistischen leben. In Italien läßt es sich aushalten, bei geringen politischen Ambitionen sogar vorzüglich. Aber in Rußland? Und in Mexiko? Und überall dort, wo die Sozialisten Herr und Meister waren und es immer noch sind? Und übrigens, leider, möchte man sagen, wo ist bei uns auch nur die Ahnung einer faschistischen Gefahr? Ein bißchen Faschismus – wohl verstanden – wäre absolut nicht vom Uebel, nur eignet sich der Luxemburger so unheimlich, wenig zum Diktator, er müßte denn – Sozialist sein.“

Maulkorb Nach dem Anschluss überlegte man sich das noch einmal, doch um „ein bisschen Faschismus“ auch hierzulande durchzusetzen, hatte das *Luxemburger Wort* schon am 18. September 1933 Reformvorschläge gemacht: „Für eine Aenderung des Wahlsystems käme vor allem die Ausschaltung aller Parteien mit unchristlichen und darum staatsfeindlichen Programmen in Betracht. So willkürlich das klingt, an dieser Notwendigkeit wird keine wahre Reform vorbeikommen. [...] Auf Grund dieser Voraussetzungen müßten die Parteien ihre Kandidatenliste aufstellen. Allerdings nicht so –und hier schaltet eine weitere Neuerung ein – daß diese Listen den Wählern unmittelbar vorgelegt würden. Hier müßte in irgendeiner Form die Mitbestimmung der Regierung ansetzen.“

Das *Luxemburger Wort* war die lauteste Stimme für das Maulkorbgesetz zum Verbot der Kommunistischen Partei. Am Vortrag des Referendums vom 6. Juni 1937 vorf entliches es an herausragender Stelle die Schauerml rchen: „Aus Niederfeulen erhalten wir von einem Freunde der Rechtspartei folgendes Schreiben: ‚Meine Schwägerin war gestern nach Luxemburg. Bei der Rückkehr h rte sie, wie eine noch kaum stimmberechtigte, jedoch schon verheiratete Frauensperson noch vor Abfahrt des Zuges einer ihr begegnenden Frau zurief: ‚Mach, daß du ‚Nein‘ stimmst; wir müssen Meister werden; werden wir es nicht, so ‚gett dra gefuppt‘. Mein Mann hat sich bereits einen Revolver gekauft. – Gestern erhielt ein führender luxbg. Rechtsparteiler aus Villerupt (bei Esch-Alz.) einen längeren Brief mit der Ueberschrift ‚Vive Léon Blum‘, in welchem es hieß: ‚Wenn die Volksfront in Luxemburg nicht Nachahmung findet, wird ein Anarchist Sie in wilder Weise ermorden. Wenn das Gesetz angenommen wird, werden Sie sterben.‘ Auf der Rückseite stand unter dem Titel: Unsere anarchistischen Taten: ‚1934 Dollfuß, 1930 General Kutiepo f, 1931 Paul Doumer, 1934 Louis Barthou und der König von Jugoslawien.‘ Und dann folgten für 1937 die Na-



Seit *Rerum Novarum* ging's bergauf: Entwicklung der Abonnements und verkauften Auflage des *Luxemburger Wort* so weit bekannt, nach Brück (1884), Grégoire (1936), Hellinghausen (1998), *Luxemburger Wort* (23.3.1998, 22.3.2008) und Cim

an dessen Vergangenheit anknüpfen

men von zwei führenden Rechtsparteilern aus Luxemburg. Der in französischer Sprache gehaltene Brief kann in der Redaktion des ‚Lux. Wort‘ eingesehen werden. – Ohne Kommentar!“

Nach dem deutschen Überfall im Mai 1940 erschien das *Luxemburger Wort* in Eigenregie weiter und passte sich den neuen Machtverhältnissen an. Bis Ende September 1940, als der Gauleiter die Besatzung durch die faschistische Diktatur ersetzt hatte, lautete das Impressum der Zeitung: „Das ‚Lux. Wort‘ erscheint im Verlag der St. Paulus-Druckerei (an. Ges.). Leitung und Innenpolitik: J. Origer; Außenpolitik: Ed. Goebel (z. Z. krankheitshalber beurlaubt), i. V. Dr. Marcel Fischbach; Volkserziehung u. Bauernkultur: P. Cariers; Berichterstattung und Lokales: Math. Guillaume; Sozialpolitik und Wirtschaft: Dr. J. B. Esch; Literatur und Kunst: P. Grégoire; Gemeinderats- und Vereinsberichte: René Jeitz; Anzeigen: J. Thill. Alle in Luxemburg.“

Ewigkeit Anfang September 1940 wurden die Redakteure Jean Origer, Jean-Baptiste Esch und Pierre Grégoire verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt, der Bischof blieb bis zum Ende der Besatzungszeit im Amt. Esch und Origer wurden ermordet. Die verbliebenen Journalisten machten weiter, Pierre Cariers bis zur deutschen Niederlage, Marcel Fischbach bis Ende 1941, Paul Leuck bis Mitte 1941. Marcel Fischbach schrieb Kommentare über die erfolgreiche Eingliederung der Luxemburger Industrie in den großdeutschen Wirtschaftsraum und behauptete dann im *Luxemburger Wort* vom 23. März 1948, dass Jean Origer kurz vor seiner Verhaftung die Redaktion zur Kollaboration aufgefordert hatte: „Ihr müßt bleiben, denn man darf sie (die Nazis) hier im Betrieb nicht ganz ‚unter sich‘ lassen. Ihr haltet die Augen weit offen, um zu beobachten, was alles vorgeht. Es wird ja nicht die Ewigkeit dauern, bis sie wieder fort müssen.“ Nach dem Krieg brachte Marcel Fischbach es zum Minister, Paul Leuck setzte die antibolschewistische Kriegspropaganda bei *RTL* fort.

Im Kalten Krieg vertrat das *Luxemburger Wort* weiter sehr aggressive Positionen, sei es aus der Feder der Redaktion, sei es aus derjenigen sehr rechter Auslandskorrespondenten. Ein Jahrhundert lang verteidigte es den Kolonialismus und stellte ihn vor allem als zivilisatorische Leistung der katholischen Missionare dar. Wiederholt brachte es Verständnis für die Apartheid in Südafrika auf. Nach dem faschistischen Staatsstreich in Chile warb das *Luxemburger Wort* am 15. September 1973: „Es ist und bleibt eine Lüge, nunmehr zu erklären, Allende und sein marxistisches Experiment seien an dem Widerstand der Streitkräfte gescheitert. In keinem anderen Land Lateinamerikas verhielt sich traditionsgemäß die Armee so loyal zu der jeweiligen Regierung wie gerade in Chile. Sie griff denn auch erst ein, als der seit Wochen anhaltende schleichende Bürgerkrieg sich in einen noch gefährlicheren Konflikt auszuweiten drohte.“ Sollten Pinochet und seine Mitputschisten an der Macht bleiben, „müßten Allende und seine von Illusionen getragene Politik auch dafür die Verantwortung übernehmen“. Chefredakteur André Heiderscheid beschwichigte am 19. August 1973 in einem Leitartikel: „Ob im übrigen das Eingreifen der Streitkräfte Chile vor drohendem größeren Unheil bewahrt hat, ist eine jener Fragen, die wohl nie eine gesicherte Antwort erfahren werden.“



Der ehemalige Generalvikar Mathias Schiltz, die Erzbischöfe Jean-Claude Hollerich und Fernand Franck, bei der Amts- und Wort-Übergabe

Das *Luxemburger Wort* wandte sich gegen die 1968 von Arbeitern und Studenten eingeklagten gesellschaftlichen Reformen und hielt die Abschaffung der Todesstrafe durch die linksliberale Koalition 1979 zumindest für verfrüht. Da der Klerus ausschließlich aus Männern besteht, verbreitet die Zeitung ein paternalistisches, konservatives Frauen- und Familienbild und führte 1977 die Beilage „Pour la vie naissante“ ein, um Stimmung gegen eine Lockerung des Abtreibungsverbots zu machen.

Mitte der Neunzigerjahre erreichte die Auflage des *Luxemburger Wort* ihren historischen Höhepunkt. Der Klerus stellte der CSV sein *Luxemburger Wort* als mächtiges politisches Sprachrohr zur Verfügung und bekam im Gegenzug von der CSV den Erhalt seiner Privilegien als Beamte einer Staatsreligion in einer säkularisierten Gesellschaft gewährleistet. Bis die CSV 2013 über Jean-Claude Junckers Geheimdienstskandal stürzte, und die liberale Regierung Erzbischof Jean-Claude Hollerich drängte, in die schrittweise Privatisierung der Priestergehälter einzuwilligen.

Ratlos Nun ist der Klerus in einer Zwischmühle: Seit 20 Jahren werden die Leser und die

Anzeigen des *Luxemburger Wort* weniger, der Klerus selbst vergeistert und stirbt aus. Er ist hin und her gerissen, ob seine Zeitung ideologischen Ballast abwerfen soll, um neue Leser anzusprechen, oder notfalls auf Leser verzichten soll, um weiterhin die Interessen des Klerus zu vertreten. „Dans le cas où certaines valeurs restreignent l'exploitation commerciale, un équilibre devra être recherché entre ces valeurs d'un côté et les obligations commerciales de l'autre côté“, wird das Dilemma in den redaktionellen Richtlinien von 2013 benannt aber nicht gelöst.

Deshalb beauftragt der Klerus seit 20 Jahren wechselnde Geschäftsführer mit Reformen zur Wiederherstellung der Rentabilität seines Verlags und vor allem seiner von Fehlinvestitionen belasteten Druckerei, entlässt sie dann wieder und macht einen Teil ihrer Reformen wieder rückgängig, von Paul Zimmer über Charles Ruppert und Paul Lehnert bis nun Paul Peckels. So hieß die Zeitung vom 17. März 2005 bis 22. März 2008 „d'Wort“, und erschien kurz in vier Regionalausgaben, der Verlag brachte zwei französische Tageszeitungen, *La Voix du Luxembourg* und *Point 24* heraus und stellte sie, ebenso wie seinen Radiosender *DNR*, wieder ein.

„Und übrigens, leider, möchte man sagen, wo ist bei uns auch nur die Ahnung einer faschistischen Gefahr? Ein bißchen Faschismus – wohl verstanden – wäre absolut nicht vom Uebel“ (Luxemburger Wort, 22. April 1933)

Seit dem Abgang von Léon Zeches, des ersten seit langer Zeit nicht zum Klerus gehörenden, aber dafür um so klerikaleren Chefredakteurs, leistete sich der Klerus schon vier Chefredakteure, von Marc Glesener über Paul Lehnert und Jean-Lou Siweck bis nun Roland Arens. In der am 2. Januar 2013 veröffentlichten *Ligne éditoriale* verpflichtete

der Verlag sich zu Leitartikeln, die „apprécieront les événements à la lumière de la foi chrétienne telle que l'explicite le Magistère de l'Église dans ses textes fondamentaux“ und versprach der CSV: „L'inspiration chrétienne, à décliner en fonction des différents supports médiatiques, rapproche les medias de Saint-Paul Luxembourg s.a. des acteurs sociétaux défendant les mêmes convictions et valeurs; en ce sens, il n'existe pas d'équidistance vis-à-vis des acteurs sociétaux.“ Am 2. Januar 2014 berief sich die *Ligne éditoriale* dagegen nur knapp auf „de l'humanisme et des valeurs fondamentales du christianisme, notamment la doctrine sociale catholique“ und versprach, die Gesamtbevölkerung anzusprechen.

Dass das *Luxemburger Wort* bald liberaler und kommerzieller, bald konservativer und klerikaler sein soll, ist auf die Ratlosigkeit und Zerstrittenheit des Klerus zurückzuführen, wie der Aufstieg und Untergang von Generalvikar und Sankt-Paulus-Präsident Erny Gillen zeigte, der zuerst als Retter des Klerus mit modischen Managerismus erschien, dann für verhängnisvolle Fehlentscheidungen des Erzbischofs verantwortlich gemacht wurde und am Ende den Priesterrock an den Nagel hängte.



Amtseinführung und Ehrerbietung für Erzbischof Jean-Claude Hollerich im Juli 2011



Aberglaube mit Pressehilfe

Romain Hilgert

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sahen sich in Lissabon „mit einem Quantensprung konfrontiert, der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissenschaftsorientierten Wirtschaft resultiert“. Deshalb nahmen sie sich „die Bewältigung des Strukturwandels hin zu einer Wissensgesellschaft“ vor. So wurde die Strategie von Lissabon geboren, am 24. März 2002, das heißt im Sternzeichen des Widders, und so war ihr Scheitern schon in den Sternen vorgezeichnet. Trotzdem gehört die Beschwörung der Wissensgesellschaft auch hierzulande noch immer zum Standard jeder Sonntagsrede von Wirtschafts-, Kultur oder Erziehungsministern.

Auch die von der liberalen Koalition begonnene Trennung von Kirche und Staat soll nicht nur der Privatisierung des Bistums dienen. Sie soll auch die moderne Gesellschaft als Wissensgesellschaft in einen Gegensatz zu einer rückständigen Glaubensgesellschaft stellen, die Grenze zwischen einem aufgeklärten, technischen und wissenschaftlicher Rationalität gehorchenden, demokratischen Staat ziehen und allen Glauben, Irr-, After- und Aberglauben. Wobei der aufgeklärte Rationalismus als wirtschaftlicher Standortvorteil verstanden wird.

Auch die Presse fühlt sich dem Ziel einer fortschrittlichen Wissensgesellschaft verpflichtet, den Idealen der Aufklärung, des Rationalismus und des Positivismus. Dabei pflegt sie gleichzeitig – oft vom flüchtigen Leser übersehen, vom unachtsamen Zuhörer überhört – jeden Tag scheinbar archaische Sterndeuterei. Bei *RTL* beginnt der Kampf zur Verbreitung des Aberglaubens schon morgens um 6.10 Uhr, wenn zum ersten, aber nicht zum letzten Mal am Tag, die Zuhörer auf einem Klangteppich von Sphärenmusik aus der Dose ihre Horoskope vorgelesen bekommen: „Widder, 21. März bis 20. April: Beim Widder ass et fir eemol erlaabt, egoistisch ze sinn a just u sech ze denken.“ „Skorpioun, 24. Oktober bis 22. November: Fir d'Skorpioune gëtt et e richtig flotten Dag, en Dag wou Dir d'Freed vum Liewen rëm nei entdeckt.“

Dem stehen die Zeitungen nicht nach. „Der Kampf gegen ‚Fake News‘ ist in aller Munde, die Journalisten stehen da an vorderster Front“, verkündete der Leitartikel der Jubiläumsnummer des *Lëtzebuurger Journal* am 9. Mai heroisch. Aber verliert das liberale Blatt diesen Kampf jeden Tag in seinen Horoskopspalten? Dort heißt es auf der Seite „Life & Style“: „Zwillinge, 22.05–21.06: Heute haben Sie wenig Elan, sich den täglichen Herausforderungen zu stellen. Entsprechend wächst die Verlockung, einem widrigen Alltag auszuweichen.“ Für die solchermaßen Verunsicherten folgt gleich eine Kleinanzeige für „Kartenlegen, Hellsehen, Astrologie“ mit der entsprechenden Nummer zur Telefonberatung.

Das *Tageblatt* forderte in seinem Leitartikel vom 19. Januar, dass „der integrative Charakter von Journalismus darin bestehen [muss], sich einer ernst gemeinten Wahrheitssuche zu verpflichten“. Die ernst gemeinte Wahrheitssuche betreibt die Gewerkschaftszeitung auch in ihrer Horoskoprubrik auf den Seiten „Loisirs“: „Jungfrau (24.8–23.9.): ‚Wäre doch nur jeder Tag wie dieser, seufzen Sie am Abend, wenn Sie glücklich ins Bett sinken. Noch in Ihren Träumen werden Sie ausschließlich Schönes erleben.“ Oder: „Zwillinge (21.5.–21.6.): Ein Zoobesuch wäre in den nächsten Tagen genau das Richtige. Durch die Beobachtung der Tiere erschließen sich Ihnen neue Erkenntnisse, die noch bedeutsam werden.“

„Les médias traditionnels ne sont pas morts“, beteuerte der Direktor von *Le Quotidien* am 8. März trotzig. „La lutte contre les fake news doit commencer dès le plus jeune âge, car même dans une cour de récréation, on peut déjà raconter n'importe quoi.“ Doch weshalb die Dummheit im Schulhof suchen? Rät doch die Seite „Détente“ des *Quotidien* dem „Capricorne, 23 décembre - 20 janvier: Travail: un succès, une réalisation se préparent en coulisses. Prêtez attention aux projets en relation avec le lointain. Amour: certains natis concrétiseront un projet de cohabitation ou même de mariage. Santé: restez vigilant, nez et gorge fragiles.“

„Zwillinge (21.5.–21.6.): Ein Zoobesuch wäre in den nächsten Tagen genau das Richtige. Durch die Beobachtung der Tiere erschließen sich Ihnen neue Erkenntnisse, die noch bedeutsam werden.“ *Tageblatt*, 13. Juni 2018

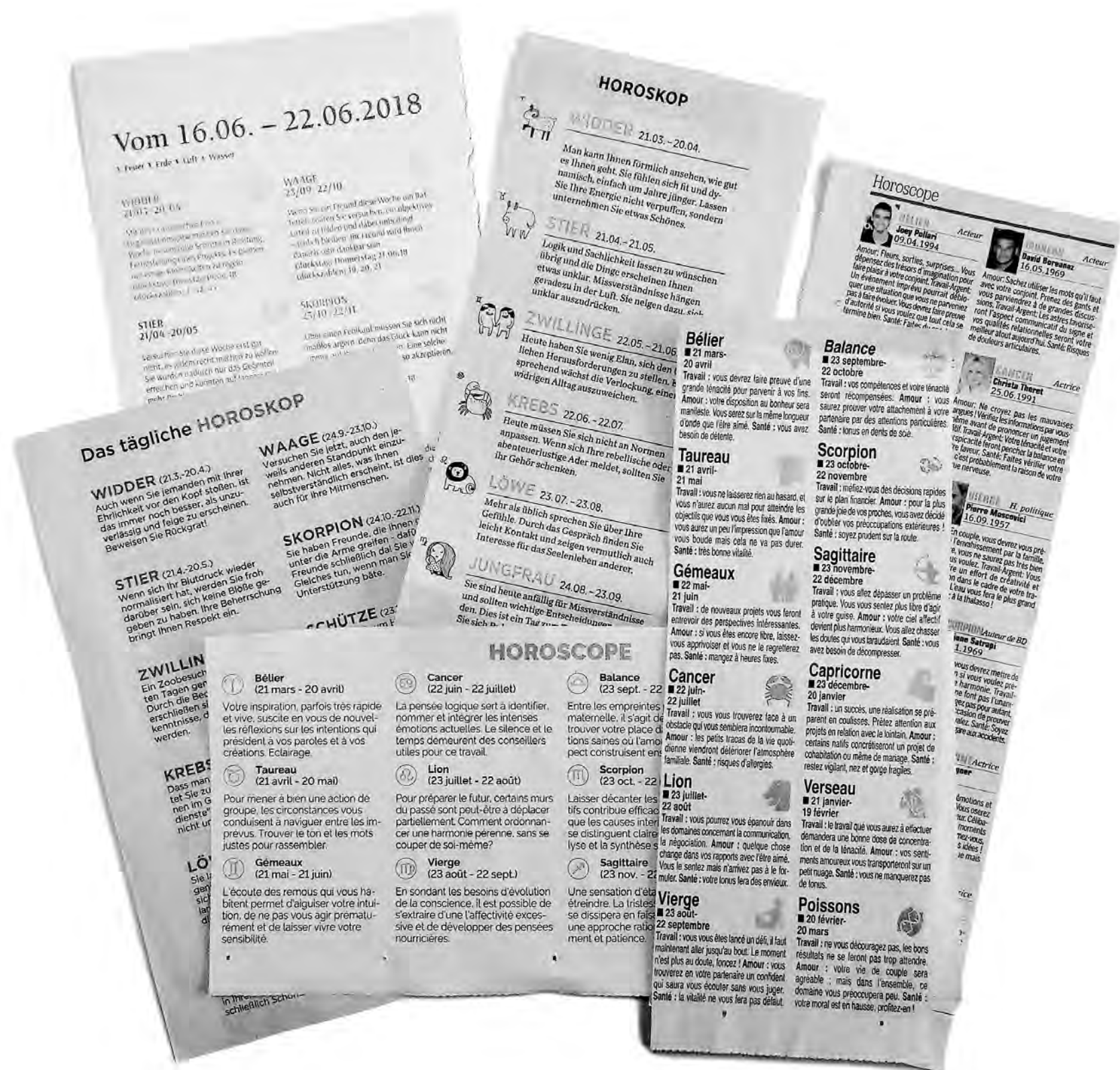
Die öffentliche Hand fördert die Verbreitung der Hellseherei und ihrer *Fake News* mit staatlicher Pressehilfe. Das Ausführungsreglement vom 6. April 1999 zum Gesetz über die Pressehilfe definiert ausdrücklich: „Les plages consacrées aux loisirs concernent les rubriques à caractère divertissant tels que mots croisés, bandes dessinées, horoscopes, histoires drôles, romans, feuilletons etc., ainsi que les programmes des chaînes de télévision et de radio.“ Die Unterhaltungsseiten samt Horoskopen werden bis zu 15 Prozent aller bezuschussten Seiten subventioniert.

Denn Wissensgesellschaft und Aberglaube schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Statt Bildung und Urteilsvermögen für alle strebt die Wissensgesellschaft bloß technische Kompeten-

zier an. Sie wird mit den Sternen in Verbindung gebracht, als ob dadurch das Dasein Würde und Rechtfertigung erlangte. Zugleich setzt die Einbildung, die Sterne böten Rat, wenn man nur in ihnen zu lesen vermöchte, die Furcht vor der Unerbittlichkeit der sozialen Prozesse herab. Diese Furcht wird von den Sternkundigen gelenkt und ausgebeutet. Der Zuspruch, den die unerbittlichen Sterne auf ihr Geheiß spenden, läuft darauf hinaus, daß nur, wer vernünftig sich verhält, sein inneres wie äußeres Leben völliger Kontrolle unterwirft, irgend die Chance hat, den irrationalen und widersprüchlichen Forderungen des Daseins gerecht zu werden. Das heißt aber: durch Anpassung. Die Diskrepanz von rationalen und irrationalen Momenten in der Konstruktion des Horoskops ist Nachhall der Spannung in der gesellschaftli-

chen Realität selbst. Vernünftig sein heißt in ihr nicht: irrationale Bedingungen in Frage stellen, sondern aus ihnen das Beste machen.“

Besorgt fragte das *Luxemburger Wort* am 29. Januar den Generalsekretär des Europäischen Journalistenverbands, Ricardo Gutierrez, was man gegen „das Verbreiten von wissentlich falschen Informationen unternehmen“ soll. Helfe da etwa „Fact-Checking – also Journalistenbüros, die die Wahrhaftigkeit von Informationen ständig überprüfen?“ Im Gegensatz zu den meisten anderen Zeitungen und Sendern verzichtet der Sankt-Paulus-Verlag auf regelmäßige Horoskoprubriken. Nicht etwa, weil er sich entschieden von jeder Form von Aberglaube distanzierte, sondern weil das Bistumsunternehmen seinen eigenen



Horoskoprubriken in *Tageblatt*, *Quotidien*, *Jeudi*, *Journal*, *L'Essentiel* und *Revue*, Mitte Juni 2018

Auch *Le Jeudi* lässt seine Leser in jeder Nummer auf seiner Seite „Récréation le Club“ an die Wahrhaftigkeit der Sterndeutung glauben und bietet ihnen ihr Wochenhoroskop an. Die Gratiszeitung *L'Essentiel* veröffentlicht ihr tägliches Horoskop auf der Seite „People“ und illustriert die Tierkreiszeichen mit winzigen Porträts von Schauspielern, die im jeweiligen Sternzeichen geboren sind. Die *Revue* bietet auf ihrer Seite „Freizeit“ neben den Fotos herrenloser Katzen ein Wochenhoroskop, wo die Tierkreiszeichen farblich auf die Elemente Feuer, Erde, Luft und Wasser abgestimmt sind, und gibt nicht nur für jedes Tierkreiszeichen den jeweiligen Glückstag der Woche an, sondern auch drei Glückszahlen, die wohl zum Kauf von Lotterielosen ermuntern sollen. In all diesen am laufenden Meter abgedruckten Horoskopen schlagen anonyme Magier den Ton von Experten an und erteilen ihren kindisch ratlosen Lesern Anweisungen, wie sie sich den Launen des Schicksals und der Vorgesetzten anpassen können.

zen zur Produktivitätssteigerung an. Der Guru des Wirtschaftsministeriums und der Handelskammer, Jeremy Rifkin, lobte in seinem Bericht über die Dritte Industrielle Revolution, dass Luxemburg binnen 15 Jahren „has quintupled its public R&D support, with a strong focus on advanced ICT (HPC and BDA) to help power the engine of a knowledge-based economy“. Folgerichtig feierte die Presse vergangene Woche einen 17-jährigen Athenäumsschüler als Held, weil er ein Programm geschrieben hat, um mit dem Telefon Imbisswagen zu orten, auch *App*, *Smartphone* und *Food truck* genannt.

Theodor W. Adorno, der Anfang der Fünfzigerjahre die Horoskopspalten der *Los Angeles Times* studierte, erkannte in *Aberglaube aus zweiter Hand*: „Astrologie zeigt sich wahrhaft verschworen mit den Verhältnissen selbst. Je mehr den Menschen das System ihres Lebens als Fatum erscheinen muß, das blind über ihnen waltet und gegen ihren Willen sich durchsetzt, um so lieber

Wissensgesellschaft und Aberglaube schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich, denn statt Bildung und Urteilsvermögen für alle strebt die Wissensgesellschaft bloß technische Kompetenzen zur Produktivitätssteigerung an

römisch-katholischen Okkultismus anbietet, statt der astrologischen Vorhersage die augustinische Vorherbestimmung oder zumindest die göttliche Vorherbestimmung und dabei weder unbefleckte Empfängnis, noch Transsubstantiation oder Wiederauferstehung einem *Fact-Checking* unterzieht.

Trotzdem befallen das *Luxemburger Wort* manchmal Zweifel. In seiner Ausgabe vom 4. Februar 2017 fragte es sich unter Berufung auf das französische Schwesterblatt *La Croix*: „Peut-on être chrétien et croire à l'astrologie?“ So erfahren wir, dass das Alte Testament noch Spurenelemente divinatorischer Praktiken enthalte, doch der Katechismus verurteile Horoskope und Astrologie, weil sie die heidnische Idee des Schicksals ausdrückten. Thomas von Aquin habe das mit den Horoskopen zwar nicht so eng gesehen, doch „les chrétiens se gardent généralement de lire les rubriques astrologiques“, sie begäben sich stattdessen vertrauensvoll in die Hände der göttlichen Vorsehung.